

Preussische Allgemeine



Nr. 42 · 22. Oktober 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Der blinde Fleck

Vor 50 Jahren ermordete die RAF ihr erstes Opfer. Es war der Auftakt zur größten politischen Mordserie in der Geschichte unseres Landes – die bis heute weitgehend nicht aufgeklärt ist **Seiten 2–3 und 10**

Meinhof, Ulrike
7. 10. 34 Hildesheim

Ensslin, Gudrun
15. 11. 40 Bartholomäus

Raspe, Jan-Carl
24. 7. 44 Neufeld

Stach
17. 5. 34 Frankfurt

Augustin, Peter
20. 10. 41 Kassel

Weidner, Ralf
22. 8. 49 Berlin

FOTOS: PA, WIKIMEDIA (M), PA (2)



AUFGEFALLEN

Steinmeier schreibt Geschichte

Am 30. Oktober 1961 schloss die Bundesrepublik das Anwerbeabkommen mit der Türkei ab. Zum 60. Jahrestag sprach der Bundespräsident nun bei einem Festakt der Türkischen Gemeinde in Deutschland. Laut Frank-Walter Steinmeier sei das Abkommen „kein Akt der Nächstenliebe“ gewesen, „Deutschland war knapp an Arbeitskräften“, Wachstumsverzicht habe gedroht. Einen „angemessenen Raum“ verdienten die Gastarbeiter in „unseren Schulbüchern und unserer Erinnerungskultur“.

Gewandt an die erste Generation rief der Bundespräsident aus: „Sie haben Deutschland mit aufgebaut – Sie haben unser Land bereichert, wirtschaftlich, aber vor allem menschlich!“ Er sei „zutiefst dankbar“. Er fügte hinzu: „Ihre Kinder und Enkel bauen an diesem Deutschland weiter“, als „Handwerker, Künstlerinnen und Musiker, Unternehmerinnen und Impfstoffentwickler, Richterinnen und Staatsanwältinnen, Abgeordnete, Staatssekretärinnen und Minister“.

Die „Geschlechtergerechtigkeit“ gehört zu den lässlichen Peinlichkeiten dieser Rede. Mehr ins Gewicht fallen dürften einige offene Fragen. Sind wirklich alle „Kinder und Enkel“ in den genannten Berufen tätig? War Deutschland 1961 möglicherweise schon „aufgebaut“? War es nicht eher so, dass das Abkommen auf Initiative der Türkei zustande kam, die auf Lohntransfer und gut ausgebildete Rückkehrer setzte? Vielleicht kennt das Präsidialamt die Antworten. *Erik Lommatzsch*

MIGRATION

Berlin und Brüssel wiederholen die Fehler von 2015

An Oder und Neiße steigt die Zahl der illegalen Grenzübertritte rasant an. Wie vor sechs Jahren lassen die Verantwortlichen die Entwicklung einfach laufen

VON HANS HECKEL

Während sich die Aufmerksamkeit der Deutschen auf die Gespräche der wahrscheinlichen „Ampel“-Koalitionäre und den tragisch-chaotischen Zustand der Union, insbesondere der CDU, richtet, baut sich am Ostrand der Bundesrepublik eine neue Einwanderungswelle auf. Erinnerungen an das Jahr 2015 werden wach.

Die Gewerkschaft der Bundespolizei warnt bereits vor einem „Kollaps“ an der Oder-Neiße-Grenze, so Gewerkschaftschef Heinz Teggert in einem Brief an Bundesinnenminister Horst Seehofer, der nun selbst Grenzkontrollen zumindest befürwortet, wobei er auf den Widerstand von Kanzlerin Merkel trifft. Derzeit dringt eine steil ansteigende Zahl, längst sind es Tausende (2000 allein von Anfang bis Mitte Oktober), von Asylsuchern unkontrolliert über Oder und Neiße auf Bundesgebiet vor. Erst dort versuchen Polizeikräfte, sie in einem 30 Kilometer breiten Streifen aufzuspüren.

Werden sie erwischt, folgt jedoch offenbar nicht die Zurückweisung nach Polen, wie es das Gesetz erfordert. Zwar häufen sich politische Forderungen nach besseren Kontrollen, passiert ist bis Wochenbeginn jedoch wenig bis nichts. Wie „Tichys Einblick“ von einem brandenburgischen Bundespolizisten erfahren haben

will, wird „keiner zurückgewiesen“. Tatsächlich müssen die Grenzübertritte lediglich einen Antrag auf Asyl in Deutschland stellen, schon erlangen sie als Asylbewerber einen legalen Aufenthaltstitel. Der Erfahrung nach führt selbst die spätere Ablehnung eines solchen Antrags für gewöhnlich nicht zur Abschiebung.

Als Dirigent der neuen Migrationswelle gilt der weißrussische Machthaber Alexander Lukaschenko. Als Rache für EU-Sanktionen lenkt er gezielt Asylsuchende, vor allem aus Nahost, Afghanistan und Afrika, an die EU-Außengrenzen. Polen und Litauen verstärken bereits massiv ihre Grenzsicherung.

„Keiner wird zurückgewiesen“

Im scharfen Kontrast dazu versagt die Bundesregierung bei der Sicherung der deutschen Grenzen bislang abermals – wie schon 2015. Kritische Fragen muss sich aber auch die EU stellen lassen. Warschau weist darauf hin, dass es zwar finanzielle Unterstützung aus Brüssel für die Ausstattung von Asyllagern erhalte, nicht aber für die Verstärkung seiner Grenzanlagen. Die polnische Regierung möchte diese Praxis geändert sehen und EU-Zuschüsse auch für die Grenzsicherung erhalten.

Mit einigem Recht: Die Freizügigkeit innerhalb des Schengenraumes, dem bis auf Kroatien, Rumänien und Bulgarien alle EU-Staaten angehören, fußt darauf, dass die Außengrenzen gemeinsam geschützt

werden. Laut Dubliner Übereinkommen muss Deutschland zudem keine Person als „Flüchtling“ ins Land lassen, wenn diese aus einem sicheren Land über die Grenze kam – das trifft auf alle unmittelbaren Nachbarländer der Bundesrepublik zu.

Doch beides spielt abermals keine Rolle. Wie schon 2015 werden die europäischen Verträge einfach ignoriert, weil es in puncto Zuwanderung offenbar gewollt ist. Die EU, die im Streit mit dem polnischen Verfassungsgericht so auftritt, als sei sie bereits ein Staat, verfehlt somit eine grundlegende Funktion staatlichen Handelns: nämlich den Schutz des Staatsgebietes an den Grenzen und der Durchsetzung des Rechts auch dort – und nicht nur gegen die eigenen Bürger im Innern.

Deutschland als Hauptzielgebiet der Asylsucher präsentierte sich schon vor sechs Jahren als eine treibende Kraft dieses EU-Versagens. Als vor allem Ungarn begann, den Schutz seiner EU-Außengrenze energisch in die eigene Hand zu nehmen, erntete es aus Berlin nicht etwa Dankbarkeit und Unterstützung, sondern harsche Kritik. Und bereits im Juli vergangenen Jahres hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Polen wegen der Zurückweisung von Grenzübertritzern, die über Weißrussland gekommen waren, verurteilt. Geklagt hatten Tschetschenen, denen eine Entschädigung von 34.000 Euro pro Person zugesprochen wurde.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Nach der Wahl streitet „Die Linke“ über ihren Kurs – und Sahra Wagenknecht **Seite 4**

Kultur

Die Wiederentdeckung eines vergessenen Konzertmeisters Friedrichs des Großen **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Allenstein tagte der 13. Kommunalpolitische Kongress der LO **Seite 13**

Lebensstil

Die ersten serienmäßigen Hubschrauber kamen aus dem Raum Bremen **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

VON MICHAEL BUBACK

Als am 22. Oktober 1971 Mitglieder der Rote Armee Fraktion (RAF) bei einer Schießerei in Hamburg den Polizisten Norbert Schmid töten, ist dies der Auftakt zur größten politischen Mordserie der jüngeren deutschen Geschichte (siehe Seite 10). Über 30 Morde werden in den folgenden zwei Jahrzehnten von der RAF begangen – beziehungsweise ihr zugerechnet. Anders als es der Öffentlichkeit vermittelt wird, ist nur ein einziger Mord, der an dem Dresdner Bank-Vorstandssprecher Jürgen Ponto, aufgeklärt. Hier war allerdings kein besonderer Ermittlungsaufwand nötig, da die Ehefrau des Opfers Tat und Täter von einem Nebenzimmer aus beobachtet hatte.

Bei allen anderen Verbrechen ist bis heute nicht geklärt, welche Mitglieder der Terrororganisation jeweils am Ort des Geschehens anwesend waren, wer die Taten verübt und wer Beihilfe geleistet hat. Dieser Fakt fällt auf, erschreckt und muss nachdenklich stimmen angesichts der sonst für Morde erreichten Aufklärungsquote von über 90 Prozent.

Die Ursachen dafür sind zwiespältig. Neben dem eisernen Schweigen der RAF-Mitglieder, die den Angehörigen der Opfer auch nach Jahrzehnten Informationen über die Umstände der Tötung ihrer Ehemänner, Väter und Söhne verweigern und nicht zu ihren Taten bekennen, gehört dazu leider auch eine Reihe von Merkwürdigkeiten im Agieren, beziehungsweise Nicht-Agieren mancher Ermittlungsbehörden, die daran zweifeln lassen müssen, ob diese überhaupt eine genaue Aufklärung der Taten betreiben.

Die Morde von Karlsruhe

Mit meiner Frau habe ich mich vor allem mit dem Karlsruher Attentat befasst, dem mein Vater, Generalbundesanwalt Siegfried Buback, und seine Begleiter Wolfgang Göbel und Georg Wurster, die keine Personenschützer waren, am 7. April 1977 zum Opfer gefallen sind. Wir waren drei Jahrzehnte lang überzeugt, die Ermittlungen seien bestmöglich durchgeführt worden. Diese Überzeugung geriet ins Wanken nach dem Hinweis des ehemaligen Terroristen Peter-Jürgen Boock, wonach die wegen des Karlsruher Verbrechens als Mittäter Verurteilten Knut Folkerts, Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt nicht unmittelbar tatbeteiligt, also nicht am Tatort gewesen seien. Wir konnten dies zunächst nicht glauben, aber es bestätigte sich. Da nur diese drei als Mittäter verurteilt wurden, bedeutet dies auch, dass die wirklichen Täter für das schwere Verbrechen keinen Tag in Haft waren.

Die Bundesanwaltschaft nannte uns stets drei männliche Täter: Folkerts und Klar sowie Günter Sonnenberg. Obwohl alle Experten Sonnenberg als Karlsruher Mittäter betrachteten, wurde er für das Verbrechen nicht angeklagt. Dies wurde mit der vorangegangenen lebenslänglichen Verurteilung wegen versuchten Mordes an Polizisten bei seiner Festnahme sowie derjenigen von Verena Becker Anfang Mai 1977 in Singen begründet.

Offensichtliche Widersprüche

Wer sich mit der Klärung des Karlsruher Attentats befassen will, wird auf viele Widersprüche stoßen. So nennen fünf als seriös eingeschätzte staatliche Stellen unterschiedliche Tätertrios:

1. Das BKA wusste schnell, dass Sonnenberg das Tatmotorrad, von dem aus die Mörder auf Buback und seine Begleiter geschossen haben, ausgeliehen hatte. Er war zuvor mit Verena Becker und Klar unterwegs, sodass diese drei, wie der taktische Einsatzleiter 2008 im SWR mitteilte, am Tattag beim BKA als Tatverdächtige galten.

2. Am nächsten Tag wurde vom Leiter der BKA-Abteilung Terrorismus jedoch Folkerts anstelle von Becker als Täter bezeichnet. Folkerts, Klar sowie Sonnenberg gelten für die Bundesanwaltschaft bis heute als die Karlsruher Täter.

3. Der Verfassungsschutz informierte Generalbundesanwalt Rebmann Anfang 1982 von der Aussage einer RAF-Quelle, bei der es sich um Verena Becker handelte: Sonnenberg



Untersuchung eines Mordanschlags: Das Auto von Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seinen Begleitern Wolfgang Göbel und Georg Wurster sowie das Motorrad der Marke Suzuki, von dem aus die Terroristen das Attentat vom 7. April 1977 in Karlsruhe verübten
Foto: ullstein bild

Der Terror der RAF und das Schweigen des Staates

Vor 50 Jahren beging die Rote Armee Fraktion ihren ersten Mord. Fast alle Verbrechen der anschließenden Terrorserie sind bis heute nicht aufgeklärt. Neben dem Schweigen der RAF-Mitglieder liegt dies auch am mangelnden Aufklärungswillen mancher Behörden

habe das Tatmotorrad gefahren, Stefan Wisniewski geschossen und Klar im Fluchtauto gewartet. Gegen Wisniewski wurde daraufhin jedoch von Kurt Rebmann kein Ermittlungsverfahren aufgenommen und der Hinweis auf Wisniewski wurde den 1984 bis 1985 am Prozess gegen Klar und Mohnhaupt beteiligten Richtern, Verteidigern und sogar den Anklägern, also Mitarbeitern der Bundesanwaltschaft, vorenthalten.

4. Vom Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart wurden Folkerts (1980) sowie Klar und Mohnhaupt (1985) als Karlsruher Täter zu „Lebenslänglich“ verurteilt, Mohnhaupt dabei als Rädelführerin. Sie war am Tattag in den Niederlanden.

5. Dagegen zeigen die bei der Verhaftung des Rechtsanwalts Haag Ende November 1976 sichergestellten „Haag-Mayer-Papiere“, dass Sonnenberg, Becker und Wisniewski als Karlsruher Tatkommando eingeplant waren. Und Bundesanwalt Griesbaum äußerte im ZDF: „Die RAF ist planungstreu. Einmal gefasste Pläne werden umgesetzt.“

Erkenntnisse zur Tat

Wer möchte sich angesichts dieses Täter-Wirrwahrs mit dem Fall befassen? Der Senat des OLG Stuttgart erklärte 2012 in seinem Urteil zum Becker-Prozess sogar, für ihn stünden die Karlsruher Tatbeteiligten nicht fest. Dabei erscheint die Klärung nicht schwierig. Sonnenberg und Becker sind die wahrscheinlichste Motorrad-Besatzung. Sie konnten schwere Motorräder fahren und neben der Tatwaffe besaßen sie bei ihrer Verhaftung Anfang Mai 1977 einen Suzuki-

Schraubenzieher, wie er als einziges Werkzeug im Bordset des Tatmotorrads fehlte.

Meine auf Augenzeugen-Hinweisen beruhenden Erkenntnisse fasste ich 2008 in dem Buch „Der zweite Tod meines Vaters“ zusammen. Wie viele meinen, trug das Buch zu der Anklage der Bundesanwaltschaft gegen Verena Becker bei, in der sie 2010 beschuldigt wurde, „gemeinsam mit anderen am 7. April 1977 in Karlsruhe drei Menschen heimtückisch getötet“ zu haben.

Inzwischen sagten über 20 Personen aus, eine Frau habe hinten auf dem Tatmotorrad gesessen. Ihnen wurde jedoch nie eine Frau gegenübergestellt. Die Augenzeugen des Verbrechens, die in dem Prozess 2010 bis 2012 erstmals aussagen konnten und durchweg von einer Frau auf dem Tatmotorrad sprachen, wurden scharf angegriffen. Warum eigentlich? Die Bundesanwaltschaft hätte doch in den Hinweisen auf eine Frau eine Bestätigung ihrer Anklage sehen können.

Eine Augenzeugin, die nach den ersten Schüssen an das Fenster ihres Dienstzimmers getreten war und uneingeschränkten Blick auf den Tatort hatte, sowie ein Augenzeuge, der das Attentat aus seinem an der Tatortkreuzung wartenden Auto beobachtete, sind überzeugt, dass eine Frau vom Tatmotorrad aus schoss. Die Kreuzung sei bald freigegeben und die vielen Fahrzeuge seien ohne Registrierung von Namen oder Auto-kennzeichen weitergewinkt worden. Tatsächlich existiert kein am Tatort polizeilich aufgenommener Vermerk. Ebenfalls verschwunden ist die Aussage eines Augenzeugen vom Tattag, mit neunundneunzigpro-

Die Augenzeugen des Verbrechens, die in dem Prozess durchweg von einer Frau auf dem Tatmotorrad sprachen, wurden scharf angegriffen. Warum eigentlich? Die Bundesanwaltschaft hätte doch darin eine Bestätigung ihrer Anklage sehen können

zentiger Sicherheit habe ein Mädchen hinten auf dem Motorrad gesessen.

Gesicherte Fakten

Was bleibt eigentlich noch aufzuklären, werde ich oft gefragt. Sonnenberg und Becker hatten die Tatwaffe, Becker dazugehörige Munition in ihrer Umhängetasche, Sonnenberg hatte das Tatmotorrad ausgeliehen, Becker hatte einen Suzuki-Schraubenzieher bei sich, wie er im Tatmotorrad fehlte. Die Haarspur in einem der Täterhelme stimmt laut eines von BKA-Präsident Herold aufbewahrten Dokuments mit Haaren in Verena Beckers Haarbürste überein, in der sich ihre Haare befanden. Drei Zeugen berichteten, sie hätten von Klar erfahren, Verena Becker habe in Karlsruhe geschossen. Ein Wissenschaftler hatte einem befreundeten Professor sogar mitgeteilt, diese Information direkt von Verena Becker erhalten zu haben.

Die Polizei sicherte am Tattag neben dem Weg vom Abstellort des Tatmotorrads zum Fluchtauto den Gipsabdruck einer einzigen Schuhspur und bat das BKA um Auskunft, ob aus der im Abdruck sichtbaren Zahl „40“ geschlossen werden könne, dass es ein Schuh der Größe „40“ war. Erst knapp eineinhalb Jahre später wurde dies vom BKA bestätigt. Diese Schuhgröße ist ungewöhnlich für einen etwa 1,80 Meter großen Mann, also einen der uns genannten Täter. Nur in den Akten zum abgetrennten Singener Verfahren fand sich die Information, Verena Becker hat bei ihrer Verhaftung Sportschuhe der Größe „40“ getragen. Diese wurden irgendwann amtlich vernichtet. Unglaublich ist auch, dass Verena

Beckers Aussage beim Verfassungsschutz auf Tonband aufgenommen, das Band aber überspielt wurde. Der Fluchtwagen der Attentäter ist seit Langem spurlos verschwunden. Wie viele DNA-Spuren hätte man darin identifizieren können, zumal die Täter wohl keine Vorkehrungen gegen diese Analytik getroffen hätten, die ihnen 1977 nicht bekannt war?

Eine skandalöse Enthüllung

Im April 2007 veröffentlichte der „Spiegel“: Verena Becker war geheime Informantin des Verfassungsschutzes. Dieser Kontakt wurde bei der Durchsuchung ihrer Wohnung bestätigt. Er ist zudem durch Aussagen eines ehemaligen Verfassungsschützers sowie des früheren Innenministers Gerhart Baum belegt. Auch der Senat des OLG Stuttgart ist in seinem Urteil von Beckers Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz überzeugt. Diese Kooperation begann vermutlich nicht erst in den frühen 1980er Jahren, wie von offizieller Seite eingeräumt wurde, nachdem das Zusammenwirken publik geworden war.

Dafür sprechen die Angaben der Kinder von Franz Josef Strauß. Seit 2008 war bekannt, dass Becker eine Wohnung angemietet hatte, von der aus die Familie Strauß Anfang 1977 ausgespäht wurde. Monika Hohlmeier, die Tochter von Strauß, ergänzte 2015, die Ermittler hätten diese Wohnung damals gefunden, aber: „Das wurde im Nachhinein nie bestätigt, weil irgendein Kontakt zu Verena Becker sich dabei herausgestellt hat.“ Zu der Ausspähung gibt es in der Bayerischen Staatskanzlei und im Innenministerium keine Unterlagen von damals. Die Persönlichkeiten, die später im Jahre 1977 ermordet wurden, sowie die für deren Schutz Verantwortlichen erfahren wohl nichts von dieser Ausspähung.

Von meinem eineinhalbtägigen Plädoyer in dem Verfahren gegen Verena Becker möchte ich nur erwähnen, dass ich keine Strafe für sie gefordert habe, da ich nicht ausschließen könne, dass Frau Becker von dritter, nicht auskunftsbereiter Stelle zu Handlungen gedrängt wurde. Trotz erdrückender Beweislage wurde sie nur wegen Beihilfe zu vier Jahren Haft verurteilt. Sie habe die Karlsruher Täter wissentlich und willentlich in deren Tatentschluss bestärkt, wobei der Senat diese Täter aber gar nicht kennt. Wegen des Rechtsgrundsatzes: „Ne bis in idem“, der eine erneute Anklage in der gleichen Sache ausschließt, ist Verena Becker nun vor Strafverfolgung wegen Mittäterschaft geschützt. Ihr hat das Stuttgarter Verfahren also genützt. Der noch nicht verbüßte Teil der Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt und ihr inzwischen erlassen.

Aufklärung wäre möglich

Dabei erscheint die Klärung des Attentats nicht schwierig. Allein die „Haag-Mayer-Papiere“ liefern einen deutlichen Hinweis auf das Tatortkommando. Sie enthalten in einer Tabelle für die elf Teilnehmer am RAF-Treffen im November 1976 die Aufgaben bei der

„Aktion Margarine“, dem Karlsruher Attentat. Da dieser einstimmig beschlossene Plan nach Experten-Überzeugung verbindlich war, ergibt sich für die Ermittler der einzigartige Vorteil, mit den „Haag-Mayer-Papieren“ das Drehbuch und mit dem Arbeitsplan die Rollenverteilung, den „Besetzungszettel“, für das Attentat zu besitzen. Am 2. Dezember 1976 sollten mehrere Personen in den Bereitstellungsraum zu dem – vor Haag und Meyers Verhaftung – für Anfang Dezember 1976 geplanten Attentat „abfahren“. Der Begriff „Abfahrt“ steht bei Sonnenberg, Wisniewski und Verena Becker.

Diese Tatbeteiligung von zwei Männern und einer Frau widerspricht nicht der Feststellung, es seien drei männliche Täter gewesen. Boock sagte aus, es müsse eine vierte Person am Attentat beteiligt gewesen sein, ein „Abdecker“, der als guter Schütze, falls erforderlich, hätte eingreifen können. Neben den beiden Motorradfahrern wären demnach ein „Abdecker“ in Tatortnähe und die im Fluchtwagen wartende Person, vermutlich Klar, am Verbrechen beteiligt gewesen. Einem Zeugen sind am Tagtag vormittags auf dem Bahnhof Bietigheim, über den die Flucht wohl führte, vier junge Leute aufgefallen, drei Männer und eine zierliche Frau.

Das erst 2007 von der Bundesanwaltschaft aufgenommene Ermittlungsverfahren gegen Stefan Wisniewski wurde 2016 eingestellt. Weitere Täter kommen nicht in Betracht, sodass die Karlsruher Attentäter für immer ohne Strafe für dieses schwere Verbrechen bleiben werden. Eine Erklärung für die gescheiterten Ermittlungen dürften die 1973 in Kraft getretenen Richtlinien für die Zusammenarbeit der Geheimdienste mit Polizei und Strafverfolgungsbehörden in Staatsschutz-Angelegenheiten bieten. Sie besagen, dass die Geheimdienste, wenn sie es für geboten halten, die Staatsanwaltschaft und damit auch die Polizei zum Innehalten bei Ermittlungen bewegen können. Insbesondere gelte dies, wenn ein Beschuldigter oder Zeuge geheimer Mitarbeiter der Geheimdienst-Behörden ist oder war. Dies war bei Frau Becker der Fall.

Als Nebenkläger waren wir zwei Jahre lang in einem geradezu absurden Prozess gefangen, bei dem eine von staatlicher Seite als geheime Informantin des Verfassungsschutzes offensichtlich mit Schutzzusagen ausgestattete Person von einer anderen staatlichen Stelle, der Bundesanwaltschaft, als Mörderin angeklagt wurde. Eine Klärung ist da nicht zu erwarten. Es ist nur zu gut verständlich, dass die kaum fassbare Kooperation des Geheimdienstes mit einer Terroristin nicht öffentlich werden soll, zumal gegen diese Frau vor 1980 wegen der Ermordung des Generalbundesanwalts und seiner Begleiter ermittelt wurde und sie 2010 sogar als Mittäterin beim Karlsruher Attentat angeklagt wurde. Aber ist es richtig, den Schutz terroristischer Verbrecher, die mit staatlichen Stellen kooperiert haben, sowohl über den Aufklärungsanspruch der in Erfüllung ihrer Pflicht ermordeten Menschen



Mitarbeiterin des Verfassungsschutzes: Die RAF-Terroristin Verena Becker, hier mit ihrem Rechtsbeistand während des Prozesses vor dem Oberlandesgericht Stuttgart im Jahre 2012

Foto: ddp images

als auch über den Wunsch der Opferangehörigen und der Öffentlichkeit nach Klärung des schweren Verbrechens zu stellen?

Vergleich mit den NSU-Morden

Nach dem Becker-Prozess war für uns Angehörige überraschend, dass Beate Zschäpe im NSU-Prozess zu „Lebenslänglich“ verurteilt wurde, obwohl es bei ihr keinen Hinweis auf eine unmittelbare Beteiligung an auch nur einem der zehn dem NSU zugerechneten Morde gibt. Verena Becker, bei der es gravierende Hinweise auf ihre Karlsruher Mittäterschaft gibt, wurde dagegen nur milde wegen Beihilfe verurteilt.

Der Paragraph 129a StGB, die „Bildung terroristischer Vereinigungen“, kann dies erklären. Er ermöglicht die Verurteilung von einzelnen Personen für Straftaten der Vereinigung. Im Urteil gegen Verena Becker gehörte der Paragraph nicht zu den angewandten Vorschriften. Denn dieser Tatvorwurf verjährt nach zehn Jahren. Man hätte 129a aber bis etwa 1987 auf Frau Becker anwenden und sie in Verbindung mit dem Vorwurf des Mordes anklagen können. Das geschah jedoch nicht, im Unterschied zum Vorgehen gegen Folkerts, Klar und Mohnhaupt.

Zu Paragraph 129a StGB muss man noch wissen, dass eine terroristische Vereinigung mehr als zwei Personen zu umfassen hat, also wenigstens drei. Wenn man die NSU-Verbrechen einer solchen Vereinigung zuordnen wollte, konnten die Täter nicht nur Bönhardt und Mundlos sein. Mit Frau Zschäpe wird die Mindest-Personenzahl für die terroristische Vereinigung NSU erreicht und sie konnte gemäß Paragraph 129a für alle diesem „NSU-Trio“ zugerechneten Verbrechen angeklagt und verurteilt werden.

Staatsräson contra Wahrheitsfindung

Die Staatsräson scheint der Wahrheitsfindung beim Karlsruher Attentat im Wege zu stehen. Auch als Angehörige haben wir keine Chance, die Klärung voranzubringen. Ein Problem besteht darin, dass Unfassbares geschehen ist. Kooperationen von Geheimdiensten und Terroristen können die Verbrechenaufklärung behindern oder sogar verhindern. Sie sind ohne wirksame Kontrolle ein Urübel. Die am Karlsruher Attentat beteiligten Terroristen können es als Triumph empfinden, dass sie den Generalbundesanwalt und seine Begleiter ermordet haben und dafür dauerhaft straffrei bleiben.

Trotz der enormen Strapazen bereuen es weder meine Frau noch ich, Nebenkläger im Stuttgarter Prozess gewesen zu sein. Wir haben nun ein klares und widerspruchsfreies Bild von Tat und Tätern. Der Prozess gegen Verena Becker ist in unserem Buch „Der General muss weg!“ detailliert geschildert. Darin enthalten sind auch 80 Seiten zum Werdegang meines Vaters. Er wurde Anfang 1941 als 21-Jähriger einberufen, war sechs Jahre in Krieg und Kriegsgefangenschaft und schloss seine Ausbildung 1950 im Bereich des OLG

Als Nebenkläger waren wir in einem geradezu absurden Prozess gefangen, bei dem eine von staatlicher Seite als geheime Informantin des Verfassungsschutzes offensichtlich mit Schutzzusagen ausgestattete Person von einer anderen staatlichen Stelle, der Bundesanwaltschaft, als Mörderin angeklagt wurde

Celle mit dem 2. Staatsexamen ab. Erwähnt werden seine großen Fälle: das „Spiegel“-Verfahren, das Steiner-Wienand-Verfahren, die Prozesse zum Soldatenmord in Lebach und zur Sidewinder-Rakete, die gestohlen und in Einzelteilen per Post nach Moskau geschickt wurde, das Guillaume-Verfahren und der Baader-Meinhof-Prozess.

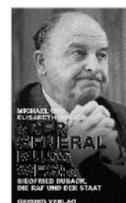
Die Guillaume-Affäre führte meinen Vater an seinem ersten Tag als Generalbundesanwalt ins BKA. Mit dem Justizminister war er der letzte offizielle Besucher von Willy Brandt, bevor dieser seinen Rücktritt einreichte, wobei er Brandt nicht zu diesem Schritt riet. Mein Vater sagte, Guillaume werde nur über seine Leiche ausgetauscht. So kam es dann ja auch. Welchen Belastungen mein Vater ausgesetzt war, zeigt ein Brief, in dem er 1977 an einen Freund schrieb: „Natürlich bin ich nach wie vor um eine positive berufliche Bilanz bemüht. Dies wird allerdings von Monat zu Monat schwerer, und der Zeitpunkt, an dem ich mit dem Rücken zur Wand stehen werde, ist abzusehen.“

Trotz vieler Widrigkeiten hat mein Vater stets versucht, seine Pflicht nach Maßgabe von Strafprozessordnung und Strafgesetzbuch zu erfüllen. Ich will nicht ausschließen, dass die Zahl ungeklärter RAF-Morde und damit verknüpfter blinder Flecke sehr viel kleiner wäre, wenn er am Leben und Generalbundesanwalt geblieben wäre.

● **Prof. Dr. Michael Buback** war Professor für Technische und Makromolekulare Chemie an der Georg-August-Universität in Göttingen. Er ist der Sohn des am 7. April 1977 von der Roten Armee Fraktion ermordeten Generalbundesanwalts Siegfried Buback. 2008 veröffentlichte er das Buch „Der zweite Tod meines Vaters“ (Droemer Knaur). 2019 erschien „Der General muss weg!“ Siegfried Buback, die RAF und der Staat“ (Osburg).

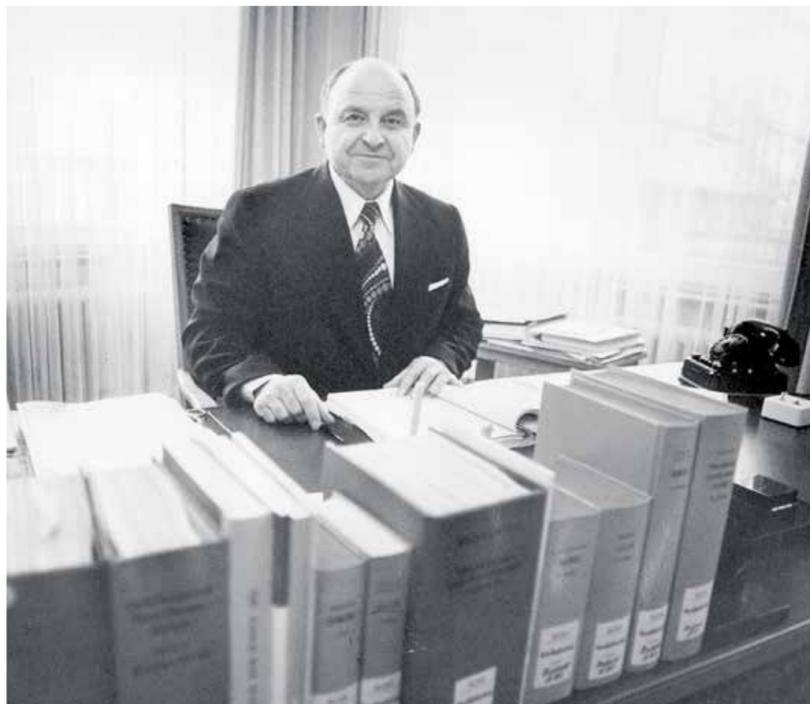
Schwierige Suche nach der Wahrheit

Am Gründonnerstag 1977 wird Generalbundesanwalt Siegfried Buback in Karlsruhe ermordet, mit ihm sein Fahrer Wolfgang Göbel und der Justizbeamte Georg Wurster. 2007 wird Sohn Michael Buback zugetragen, dass für das Attentat die Falschen verurteilt wurden. Seine Recherchen führen 2010 zum Prozess vor dem Oberlandesgericht Stuttgart, in dem das frühere RAF-Mitglied Verena Becker wegen dreifachen Mordes angeklagt wird. „Der General muss weg!“ ist das akribische, erschütternde Protokoll der Verhandlungen vor dem OLG Stuttgart – aus der Feder von Michael Buback und seiner Ehefrau Elisabeth, beide Nebenkläger des Verfahrens. In diesem bestätigt sich, dass Becker Informantin des Verfassungsschutzes gewesen ist. Mehr noch als das Ergebnis ist es der Verlauf der Verhandlungen, der die beklemmende Frage aufwirft: Wie weit geht der Staat in der Verteidigung seiner Interessen?



Michael und Elisabeth Buback
„Der General muss weg!“
Siegfried Buback, die RAF und der Staat

Osburg Verlag 2019, gebunden,
404 Seiten, 15 Abbildungen,
ISBN: 978-3-95510-211-1, 26 Euro



Unbeugsamer Verteidiger des Rechtsstaats und Kämpfer gegen den Terror sowie Opfer der RAF: Der 1977 ermordete Generalbundesanwalt Siegfried Buback

Foto: SZ photo

● MELDUNGEN

Chaos zum Ferienbeginn

Berlin – Der Beginn der Herbstferien in Berlin vorletzten Montag war für viele Reisende mit chaotischen Zuständen am neuen Hauptstadtflughafen BER verbunden. Am ersten Ferienwochenende mussten Fluggäste vor dem Abflug bei der Abfertigung stundenlange Wartezeiten ertragen. In der Folge verpassten Reisende zum Teil sogar ihre Flüge. Nach dem Wochenende empfahl die Lufthansa ihren Fluggästen zeitweilig, sich bereits vier Stunden vor der jeweiligen Abflugzeit am Flughafen einzufinden. Als Ursachen für die Zustände zu Beginn der Herbstferien werden Personalengpässe und auch aufwendigere Abfertigungsprozeduren genannt. Aufgrund der Corona-Pandemie müssen die meisten Reisenden an den Abfertigungsschaltern Corona-Tests oder Impfnachweise vorlegen. Berlins neuer Flughafen ist bereits vor einem Jahr eröffnet worden. Infolge der Pandemiebeschränkungen lagen die Fluggastzahlen bislang aber meist nur auf niedrigem Niveau. *N.H.*

Nord Stream 2 besteht Tests

Zug – Wie die Nord Stream 2 AG mitteilte, wurde der erste Strang der umstrittenen Gasleitung Nord Stream 2 mit „technischem Gas“ befüllt. Der dadurch erfolgte Druckaufbau ist eine Voraussetzung für folgende technische Tests. Vor der Befüllung wurde die Pipeline technischen Prüfungen wie der Untersuchung des Rohrinneins mit Messgeräten und visuellen Inspektionen des Rohrs von außen unterzogen. Für den zweiten Strang laufen die technischen Vorbereitungen noch. Laut dem Unternehmen wurde der erste Strang mit 177 Millionen Kubikmetern Gas befüllt, wodurch ein Druck von 103 bar in der Pipeline gewährleistet sei. Dieser Druck reiche aus, um den Gastransport zu starten. Über die von Russland nach Deutschland verlaufende Pipeline könnten die Gaslieferungen nach Deutschland verdoppelt werden. Angesichts der derzeitigen Energieknappheit wäre eine schnelle Inbetriebnahme sinnvoll, doch dafür steht noch die Zertifizierung deutscher Behörden aus. *MRK*

Netzentgelte sollen steigen

Berlin – Deutsche Verbraucher zahlen schon jetzt die höchsten Strompreise in Europa. Zum neuen Jahr sollen die Netzentgelte im bundesweiten Durchschnitt um 3,7 Prozent steigen und würden damit ein Rekordhoch erreichen. Steuern, Abgaben und Umlagen machen zirka 53 Prozent des Strompreises aus. 24 Prozent entfallen allein auf die Netznutzung. In den vergangenen zehn Jahren sind die Gebühren auf den Strompreis um gut ein Drittel (34 Prozent) gestiegen. Bei den Strompreisen gibt es große regionale Unterschiede. Verbraucher in Bremen müssen einen Preisanstieg von 13 Prozent stemmen, während in Sachsen-Anhalt die Netzentgelte 2022 stabil bleiben. Zwar soll durch eine Senkung der EEG-Umlage die drastische Verteuerung abgefedert werden, dennoch bleiben die Strompreise in Deutschland auf hohem Niveau. *MRK*



Nimmt kein Blatt vor den Mund: Sahra Wagenknecht

Foto: Imago/Klaus W. Schmidt

LINKSPARTEI

Streit um die Ursachen der Niederlage

Sahra Wagenknechts Kritik ist scharf, doch nicht jeder will sie hören

VON PETER ENTINGER

Die Linkspartei war der große Wahlverlierer der Bundestagswahl. Gegenüber 2017 hat sich ihr Ergebnis fast halbiert. Mit 4,9 Prozent drohte sie sogar den Einzug in den Bundestag zu verpassen. Nur weil die dafür erforderlichen drei Direktmandate gewonnen wurden, konnte die Linke dank der Grundmandatsklausel die Fünf-Prozent-Hürde umgehen. Von den 69 Sitzen, die sie in der vergangenen Legislaturperiode hatte, sind aber nur noch 39 übrig.

Die Analyse hat längst begonnen, die Streitigkeiten sind geblieben. Im Mittelpunkt steht die frühere Bundestagsfraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht, Ehefrau des Ex-Parteichefs Oskar Lafontaine. Sie kritisiert in einem Buch, dass sich die „Lifestyle-Linke“ von der Arbeiterklasse distanzieren und eine akademische Mittelschicht bedienen, also ein Milieu, das oft grün wählt.

Zumindest für den Westen gilt das. In der „alten BRD“ bekamen die Postkommunisten gerade noch 3,7 Prozent der

Stimmen. Jene, denen ihre Anbindung an Antifa-Kreise sowie ihr vehementes Eintreten für multikulturelle Utopien und für eine großzügige Einwanderungspolitik gefällt, wählen dort trotzdem lieber grün. „Diese Wähler haben in großer Zahl gleich das Original, die Grünen gewählt. Mit denen haben sie ja auch eine Regierungsoption“, sagte die bisherige Zwickauer Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann, die nun ihren Stuhl räumen muss.

Und im Osten hat den Linken die AfD den Rang als „soziale Protestpartei“ längst abgelassen. Dort einst Volkspartei hat sie nicht einmal mehr in allen neuen Bundesländern ein zweistelliges Ergebnis geschafft. Schlimmer noch: Sie fiel in Sachsen und in Brandenburg hinter die FDP zurück.

Konkurrenz der Grünen im Westen

„Es gibt eine ganze Reihe von Umfragen, in denen gerade die Menschen, die nicht in Großstädten wohnen und nicht akademisch gebildet sind, sagen: Die Linke ist nicht mehr meine Interessensvertretung“, analysierte Wagenknecht. Menschen im

Niedriglohnsektor sowie Rentner habe die Linke zuletzt zu stark außer Acht gelassen. „Wenn viele von diesen Leuten das Gefühl haben, dass ihre Probleme nicht mehr ernst genommen werden, ist das etwas, was wir sehr ernsthaft zur Kenntnis nehmen müssen“, sagte die gebürtige Thüringerin, die über die Landesliste Nordrhein-Westfalens wieder in den Bundestag eingezogen ist, dort selbst aber auch die Fünf-Prozent-Marke verfehlte.

Doch Wagenknechts Kritik ist in der Partei hochumstritten und überschattet auch die Konstituierung der neuen Bundestagsfraktion. „Wagenknecht, ihre Positionen und ihre Politikvorstellung sind verantwortlich für die massive Zerrissenheit in vielen Landesverbänden, für Parteiaustritte und der Grund, warum viele engagierte junge Menschen, die wir so dringend brauchen, nicht zu uns kommen“, heißt es in einer Stellungnahme mehrerer Linkspolitiker mit Immigrationshintergrund.

Aktuell bilden Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch den Fraktionsvorsitz. Die Partei wird von Janine Wissler aus Hessen

und der Thüringerin Susanne Hennig-Wellsow geführt. Am Personal will die Linke erst einmal nicht rühren. Es gibt auch kaum noch geeignetes Spitzenpersonal.

Konkurrenz der AfD im Osten

So ist es kein Wunder, dass neben Wagenknecht Altmeister Gregor Gysi zu den bekanntesten Politikern gehört. Nur dank der durch ihn sowie Gesine Löttsch und Sören Pellmann gewonnenen Direktmandate in Berlin und Leipzig kann die Partei wieder in den Bundestag einziehen. Als Konsequenz aus dem Wahldebakel forderte Gysi, zur mitteldeutschen Identität zurückzukehren, die „nur noch und immer stärker“ von der AfD vertreten werde: „Es muss jeden Monat einen Antrag zur Situation in Ostdeutschland durch uns im Bundestag geben“, sagte er, der feststellte, dass es „mittlerweile mehr West- als Ostdeutsche in der Partei“ gebe. Er beklagte, dass zu viel miteinander über inhaltliche Fragen gestritten werde. Für viele Menschen entstehe so der Eindruck, „dass wir uns nicht um sie kümmern, sondern vorwiegend um uns selbst“.

DASEINSFÜRSORGE

Öffentlich-private Partnerschaft auf Dänisch

Kommunen stellen Privaten Läden zur Verfügung, damit diese auf dem Land die Bevölkerung versorgen

In Dänemark schlossen in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr kleine Läden auf „dem platten Land“. Die Umsätze waren zu gering, die Handelsketten rationalisierten und sparten Mieten wie Personalkosten ein. Die dort lebenden Menschen mussten und müssen nun längere Wege zum Einkaufen hinnehmen. Ortschaften mit weniger als 600 Einwohnern sind für potentielle Ladenbetreiber unattraktiv.

Vor diesem Hintergrund fordert die Universität von Esbjerg (Esbjerg), dass die betroffenen Kommunen die Initiative ergreifen, eine Art öffentlich-private Partnerschaft (Public Private Partnership) mit potentiellen Ladenbetreibern eingehen. „Historisch gesehen gibt es etliche Beispiele von Ortschaften, die Geld

gesammelt haben, um ein Geschäft auf die Beine zu stellen. Daher denke ich sicher, dass es machbar ist. Ich halte es auch für eine gute Initiative“, so der Professor Egon Noe vom Zentrum für Landdistriktforschung.

Ein Beispiel ist Rapstedt (Ravsted). Der Ort in Nordschleswig in der Nähe von Apenrade (Aabenraa) hat nur 450 Einwohner, aber die Einwohner wollten in ihren Ort trotzdem wieder ein Geschäft haben. So wurde der frühere Supermarkt der Kette SuperBrugsen erworben, und nun betreibt die Let-Køb-Kette dort wieder einen Laden. Let-Køb gehört ebenso wie Spar, Min Købmand und Meny zum Handelskonzern Dagrofa, der bereits hundert Läden in strukturschwachen Kreisen neu eröffnet hat.

Noe ist davon überzeugt: „Wenn man Miteigner des Konzeptes ist, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass man es unterstützt, auch größer und damit auch, dass es ein Erfolg wird. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass eine gute Partnerschaft zwischen den Anwohnerinnen und Anwohnern und dem Kaufmann zum Erfolg führt.“

Dagrofas Chef Thomas Pietrangeli ist von der Geschäftsidee überzeugt, dass die öffentliche Hand in Form von Kommunen Läden bereitstellt und private Investoren diese dann betreiben. Pietrangeli preist die angeblichen Vorteile: „Erstens ist es für Menschen, die nicht so mobil sind, wichtig. Sie bekommen ein Geschäft, in dem sie selbst einkaufen können. Das gilt zum Beispiel für Rent-

ner, die den Führerschein abgegeben haben. Außerdem kann es ein Treffpunkt für den Ort werden, wo man einander begegnet, miteinander spricht und Nachrichten auf der Anschlagtafel aufhängt.“ Man hofft auch darauf, dass die kleinen Läden ein sozialer Ort werden, den viele inzwischen vermissen.

In Deutschland gibt es in strukturschwachen Gegenden gelegentlich „Landläden“, in denen Landwirte ihre Erzeugnisse direkt verkaufen. Diese folgen aber einem ganz anderen Geschäftsmodell als in Dänemark. Sie wollen auf diese Weise die oft magere Ertragslage der Bauern aufbessern. Meist werden dort hochwertige Bio-Produkte angeboten. Die Kunde gewinnt dort auch Einblick in das bäuerliche Leben. *Frank Bücker*

BERLIN-WAHL

Viele Wähler sehen sich getäuscht

„Danke für gar nichts, Franziska“: Statt eines Neuanfangs steuert Giffey wieder auf Rot-Rot-Grün zu

VON NORMAN HANERT

Berliner, die gehofft hatten, die Wahl der SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey brächte einen Neuanfang und Politikwechsel, müssen sich enttäuscht, wenn nicht gar getäuscht fühlen. Gut ein Jahr lang hatte Giffey ein „pragmatisches bürgerliches Programm“ versprochen. Da die SPD-Landeschefin sich im Wahlkampf betont bürgerlich gab und zum Teil ähnliche Positionen wie der CDU-Spitzenkandidat Kai Wegner vertrat, hielten Beobachter sogar eine „Deutschland“-Koalition der SPD mit CDU und FDP für möglich. Nach den ersten Sondierungsgesprächen ließ Giffey zumindest noch eine Präferenz für ein Ampel-Bündnis mit Grünen und FDP erkennen.

Umso überraschender verkündete die ehemalige Bundesfamilienministerin am Morgen des 14. Oktober das Ende der Sondierungsgespräche mit der FDP. Bereits am Nachmittag des Folgetages legten SPD, Grüne und Linkspartei ein Eckpunktepapier für Koalitionsgespräche vor. Nachdem Giffey angekündigt hatte, Wohnungsneubau solle „Chefinensache“ werden, sieht das Sondierungspapier den Bau von 20.000 Wohnungen pro Jahr vor. Zum Enteignungsvolksentscheid vereinbarten SPD, Grüne und Linkspartei, dass eine Expertenkommission gebildet werden soll, die innerhalb eines Jahres Möglichkeiten und Voraussetzungen zur Umsetzung prüfen soll.

„Sozialdemokratische Handschrift“

Wie Giffey es angestrebt hatte, will das Land Berlin künftig auch wieder Lehrer verbeamten. Die Abschaffung der eigenständigen Gymnasien, ein Ziel von Grünen und Linkspartei, taucht in dem Sondierungspapier dagegen nicht als Punkt auf. Weitgehend durchgesetzt hat sich Giffey auch bei ihren Vorstellungen zur Berliner Stadtautobahn. Der 16. Bauabschnitt der A 100 soll fertiggestellt und mit einem Verkehrskonzept bis an den Treptower Park verbunden werden. Zu dem Sondierungspapier sagte Giffey, es trage „eine ganz klare sozialdemokratische Handschrift“.

Nimmt man die Kommentare zum Maßstab, die Bürger als Reaktion auf die



„Dafür habe ich Sie nicht gewählt“: Berlins SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey

Foto: imago images/Chris Emil Janßen

Beiträge Giffey in sozialen Medien geschrieben haben, scheinen viele Berliner von der SPD-Politikerin trotzdem stark enttäuscht zu sein. Die Reaktionen reichen von „Dafür habe ich Sie nicht gewählt“ bis hin zu: „Danke für gar nichts, Franziska.“

FDP und CDU sprechen ganz offen von Wortbruch. Der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Falko Liecke sagte mit Blick auf die Neuauflage von Rot-Rot-Grün: „Viele SPD-Wähler beißen sich jetzt in die geballte Faust.“ Auch der FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja bescheinigte Giffey, sie habe ihr Versprechen gebrochen, einen Kurswechsel herbeizuführen.

Mit Blick auf die angeblich „klare sozialdemokratische Handschrift“ im Sondierungspapier bleibt abzuwarten, was Giffey in Laufe der Wahlperiode als Regierungschefin tatsächlich umsetzen kann. Nimmt das Dreierbündnis aus SPD, Grünen und Linkspartei die Arbeit auf, muss die ehemalige Bundesministerin damit

rechnen, dass die Grünen noch selbstbewusster auftreten werden, als dies schon bislang der Fall war.

Die Grünen-Spitzenkandidatin Bettina Jarasch hat zwar ihr Ziel verfehlt, als Regierende Bürgermeisterin ins Rote Rathaus einzuziehen, dennoch hat ihre Partei bei den Berlin-Wahlen zugelegt. Nach der Wahl hatte Jarasch dann auch ziemlich deutlich zu verstehen gegeben, dass sie lieber die Linkspartei und nicht die FDP als dritten Koalitionspartner dabei haben wolle.

Vorwurf: lediglich Aushängeschild

Auch aus der eigenen Partei gab es indes Signale, dass Giffey möglicherweise ein „Heide-Simonis-Moment“ drohen könnte. Die SPD-Politikerin Simonis hatte im Kieler Landtag 2005 in vier Wahlgängen keine ausreichende Mehrheit erhalten, um Ministerpräsidentin zu werden. Bis heute ist nicht klar, welcher Abgeordnete im rot-grünen Lager Simonis die Stimme verweigert hat. Für Simonis kam das

Scheitern seinerzeit überraschend, ohne Vorwarnung.

Im Kontrast dazu erhält Giffey derzeit sehr deutlich und sehr frühzeitig aus der eigenen Partei gesagt, was von ihr erwartet wird. Noch während die Sondierungsgespräche liefen, hatte sie von großen SPD-Kreisverbänden die Ansage bekommen, dass diese „für eine Fortführung des fortschrittlichen progressiven Bündnisses“ mit Grünen und Linkspartei einträten.

Auch die Berliner Jungsozialisten sprachen sich auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz mit großer Mehrheit gegen ein Bündnis mit den Liberalen und für die Fortsetzung der Koalition mit Grünen und Linkspartei aus. Aus Sicht enttäuschter Berliner Wähler legen diese deutlichen Signale den Verdacht nahe, dass für Teile der Berliner SPD die Spitzenkandidatin Giffey im Wahlkampf lediglich ein Aushängeschild gewesen sei, welches nur die Fortsetzung der alten Politik ermöglichen sollte.

POLIZEI-EINSATZ

Die ganz große Eskalation blieb aus

Linksextremer Bauwagenplatz „Köpi“ nach Jahrzehnten geräumt: Linksparteiler protestiert

In Berlins Köpenicker Straße 133-136 gab es einen „Wagenplatz“, auf dem sich Linksextremisten breitgemacht hatten und für sich ein „Wohn- und Bleiberecht“ in Anspruch nahmen. Am 15. Oktober wurde der Platz nach langem Hin und Her im Auftrag eines Gerichtsvollziehers von der Polizei geräumt. Im Vorfeld hatten Linksextremisten bürgerkriegsähnliche Ausschreitungen angekündigt.

Insgesamt hatte die Polizei mehr als 3500 Beamte für den Einsatz mobilisiert, davon 700 aus anderen Bundesländern (Brandenburg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Bremen). Zusätzlich war Bundespolizei im Einsatz. Die Extremisten hatten mit Stacheldraht, Blechen, Metallzäunen, spitzen Metallrohren und anderen Materialien ihr Domizil verbarrikadiert. Zwar gab es bei der Räumung selbst

Gewalt gegen Beamte, aber das Ausmaß fiel geringer aus als befürchtet. Beispielsweise flogen Flaschen, und im Nahbereich wurde mit Feuerlöschern gesprüht. Zwei Besetzer hatten sich auf Bäumen angekettert und behaupteten dann lautstark, es sei lebensgefährlich, sie herunterzuholen. 38 Besetzer wurden abgeführt. Der Eigentümer will auf dem 2600 Quadratmeter großen Areal nun möglichst rasch bauen.

Am Vortag, aber auch am darauffolgenden Sonnabend fanden zahlreiche „Protestaktionen“ statt. Durch dezentrale Vorgehensweise und den Versuch, bei Hassobjekten der linken Szene möglichst große materielle Schäden anzurichten, verfolgten die Linksextremisten eine neue Taktik. In der Nacht zum Donnerstag brannten in der Boppstraße zwei Autos. In der Köpenicker Straße und der Adalbertstraße brannten mehrere Müll-

tonnen, und in der Melchiorstraße wurden Autoreifen auf der Fahrbahn in Brand gesteckt. Schon in der Nacht zum Mittwoch beschädigten Angreifer sechs Eingangstüren und beschmierten sie mit der Parole „Köpi bleibt“.

„Keine politische Haltung“

Schon in der Nacht zum Dienstag gingen in der Rigaer Straße, Ecke Liebigstraße, Autoreifen in Flammen auf. Linksextremisten griffen sogar die daraufhin anrückende Feuerwehr an. Außerdem fackelten linke Extremisten Autos des Ordnungsamtes Berlin-Lichtenberg ab. Fast in allen Stadtquartieren kam es zu weiteren Brandanschlägen gegen Autos. In Berlin-Treptow im Ortsteil Baumschulenweg griffen die Täter eine Bankfiliale an.

Es gab mehrere Solidaritäts-Demos für das „Köpi“. Alle waren mehr oder we-

niger von Gewalt begleitet. In der Summe sind 76 Festnahmen und 46 verletzte Polizisten zu bilanzieren. Darunter finden sich 17 Festnahmen und Anzeigen wegen besonders schweren Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und tätlichen Angriffs, versuchter gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Ferat Kocak, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für die Linkspartei (Wahlspruch: Kämpfe verbinden, gemeinsam verändern!), beklagte ein „brutales“ Vorgehen der Polizei. Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) meinte dagegen an die Adresse der „Köpi“-Besetzer: „Was wir gestern erlebt haben, ist keine politische Haltung, sondern blinde Zerstörungswut.“ AfD-Fraktionschef Georg Pazderski begrüßte die Räumung des Platzes.

Frank Bücker

KOLUMNE

Betrug ohne Ansage

VON THEO MAASS

Im Dezember 2019 lag die Berliner SPD bei den Umfragen bei 15 Prozent. Die Grünen kamen zeitweise auf 25 Prozent. Die Leib- und Magenpostille der früheren Öko-Partei, die „taz“, machte sich bereits über den Koalitionspartner der Grünen, die SPD, lustig. Dann kam Franziska Giffey.

Michael Müller (SPD), der bisherige Regierende Bürgermeister, wurde in den Bundestag weggeklaut. Giffey, die politisch aus dem Umfeld des ehemaligen Bürgermeisters aus Neukölln, Heinz Buschkowsky, kam, erweckte im Wahlkampf den Eindruck, sie wolle eine politische Wende im Wohnungsbau und im Verkehr durchsetzen. Der „taz“ vergingen die Arroganz und der Spaß. Kein Tag verging, an dem nicht Kübel von Hass über Giffey ausgekippt wurden. Da glaubten viele, dass ein Politikwechsel mit der SPD-Kandidatin tatsächlich möglich wäre. Nachdem am Wahlabend eine Mehrheit für SPD, CDU und FDP erkennbar wurde, wählten sich die geplagten Berliner am Ziel.

Aber dann kam es anders. Zunächst hieß es, mit der CDU gehe es gar nicht. Giffey hielt dann noch einige Zeit die FDP hin und redete in der Öffentlichkeit von der „Ampel“ – also SPD, Grüne und FDP. Aber nun bleibt es doch bei Rot-Rot-Grün. Das ganze Theater wurde vor der Wahl offenbar nur aufgeführt, um die grüne Kandidatin Bettina Jarasch als Bürgermeisterin zu verhindern und der SPD dieses Amt zu erhalten.

Natürlich gibt es jenseits von „Ampel-“ und „Deutschland“-Koalition Alternativen. Die AfD ist in Berlin – trotz aller Hetze in der linken Meinungsindustrie – eine zutiefst bürgerliche Partei – jedenfalls in ihrer Mehrheit. FDP und CDU sind gut beraten, in der kommenden Legislaturperiode sich nicht mehr vor den „antifaschistischen“ Karren der Regierung spannen zu lassen. Stattdessen muss darüber nachgedacht werden, ob nach dem Hamburger Vorbild mit der Schill-Partei vor 20 Jahren eine bürgerliche Reformmehrheit in Berlin mobilisiert werden kann.

MELDUNG

Per Du mit dem Lehrer?

Berlin – Die Berliner Jungsozialisten haben auf einer Landesdelegiertenkonferenz am Wochenende des 9. und 10. Oktober fast einstimmig einem Antrag zugestimmt, dem zufolge es Schülern erlaubt werden soll, ihre Lehrer zu duzen. Auf Facebook schrieb die Ortsgruppe der Neuköllner Jusos, die den Antrag eingebracht hatte: „Wir wollen, dass Schüler*innen ihre Lehrer*innen duzen können, um künstliche Distanzen abzubauen und eine Lernatmosphäre zu schaffen, in der sich alle wohlfühlen.“ Dabei verwiesen die Jusos auf Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland. In den skandinavischen Ländern ist es seit Langem üblich, dass Schüler ihre Lehrer duzen. Dies trägt nach Ansicht der Nachwuchs-SPDler zu besseren Leistungen bei. Laut dem Antrag der Neuköllner Jusos zeigt sich dies am guten Abschneiden dieser Länder bei der regelmäßigen PISA-Studie. N.H.

● MELDUNGEN

US-Militärs auf Taiwan

Taipeh – Während die Volksrepublik China den Druck auf die unabhängige Inselrepublik Taiwan kontinuierlich erhöht und eine „Wiedervereinigung“ fordert, rüstet man sich in Taipeh zur Gegenwehr. Und dabei leisten die Vereinigten Staaten nun offensichtlich auch Hilfe. Das Verteidigungsministerium in Washington bestätigte einen Bericht des „Wall Street Journal“, demzufolge US-amerikanische Militärangestellte schon seit Wochen auf der Insel vor dem chinesischen Festland weilen und die taiwanesischen Streitkräfte schulen. Die USA hatten ihre Truppen zwar 1979 aus Taiwan abgezogen, jedoch erließ der US-Kongress damals ein bis heute gültiges Gesetz, das die US-Regierung verpflichtet, jedwede gewaltsame Veränderung des Status Quo der Insel zu verhindern. Eine solche könnte jetzt schnell zum völligen Zusammenbruch von Teilen der Weltwirtschaft führen, denn Taiwan gehört zu den wichtigsten Standorten der globalen Halbleiter-Industrie. W.K.

Weiterer Tod eines Zeichners

Helsingborg – Der schwedische Karikaturist Lars Vilks, der wegen einer von ihm gemalten Mohammed-Karikatur seit 2007 unter Polizeischutz stand, wurde bei einem Verkehrsunfall in Südschweden getötet. Er wurde 75 Jahre alt. Neben Vilks starben auch die beiden Polizeibeamten, die zu seinem Schutz abgestellt waren. Bei dem Unfall durchbrach das Fahrzeug aus noch ungeklärter Ursache eine Leitplanke und stieß frontal mit einem Lastwagen zusammen. Vilks und seine beiden Leibwächter verkohlten bis zur Unkenntlichkeit. Laut Polizei liegen keine Erkenntnisse für einen Anschlag vor. Bereits im Juli starb der dänische Karikaturist Kurt Westergaard im Alter von 86 Jahren. Auch dieser Zeichner, gegen den es 2005 massive Todesdrohungen wegen umstrittener Mohammed-Karikaturen gab, soll eines natürlichen Todes gestorben sein. tws

Impfstoff gegen Marburg-Virus

Genf – Das mit dem Ebola-Virus verwandte Marburg-Virus (MARV), welches 1967 entdeckt wurde, löst ein schweres hämorrhagisches Fieber aus, an dem zwischen 25 und 90 Prozent der Infizierten sterben. Jetzt warnen die Impfallianz Gavi und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vor einer möglichen MARV-Pandemie, während die US-Gesundheitsbehörde NIH Studien veröffentlichte, denen zufolge asymptomatische Fledermäuse den Erreger verbreiten könnten. Gleichzeitig teilte die WHO mit, dass nun bald der erste Impfstoff gegen das Killer-Virus zur Verfügung stehe. Hierbei handelt es sich um ein Vakzin aus den Forschungslaboren der Firma Soligenix. Zu deren wichtigsten Aktionären gehört der weltweit größte Vermögensverwalter BlackRock. Außerdem existiert inzwischen auch schon ein PCR-Test zum Nachweis von MARV. Den bietet der Konzern Primerdesign der Novacyt-Gruppe an, welcher bisher mit SARS-CoV-2-Tests Riesengewinne eingefahren hat. W.K.

ISLAMISCHER TERROR

Tod in der Kirche

England unter Schock – Auf der Insel ist erneut ein Politiker von einem radikalen Moslem getötet worden

VON CLAUDIA HANSEN

Siebzehn Mal hat der Attentäter auf Sir David Amess mit einem Messer eingestochen. Danach blieb der Täter am Tatort ruhig stehen und ließ sich festnehmen. Sein Opfer verblutete derweil. Nach zwei Stunden starb der britische Parlamentsabgeordnete Amess. Er hatte wie so oft eine Bürgersprechstunde in seinem Wahlkreis in Essex abgehalten, in einer Kirche im Ort Leigh-on-Sea.

Sein grausamer Tod am Freitag vor einer Woche hat das Land erschüttert. Die Polizei bewertet die Tat als Terrorismus. Premierminister Boris Johnson, Oppositionsführer Keir Starmer, Innenministerin Priti Patel und Unterhaussprecher

Lindsay Hoyle eilten mit Blumenkränzen zum Tatort, etwa 65 Kilometer östlich von London. Anwohner legten Hunderte Blumensträuße und Abschiedsgrüße dort ab. „Er war ein Gentleman und ein sehr feiner Mann“, stand auf Karten.

Amess, 69 Jahre alt und Vater von fünf Kindern, war einer der beliebtesten Tory-Abgeordneten des Landes. 38 Jahre lang vertrat er Wahlkreise im Südosten Englands. Der gläubige Katholik galt als großer Menschen- und Tierfreund. Amess stand auf dem rechten Flügel der Konservativen Partei. In der Thatcher-Zeit erstmals gewählt, hat er gegen Abtreibung und Homo-Ehe gestimmt und machte sich zuletzt vor allem für Tierrechte stark.

Nicht nur werden jetzt Fragen gestellt, wie die Sicherheit von Abgeordneten bes-

ser gewährleistet werden kann. Viele fragen sich, wer der Attentäter war, der solchen Hass hatte, dass er kaltblütig einen Volksvertreter abstechen konnte.

Radikalisiert durch YouTube-Videos

Der Täter, ein Muslim namens Ali Harbi Ali, ist 25 Jahre alt und stammt aus einer Familie aus Somalia. Sein Vater war dort einst Regierungssprecher, kam in den 1990er Jahre aus dem ostafrikanischen Bürgerkriegsland ins Vereinigte Königreich. Sohn Ali wurde in London geboren und wuchs in einer relativ wohlhabenden Gegend auf. Zuletzt soll er vier Jahre Medizin studiert haben.

Der Vater des Attentäters zeigte sich „überrascht und traumatisiert“ nach der Verhaftung seines Sohnes. Ali Harbi Ali

war den Sicherheitsbehörden kein Unbekannter. Der Geheimdienst MI5 geht von 3000 Extremisten im Königreich aus, überwiegend radikale Moslems, denen er Anschläge zutraut. Ali gehörte nicht zu denen, die überwacht wurden, aber er nahm kurzzeitig an dem Präventions- und Deradikalisierungsprogramm „Prevent“ teil. Geholfen hat es offensichtlich nichts.

Wie nun herauskam, schaute Ali auf YouTube Videos des radikal-islamischen Predigers Anjem Choudary. Er sei davon „besessen“ gewesen, bestätigte ein Freund der Zeitung „Sun“. Choudary war Anführer der Gruppe „Islam4UK“ und zuvor führendes Mitglied der später verbotenen Organisation Al-Muhajiroun. In den späten 1990er Jahren organisierte er militärische Trainings für radikale Moslems in Großbritannien. Mehrere seiner Anhänger haben Anschläge verübt, darunter Michael Adebolajo und Michael Adebowale, die 2013 den Soldaten Lee Rigby grausam mit Messern abstachen.

Fortsetzung einer Anschlagswelle

2016 wurde Choudary wegen Werbung für den Islamischen Staat zu einer Haftstrafe verurteilt, ist aber seit 2018 wieder aus dem Gefängnis entlassen und betreibt erneut Propaganda.

Die Ermordung des Abgeordneten Amess trifft die Briten auch deshalb so stark, weil es der zweite tödliche Anschlag auf einen Parlamentarier innerhalb von fünf Jahren ist. 2016 fiel die Labour-Politikerin Jo Cox einem rechtsradikalen Briten zum Opfer. 2010 war ein anderer Labour-Abgeordneter nur knapp dem Tod entkommen, nachdem eine radikal-islamische Studentin, die Kontakte zu Personen von Al-Kaida unterhielt, ihn mit einem Messer attackiert hatte.

In Großbritannien gibt es eine große radikal-islamische Szene. Immer wieder verüben Einzeltäter oder Gruppen Anschläge. Bei den Terroranschlägen im Juli 2005 auf einen Bus und drei U-Bahnen in London kamen 55 Menschen ums Leben, und 2017 starben bei einem Bombentat auf ein Popkonzert der Sängerin Ariana Grande 23 junge Menschen.



Anteilnahme für einen beliebten Politiker: Ein Blumenmeer am Anschlagort für Sir David Amess Foto: imago images/ZUMA Press

GROSSBRITANNIEN

Charisma überwindet politische Schwerkraft

England kriselt nach dem Brexit – Doch Premier Johnson bleibt wegen schwacher Opposition stark

Eine bemerkenswerte Umkehrung der traditionellen Parteienlager vollzieht sich in Großbritannien. Die Konservativen geben sich als neue Partei der Arbeiter, während die linke Labour-Partei vor allem von urbanen jüngeren Akademikern gewählt wird. Premierminister Boris Johnson beschwor auf dem Tory-Parteitag in Manchester Anfang Oktober, dass die Konservativen eine Wende wollen hin zu einem Wirtschaftsmodell mit höheren Löhnen. Die gegenwärtigen Krisen des Königreichs erwähnte er kaum.

Lücken in Regalen in Supermärkten, fehlende Arbeitskräfte, Ende September sogar leere Tankstellen – Britannien erlebt derzeit Krisen. Gerade bei deutschen Beobachtern herrscht ein gerütteltes Maß an Schadenfreude, wie der Journalist Peter Tiede von der „Bild“-Zeitung in einem Gastbeitrag für die Londoner „Times“ feststellte und verteidigte. Man habe den Briten ja gesagt, wohin der Brexit führe.

Regierungschef Johnson will davon nichts hören. Die angespannte Situation,

besonders der Mangel an Lastwagenfahrern, sei Ausdruck einer „Periode der Anpassung“ nach dem Brexit und Corona. Unbegrenzte Immigration von EU-Bürgern aus Osteuropa werde es nicht mehr geben. Es gebe kein Zurück zum „kaputten Modell“ mit hoher Immigration und niedrigen Löhnen, donnerte Johnson auf dem Parteitag. Seine Rede, gewürzt mit Witz und Charme, hat die zehntausend Delegierten mitgerissen. Auf der anderen Seite knirscht jedoch die Wirtschaft mit den Zähnen, die mit steigenden Löhnen und Personalengpässen kämpft.

Kulturkrieg um „Trans-Rechte“

Labours Parteichef Keir Starmer moniert, Johnson sei nur ein Showman. Allerdings ist seine Show bei einem großen Teil der Bevölkerung weiterhin beliebt. Die Konservativen liegen weiter stetig vor Labour. Politikprofessor Tim Bale von der Queen Mary University in London verweist auf den erstaunlichen Umstand, dass der seit 2019 amtierende Premier Johnson schon

mehrere schwere Krisen überlebt hat. Manche britischen Zeitungen schreiben, Johnson sei ein Politiker, für den die politische Schwerkraft nicht gelte.

Das liegt wohl daran, dass der 57-jährige „Boris“, wie er allgemein nur genannt wird, ein ganz eigenes Charisma hat, seine Anhänger ihn als selbstironischen Anti-Politiker schätzen. Politologe Bale glaubt, dass Labour auch bei der nächsten Wahl nicht gewinnen werde. Zu schwer sei die Niederlage 2019 gewesen.

Auch heute noch kämpft Parteichef Starmer, ein etwas dröger, aber korrekter und intelligenter Jurist, mit den Altlasten seines sozialistischen Vorgängers Jeremy Corbyn. Beim Labour-Parteitag in Brighton konnte Starmer nur mit Mühe parteiinterne Reformen durchsetzen, die den Einfluss des ultralinken Flügels und der Corbyn-Massen an der Basis begrenzen.

Ein linker Schattenminister trat in Brighton zurück. Starmers Parteivize Angela Rayner machte vor allem dadurch von sich reden, dass sie die Tories und

Johnson als „Abschaum“ beschimpfte. Darüber hinaus wurde der Parteitag überschattet von einer weiteren Debatte über „Transsexuellen“-Rechte. Eine skeptische weibliche Abgeordnete wurde zuvor von Trans-Aktivistinnen derart angegriffen und bedroht, dass sie sich nicht traute, nach Brighton zu reisen. Der Kulturkrieg um „Trans-Rechte“ eskaliert in Großbritannien regelmäßig. Zu den Dogmen der linken Szene gehört der Satz „Transfrauen sind Frauen“, obwohl sie biologische Männer sind. Wer Letzteres ausspricht, wird heftig angegriffen. Starmer monierte den Satz „Frauen haben eine Gebärmutter“ – „das sagt man nicht“.

Die klassische Arbeiterschaft hat für die Transgender-Debatte kein Verständnis. Die Tories versuchen, sich davon abzuheben. Entscheidend für ihre Wiederwahl, die entweder 2023 oder 2024 ansteht, wird aber sein, ob sie die Lebensverhältnisse gerade in den Arbeiterregionen Nordenglands wirklich verbessern können. C.H.

VON HERMANN MÜLLER

Bis zum Ende des Jahres müssen die EU-Mitgliedstaaten eine Einigung erzielen, ob Kernkraft als nachhaltige Form der Energiegewinnung in die Richtlinie für grüne Finanzinvestments aufgenommen wird. Bereits im Sommer hatte Bundesumweltministerin Svenja Schulze zusammen mit Ministern aus Spanien, Österreich, Dänemark und Luxemburg einen „Brandbrief“ an die EU-Kommission geschrieben, in dem sie vor „Etikettenschwindel“ warnte, sollte Kernkraft als grüne und nachhaltige Energie eingestuft werden.

Schulze und ihre Ministerkollegen räumten zwar ein, dass jedes Land das Recht habe, seine Energieform selbst zu wählen, doch untergrabe die Aufnahme von Kernkraft in die sogenannte Taxonomie die Glaubwürdigkeit. Aus Sicht der fünf Minister würden Sparer und Investoren ihr Vertrauen in Finanzprodukte verlieren, wenn sie fürchten müssten, auch im Bereich der Kernenergie viel Geld anzulegen.

Entscheidung bis Ende des Jahres

Die Gegenposition nimmt eine Allianz von zehn Ländern ein, die von Frankreich angeführt wird. Als Präsident Emmanuel Macron unlängst seine industriepolitische Strategie „France 2030“ vorstellte, gehörte für ihn ganz selbstverständlich auch die Weiterentwicklung der Nukleartechnik mit dazu. Kurz zuvor war Bruno Le Maire, Frankreichs Minister für Wirtschaft und Finanzen, bereits mit einer Pro-Nuklear-Initiative an die Öffentlichkeit gegangen.

In einem Aufruf, der in mehreren europäischen Zeitungen abgedruckt wurde, erklärten Le Maire und die Minister aus Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechien, Finnland, der Slowakei, Kroatien, Slowenien und Bulgarien, Kernenergie müsse wie alle anderen kohlenstoffarmen Energiequellen behandelt werden.

Aus Sicht des französischen Ministers geht es um die Frage, ob „wir den Klimawandel ideologisch verblendet“ bekämpfen oder aber auf einer wissenschaftlichen Grundlage. „Das bedeutet aber auch, dass wir anerkennen, wie nützlich die Atomkraft im Kampf gegen den Klimawandel ist“, so Le Maire.

Frankreich führt Pro-Lager an

Frankreich und die östlichen Mitgliedsstaaten der EU können sich dabei auf den Weltklimarat der Vereinten Nationen (IPCC) berufen, einem Gremium, das gerade bei den Klimaschutzaktivisten hohes Ansehen und Glaubwürdigkeit genießt. Speziell Grünen-Politiker und auch Aktivistinnen von „Fridays for Future“ führen die Berichte des Weltklimarates gern als wis-



Lehnen es wie ihr Staatspräsident ab, den „Klimawandel ideologisch verblendet“ zu bekämpfen: Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire sowie der französische EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton (v.l.) Foto: imago/IP3Press

EUROPÄISCHE UNION

„Es wird keinen Green Deal ohne Kernenergie geben“

EU-Staaten streiten, ob Atomkraft als nachhaltige Form der Energiegewinnung in die Richtlinie für grüne Finanzinvestments aufgenommen werden soll

senschaftliche Grundlage für ihre Forderungen nach einer Verschärfung von Klimazielen an. Regelmäßig vergessen oder unterschlagen wird dabei, dass der IPCC explizit die Nutzung von Nuklearenergie empfiehlt.

Bereits seit Jahren argumentiert der Weltklimarat, Kernenergie sei ein leistungsfähiges und kostengünstiges Mittel, um die Kohlendioxidemissionen zu senken. Auch die Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE) bescheinigt der Kernenergie, das Potential zu haben, in einem künftigen dekarbonisierten Energiemix verstärkt mit anderen kohlenstoffarmen Energiequellen kombiniert zu werden.

Bei der Nutzung der Kernenergie zeichnet sich in Frankreich, aber auch an-

deren Ländern eine Neuorientierung ab, weg von Großanlagen, hin zu kleineren Reaktoren. Bei Frankreichs Pionierprojekt, dem Bau des „Europäische Druckwasserreaktors“ der „dritten Generation“ in Flamanville sind die Kosten explodiert.

EU-Gutachten pro Kernenergie

An dem Projekt wird bereits seit 2006 gebaut. Die ursprünglich veranschlagten Baukosten von 3,3 Milliarden Euro sind mittlerweile auf über zwölf Milliarden angestiegen. Macron kündigte bei der Vorstellung seines Zukunftsplans „France 2030“ nun eine Fördermilliarde für neue Kleinreaktoren, sogenannte „Small Modular Reactors“, an.

An solchen Mini-Reaktoren, die sicherer und wesentlich preiswerter sein sollen

als die bisherigen Großreaktoren, wird weltweit geforscht. Sollte die EU Nuklearenergie als ressourcenschonende Form der Energiegewinnung einstufen, würde dies Frankreich erleichtern, für die neue Generation von Mini-Reaktoren auch privates Kapital zu mobilisieren. Die Franzosen haben nicht nur wegen der Unterstützung der östlichen EU-Mitgliedsstaaten gute Chancen, ihre Position bis zum Jahresende durchzusetzen.

Bereits im Juni war ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes der EU-Kommission zugunsten der Kernenergie ausgefallen. Der für die zuständige Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, der Franzose Thierry Breton, brachte es auf den Punkt: „Es wird keinen Green Deal ohne Kernenergie geben.“

BAHN-INNOVATION

Vorbild für die Digitalisierung auf der Schiene

In Hamburg haben vier vollautomatisierte S-Bahnen den Probetrieb aufgenommen

„Die digitale S-Bahn ist eine Weltneuheit“, schwärmt Roland Busch, Vorstandsvorsitzender von Siemens. Im Rahmen des diesjährigen Mobilitäts-Kongresses ITS in Hamburg haben in der Hansestadt vier umgebaute vollautomatisierte S-Bahnen den Probetrieb aufgenommen. Busch sprach in dem Zusammenhang von einer „Blaupause für die Digitalisierung der Schiene in Deutschland, Europa und der ganzen Welt“.

Autonome Bahnen gebe es zwar schon länger, neu sei aber das offene System, das mit jeder Bahn kompatibel sei, welche die technischen Standards beherrsche. So rollt zwar bereits seit einigen Jahren die U-Bahn in Nürnberg auf zwei von drei Strecken computergesteuert und ohne Zugtriebführer über die

Gleise, aber die U-Bahn fährt in einem geschlossenen System. Die S-Bahn hingegen verwendet ein offenes System, das im gesamten Schienennetz und bei allen Zugtypen eingesetzt werden kann. „Die neue Technologie ist bereits zugelassen und weil sie offene Schnittstellen hat, können sie alle Betreiber weltweit sofort für alle Zugtypen nutzen“, so Busch.

Die technische Basis für den digitalen Bahnbetrieb ist der künftige europäische Standard „Automatic Train Operation“, der mit dem europäischen Zugsicherungssystem „European Train Control System“ kombiniert wird. Die Steuerungssignale werden über eine von Siemens entwickelte Funktechnik erteilt.

Der Technikkonzern und die Hansestadt haben insgesamt 60 Millionen Euro

in die digitale S-Bahn investiert, die Teil des DB-Programms Digitale Schiene Deutschland ist. Die Software soll mithilfe von Sensoren und Computern viel präziser steuern, als es ein Mensch könne. So könne ein Zug auf den Zentimeter genau am Bahnsteig zum Halten kommen, was jedes Mal etwas Zeit spare.

Zugführer fährt noch mit

Siemens ist derzeit der einzige Anbieter dieses Systems, wie Busch gegenüber der Deutschen Presse-Agentur erklärte. Bis in die 2030er Jahre könnte deutschlandweit ein Großteil der Züge und Strecken im Nah- und Fernverkehr so aufgerüstet werden. Dafür wären allerdings nach Angaben von Busch Investitionen von zwei Milliarden Euro pro Jahr nötig.

Dafür erlaubt ein hochautomatisierter S-Bahn-Betrieb nach Darstellung der Bahn einen deutlich engeren Fahrzeugtakt auf der Schiene und helfe zudem, Energieverbrauch und Betriebskosten zu senken. Fahrer würden allerdings weiterhin gebraucht, um an Bord das System zu überwachen. Zum Fahrplanwechsel im Dezember sollen die Züge in den Regelbetrieb gehen.

Auch die digitale Informationswelt soll schrittweise eingeführt werden. Dazu gehört eine digitale Streckennetzkarte, die Einschränkungen und Baustellen visuell darstellt und alternative Verbindungen zeigt. Diese soll künftig auch in den Zuganzeigern, im Smartphone und im Fahrgast-TV verfügbar sein.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Gaspreis stoppt Produktion

Wittenberg – Deutschlands größter Ammoniak-Produzent, die SKW Stickstoffwerke Piesteritz in Sachsen-Anhalt, hat als Reaktion auf die Preisentwicklung beim Gas die Ammoniakproduktion um rund 20 Prozent gedrosselt. Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Petr Cingr, erklärte: „Das mittlerweile erreichte Niveau ermöglicht keine ökonomisch sinnvolle Produktion mehr, sodass wir uns zu diesem Schritt gezwungen sehen.“ Der Tscheche forderte ein unverzügliches Handeln der Politik. Demnach drohen ohne staatliche Maßnahmen in Kürze ein Produktionsstopp und in der Folge Versorgungsengpässe bei Düngemitteln und Industriechemikalien. Cingr sagte weiter, man habe stets vor den Folgen gewarnt, die Industrie mit hohen Gas- und Strompreisen sowie Kosten für CO₂-Zertifikate zu belasten. Außer SKW Piesteritz haben auch BASF und der norwegische Düngemittelhersteller Yara ihre Ammoniakproduktion wegen hoher Energiepreise gedrosselt. N.H.

IWF warnt vor Inflation

Washington – Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnt in seinem neuen Ausblick auf die Weltwirtschaft vor einer deutlich höheren Inflation. Die IWF-Ökonomen gehen in einem Basisszenario davon aus, dass in den Industrieländern der Preisauftrieb im Herbst mit durchschnittlich 3,6 Prozent seinen Höhepunkt erreichen wird. Eine Normalisierung der zuletzt stark gestiegenen Inflationsraten erwartet der IWF in den meisten Ländern erst in der Mitte des Jahres 2022. Allerdings weist der IWF auch auf eine Kombination von Faktoren hin, die so noch nie da gewesen sind. Daher kann der Währungsfonds auch eine anhaltende Teuerungsspirale nicht komplett ausschließen. Der IWF mahnt daher die Notenbanken und Regierungen zur Vorsicht. Sie dürfen die Konjunkturlinien nicht vorschnell einstellen. Zugleich müssten sie aber bei steigendem Inflationsdruck notfalls schnell und konsequent gegensteuern. N.H.

Thorium statt Uran

Shanghai – Das Shanghai Institute of Applied Physics hat einen Thorium-Flüssigsalzreaktor namens TMSR-LF1 konstruiert, der sehr viel sicherer als herkömmliche Atomreaktoren arbeitet, weil es weder zu Kernschmelzen noch zu Dampfexplosionen kommen kann. Zudem fallen beim Betrieb kaum verstrahlte Abfälle an, sondern beherrschte Elemente wie Xenon, Palladium, Molybdän, Ruthenium, Zirkonium, Neodym und Samarium. Wenn der Testlauf des TMSR-LF1 im Hongshang Industriepark bei Wuwei in der chinesischen Provinz Gansu erfolgreich verläuft, soll um das Jahr 2030 herum die Serienproduktion derartiger Reaktoren mit 370 Megawatt Leistung beginnen. Thorium ist ein schwach radioaktives Metall, das in der Erdkruste relativ häufig vorkommt und bislang als eher wertloses Nebenprodukt bei der Förderung von Seltenen Erden galt. W.K.

ÖSTERREICH

Der Knall ist abgewendet

GERNOT DANOWSKI

Wer am letzten Wochenende mit wachen Augen durch den ersten Wiener Gemeindebezirk gegangen ist, der hätte meinen können, dass es Corona nie gegeben hätte. Am Wiener Graben wälzten sich die Touristenmengen zwischen Kaffeehäusern, Kaiserschmarrn und Luxusboutiquen. Etwas ruhiger ging es da schon am Ballhausplatz zu. Dort hat der Bundeskanzler seine Büros. Am Wochenende standen nur vereinzelt Reisegruppen und ein paar Touristen vor diesen altherwürdigen Hallen. Dass es keine großen Demonstrationen gab, hatte vor allem einen Grund: Sebastian Kurz war als Kanzler der Alpenrepublik zurückgetreten.

Abgang eines Ausnahmetalents

Zu groß war der Druck, der Opposition und der Medien. Kurz und einigen seiner Getreuen in der Österreichischen Volkspartei wird vorgeworfen, sie hätten für die ÖVP günstige Meinungsumfragen in Auftrag gegeben und diese mit Steuergeldern bezahlt.

Der einstmals strahlende Kanzler Kurz war 2017 angetreten, um der angeschlagenen ÖVP neuen Glanz, Stabilität und vor allem die nächste Kanzlerschaft zu verschaffen. All das schien der jüngste Kanzler aller Zeiten mit Bravour und Leichtigkeit meistern zu können. Auch die Ibiza-Affäre um den damaligen Koalitionspartner, der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), konnte ihm nichts anhaben. Im Gegenteil. Die anschließenden Neuwahlen ließen Kurz und die ÖVP nur noch stärker werden. Wenn auch mit einem neuen Koalitionspartner – den Grünen.

Jetzt liegt nicht nur seine Karriere, sondern auch der Erfolg der gesamten ÖVP auf Eis. Denn genau der grüne Koalitionspartner hatte sich nach Bekanntwerden der Vorwürfe gegen Kurz und Co. gegen eine weitere Zusammenarbeit mit der ÖVP ausgesprochen. Die Affäre habe ein „verheerendes Bild“ abgegeben, so der grüne Vizekanzler Werner Kogler. Daher könne man innerhalb der schwarz-grünen Koalition einen Kanzler Kurz nicht mehr stützen.

Das war nicht ohne Risiko. Schließlich stand für die Grünen die Beteiligung an der Regierung auf dem Spiel. Das Spiel in der großen Politik können sie jedenfalls weiterspielen. Denn die

ÖVP konnte sich intern darauf einigen, dass es weitergeht – und zwar ohne Sebastian Kurz als Kanzler, der zurücktrat.

Der neue Mann, auf den sich alle auf die Schnelle einigen konnten, war der bisherige Außenminister Alexander Schallenberg. Damit ist die Koalition gut bedient: Kurz ist weg, die Regierung geht weiter, das Thema Neuwahlen ist erstmal vom Tisch. Die Regierungskrise sei abgewendet und habe sich nicht zur Staatskrise ausgeweitet, so Bundespräsident Alexander van der Bellen.

Ganz weg ist Sebastian Kurz jedoch nicht. Um weitere Unruhe zu vermeiden und den gestürzten Kanzler einzubinden, wurde dieser zum Klubobmann der ÖVP im Parlament gemacht. Das entspricht dem Fraktionsvorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland. Von einem „Schattenkanzler“ ist nun die Rede, wirkt der jetzige Regierungschef Schallenberg doch eher zurückhaltend und wenig profiliert.

Doch so einfach ist das nicht. Mit dem Abgang von Sebastian Kurz werden mehrere Dinge deutlich: Auch wenn der zurückgetretene Kanzler der ÖVP für einige Zeit ein neues Gesicht geben konnte, ist zu sehen, dass die traditionell Mächtigen innerhalb der ÖVP, die Landeshauptleute der Länder, immer noch das Ruder in der Hand haben und über Aufstieg und Fall ihrer Frontleute auf Bundesebene bestimmen. Wie groß der Einfluss von Kurz noch ist, bleibt abzuwarten. Die Medaille der angedeuteten „Schattenkanzlerschaft“ hat schließlich auch eine Kehrseite: Kurz kann zwar nun auf Schallenberg Einfluss nehmen, aber die Partei kann auch Einfluss auf Kurz nehmen.

Schlechte Zeiten für Konservative

Genau wie in Deutschland befindet sich also auch in Österreich die konservative Partei in einer Krise. Auch hier sind die Sorgen hausgemacht. In Deutschland ist die CDU dabei, sich selbst zu finden. Die Partei schwankt nach dem enttäuschenden Ergebnis bei der Bundestagswahl noch zwischen Reform des Bestehenden und totalem Neuanfang. Trotz der bislang moderaten Debatten lässt sich eines feststellen: Auf dem Weg zur Selbstfindung ist die Union in Deutschland schon einen Schritt weiter als die Schwesterpartei in Österreich. Die dortige ÖVP steht erst am Anfang einer der schwersten Krisen ihrer Geschichte.



Froher Stimmung: Die Verhandeln in Sachen „Ampel“-Koalition

Foto: imago images/Chris Emil Janßen

LEITARTIKEL

Tage der Klarheit

RENÉ NEHRING

SPD, Grüne und FDP sind vergleichsweise still in ihr „Ampel“-Projekt gestartet. Nur wenige Tage, nachdem Grüne und Liberale ihre Präferenz für eine Sondierung mit der SPD verkündet und der Union einen Korb gegeben hatten, präsentierten die drei Parteien ein zwölfseitiges Papier mit den Ergebnissen ihrer Beratungen.

Das Dokument ist geprägt von großen Worten wie „Aufbruch“ oder „Fortschritt“. Insgesamt wollen die Beteiligten mit ihrer künftigen Koalition „einen Beitrag leisten, politische Frontstellungen aufzuweichen und neue politische Kreativität zu entfachen“ und so „die Weichen für ein Jahrzehnt der sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen, digitalen und gesellschaftlichen Erneuerung stellen“.

Erwartungsgemäß stieß das Sondierungsergebnis auf unterschiedliche Resonanz. Während sich AfD und Linke kritisch äußerten, sagte der CDU-Vorsitzende Armin Laschet beim Deutschlandtag der Jungen Union: „Das Papier, das da vorgelegt wurde, ist in Ordnung.“ Gerade Äußerungen wie diese müssen skeptisch stimmen. Wie kann es sein, dass Parteien, deren Programmatik selbst nach der Bundestagswahl noch als unvereinbar galten, so schnell zusammenfinden?

Wenig überraschend ist der Knackpunkt der Koalitionsverhandlungen – das

Geld. Hier lauert jedoch ein kaum zu überwindendes Hindernis: Denn einerseits will die künftige Regierung auf jegliche Steuererhöhungen verzichten, andererseits jedoch Milliarden in die geplanten Reformprojekte investieren. Rechnerisch möglich ist dies nur, wenn es die „Ampel“ schafft, an irgendeiner Stelle bisherige Ausgaben zu verringern.

Freundliche Unverschämtheiten

Tatsächlich zeichnen sich Pläne ab, bei denen die Bürger hellhörig werden sollten. So wollen die Grünen alle „klimaschädlichen Subventionen“ und „Staatszuschüsse“ streichen. Das könnte die Staatsausgaben um 57 Milliarden Euro erleichtern. Genannt werden die verringerte Mineralölsteuer auf Diesel und die niedrigeren Mehrwertsteuersätze von sieben Prozent (statt 19) auf „tierische Produkte“. Doch sind es wirklich „Subventionen“, wenn der Staat in manchen Bereichen bislang weniger Steuern und Abgaben erhebt als in anderen? Und ist es nicht eine Unverschämtheit, wenn die Anhebung dieser Einnahmen auf das höhere Niveau in anderen Bereichen als „Wegfall“ von Subventionen gefeiert wird? Fakt ist: Der Staat hat – bis auf die geringen Erträge der ihm gehörenden Unternehmen – kein eigenes Geld. Vielmehr verteilt er immer nur das um, was er den Bürgern zuvor genommen hat.

Festgehalten werden soll auf jeden Fall an der vollständigen Umstellung der

Gesellschaft auf „klimaneutrale Energiequellen“. Obwohl Deutschland schon heute den teuersten Strom der Welt hat, wollen die Grünen dafür künftig 50 Milliarden Euro jährlich ausgeben. Woher das Geld kommt, ist unklar – wer die Rechnung bezahlen soll, jedoch nicht. Denn auch wenn die Umstellung durch Steuermittel finanziert werden sollte, wird es letztlich (siehe oben) von den Bürgern gezahlt.

Interessant sind bislang die Ideen zum Umbau des Rentensystems. Hier gibt es Pläne, dass Erwerbstätige nach schwedischem Vorbild künftig zwei Prozent ihres Bruttoeinkommens in eine „gesetzliche Aktienrente“ einzahlen. Im Gegenzug soll sich der Beitrag zur bisherigen Rentenversicherung verringern. Das würde zwar die Abhängigkeit von den Finanzkonzernen verringern, zugleich jedoch die Rente den Kursschwankungen der Börse aussetzen. Um dennoch eine stabile Rente gewährleisten zu können, soll die Aktienrente mit einem steuerfinanzierten Kapitalstock ausgestattet werden. Woher das Geld dafür – genannt werden Beträge bis zu 50 Milliarden Euro – kommen soll, ist jedoch auch hier unklar.

Noch sind – das sei der Ehrlichkeit halber gesagt – die bekannt gewordenen Ideen keine Beschlüsse. Doch stimmt die Richtung schon jetzt bedenklich. Sollten aus den bisherigen Plänen tatsächlich Gesetze werden, könnte es für die Deutschen schon bald ein böses Erwachen geben.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Österreichs Bundesgraf

Als Freiherr von und zu Guttenberg 2009 Wirtschaftsminister wurde, fügte Wikipedia dreist einen falschen Wilhelm zu seinen zehn adeligen Vornamen hinzu. Laut dem Online-Lexikon kommt der neue österreichische Bundeskanzler nur auf sechs Vornamen. Vertrauen wir also darauf, dass es dieses Mal stimmt. Der Name **Alexander Georg Nicolas Christoph Wolfgang Tassilo Schallenberg** deutet schon die adelige Abstammung des Mannes an, der auf den wegen der Korruptionsaffäre zurückgetretenen Sebastian Kurz als Regierungschef der Alpenrepublik folgt.

Hätte Österreich vor etwas über 100 Jahren nicht das Adelsaufhebungsgesetz beschlossen, dürfte sich der aus einem alten Adelsgeschlecht, das sich bis ins Jahr 1190 zurückverfolgen lässt, stammende Schallenberg stolz Graf nennen. Der einzige Titel, mit dem man ihn jetzt anreden darf, ist der eines Magisters der Rechts-

wissenschaften. Mit solchem im Gepäck hat der 1969 im Schweizer Bern geborene und unter anderem in Indien aufgewachsene Sohn des früheren Botschafters und Generalsekretärs des österreichischen Außenministeriums Wolfgang Schallenberg zunächst eine Diplomaten-Karriere bei der EU in Brüssel gemacht.

Seine proeuropäische Haltung behielt er auch unter dem EU-kritischeren Kurz

bei, dessen Lehrling er zuerst 2013 als Stabstellenleiter im Außenministerium und dann ab 2018 im Bundeskanzleramt wurde. Als Kurz infolge der Ibiza-Affäre das Misstrauen ausgesprochen wurde, war Schallenberg unter der „Beamtenregierung“ von Brigitte Bierlein Außenminister, was er auch unter der erneuten Kanzlerschaft von Kurz ab 2020 blieb.

Als Kanzler muss Schallenberg beweisen, dass er nicht mehr nur Lehrling und Marionette von Kurz ist, als der er von der Opposition verspottet wird. In der Immigrationsfrage ist der sonst so besonnene und diplomatisch zurückhaltende Politiker kürzlich fast übers Ziel hinausgeschossen und hat davor gewarnt, nicht so ein „Geschrei der Verteilung“ zu machen, wenn in Notlage befindliche Boote aus Afrika vor Europas Küsten auftauchen. In dem Mann steckt Potential. Er traut sich nur viel zu selten damit heraus. H. Tews



Bundeskanzler Schallenberg

Ein „feuriger“ Hof-Compositeur

Königlicher Konzertmeister und Orchesterleiter Friedrichs des Großen – Vor 250 Jahren starb Johann Gottlieb Graun

VON HELGA SCHNEHAGEN

Zu den Musikern, die zu Lebzeiten Stars waren und heute fast vergessen sind, gehören die Gebrüder Graun aus Wahrenbrück, einem 500-Seelen-Dorf im Landkreis Elbe-Elster. Nur Freunden und Kennern der Barockmusik dürfte geläufig sein, dass Johann Gottlieb Graun (1702–1771) und sein jüngerer Bruder Carl Heinrich (1704–1759) einst die berühmtesten Musiker und Komponisten am Hof Friedrichs des Großen waren.

„Damals war das berlinische Orchester das glänzendste in Europa“, schrieb der englische Musikgelehrte Charles Burney 1752 in seinem „Tagebuch einer musikalischen Reise“. „Das berlinische Orchester“ war die Hofkapelle Friedrichs des Großen. Ihren Grundstein hatte der musikliebende Monarch lange vor seinem Regierungsantritt gelegt. Gleich nach seiner Stationierung als Regimentskommandeur in Ruppiner hatte er 1732 begonnen, hochkarätige Musiker um sich zu scharen.

Zuerst verpflichtete er Johann Gottlieb Graun. Im folgenden Jahr kam Franz Benda hinzu, 1735 der jüngere Graun-Bruder Carl Heinrich, 1738 Carl Philipp Emanuel Bach und 1741 Johann Joachim Quantz, berühmter Flötist und „Erfinder“ des Begriffs „vermischter Geschmack“.

Als Friedrich 1736 nach Rheinsberg zog, war seine Hofkapelle auf 17 Musiker angewachsen. Als erstes Mitglied der Ruppiner/Rheinsberger Hofmusik des Kronprinzen war Johann Gottlieb Graun auch der Begründer der „königlich preussische(n) Capelle“, zu der diese 1740 mit Friedrichs Regierungsantritt aufstieg.

Als einer der bedeutendsten Violinvirtuosen seiner Zeit hatte sich Johann Gottlieb Graun früh einen Namen gemacht. Schon mit knapp 24 Jahren war er „Capell-Director“ am herzoglichen Hof in

Merseburg geworden. Am 1. September 1731, so das Datum der Bestallungsurkunde, wurde er fünf Jahre später „Capell-Director“ am Hof von Fürst Karl August Friedrich in Arolsen. Hatte man ihm in Merseburg schon das vergleichsweise hohe Gehalt von 306 Talern und 6 Groschen gezahlt, entlohnte man ihn in Arolsen noch fürstlicher mit 400 Talern, dazu Naturalien wie freiem Quartier, Wein, Roggen und Brennholz.

Der Glanz, den der Kapellmeister dem Arolsener Hof gab, erlosch schon nach einem Jahr mit Grauns Wechsel in Friedrichs Dienste. Als Königlicher Konzertmeister und Orchesterleiter blieb er am Hof in Berlin bis zu seinem Tod. Auch Bruder Carl Heinrich war zum Hofkapellmeister aufgestiegen. Als solcher gründete er die Staatsoper Unter den Linden. Am 7. Dezember 1742 wurde das Königliche Opernhaus mit seinem Drama per musica „Caesar und Cleopatra“ eröffnet. Als Star der Berliner Opernwelt hielt auch er dem preußischen Königshaus die Treue. Zufrieden in seinem Amt war ebenso der Älteste der Musikerbrüder. August Friedrich Graun (1698/99–1765) arbeitete 36 Jahre als Domkantor in Merseburg.

Ein Italiener pflegt das Graun-Erbe

Die genaue Urheberschaft der hinterlassenen Werke der „preußischen“ Graun-Brüder ist nicht immer festzustellen, da sie nur mit „Graun“ unterschrieben sind. Johann Gottlieb genoss als „feuriger Instrumentalcomponist“ höchstes Ansehen. In entsprechendem Stil schuf er seine Instrumentalwerke, meistens naturgemäß für die von ihm geleiteten Hofkonzerte: Ouvertüren, Sinfonien, Concerti Grossi und Solokonzerte für verschiedene Instrumente, besonders für Violine. In der Kammermusik komponierte er Quartette und Quintette, überwiegend aber Sonaten und Triosonaten.



Meister an der Viola da Gamba: An dem Lieblingsinstrument Johann Gottlieb Grauns war der Italiener Vittorio Ghielmi zuletzt auch bei den Salzburger Festspielen zu hören

Nicht zu vergessen sind Johann Gottlieb Grauns Gambenkonzerne. Zu den grandiosen Interpreten dieser heute eher seltenen Gattung gehört der Italiener Vittorio Ghielmi. Als bewunderter Gambist ist er einer der wenigen, der immer wieder als Solist in Graun-Konzerten zu hören ist. Als Leiter des Instituts für Alte Musik an der Universität Mozarteum Salzburg und Inhaber des Lehrstuhls für Viola da Gamba sowie als Gastprofessor an Universitäten und Konservatorien auf der ganzen Welt trägt Ghielmi maßgeblich zur Graun-Pflege bei.

Vier CDs hat Ghielmi bisher allein Johann Gottlieb Grauns virtuosem Werk für Viola da Gamba und Orchester gewidmet. Dieses tat er in Zusammenarbeit mit dem französischen Ensemble Baroque de Limoges, der Wiener Akademie, dem flämischen Barockensemble Il Gardellino und seinem eigenen Ensemble, dem Il Suonar Parlante Orchestra.

Auf der CD „Concertos“ interpretiert der Gambist Grauns Meisterwerke mit den Violin-Solisten Ilja Korol und Daniel Sepec sowie der Wiener Akademie unter Leitung von Martin Haselböck. Die „Sinfonia Grosso“, so der Musikwissenschaftler Carl Mennicke, übertrifft darunter „überhaupt alle anderen Symphonien Grauns an Prägnanz des Ausdrucks wie Stärke der melodischen Empfindung“. Im Hörfunksender hr-klassik hieß es dagegen schlicht, die „Concertos“ seien 70 Minuten echte Gute-Laune-Musik.

Ein „bescheidenes“ Denkmal hat nur Bruder Carl Heinrich 1896 in Wahrenbrück erhalten: eine Bronzestatuette auf einem Granit-Sockel. Etwas weiter tragen die Kreismusikschule Gebrüder Graun mit Hauptgeschäftsstelle und Sitz in Herzberg und der seit 15 Jahren ausgetragenen Wettbewerb um den Gebrüder-Graun-Preis von Bad Liebenwerda ihren guten Ton in die Welt hinaus.

TV-KRITIK

Aus dem Leben gerissen

Ein heikles Thema, das viele gerne verdrängen: Was tun, wenn keine Patientenverfügung vorliegt?

Es ist eine Situation, wie sie jederzeit und überall vorkommen kann. Ein Kurzbesuch bei der Mutter, es geht um die Betreuung des Enkels: Im Weggehen hört die Tochter ein Geräusch, eilt zurück in die Küche und findet die alte Frau bewusstlos am Boden liegend vor. Eine geplatzte Arterienarterienweiterung (Aneurysma) diagnostizieren die Ärzte kurz darauf im Krankenhaus. Dort wird die Patientin für Wochen verbleiben, angeschlossen an Maschinen, künstlich beatmet, durch eine Sonde ernährt, doch eine Heilung ist aussichtslos.

In dem Drama „Bring mich nach Hause“, das am 25. Oktober um 20.15 Uhr im ZDF läuft, sind die beiden Töchter von einer Minute auf die andere mit existenziellen Fragen konfrontiert, die Angehörige gemeinhin gern verdrängen. Was tun?

Die tiefgläubige Ulrike (Silke Bodenbender) setzt alles Menschenmögliche in Bewegung, um das Leben der Mutter zu verlängern, denn die Hoffnung stirbt doch bekanntlich zuletzt! Schwester Sandra (Anneke Kim Sarnau) ist Wissenschaftlerin und von Haus aus pragmatischer. Am Krankenbett treffen kontroverse Haltungen aufeinander: Wie weit ist der Einsatz von Apparatemedizin hilfreich? Wann nur

noch erbarmungslos? Und vor allem: Welche Behandlung entspräche dem Willen der Mutter?

Durchaus drastisch zeigt der Film, wie die anfangs so konträr eingestellten Schwestern durch das Leid der Komapatientin zusammengeschweißt werden.

Diese wird zwischenzeitlich in ein Heim unter christlicher Leitung verlegt, in der eine Mitarbeiterin bei der reglos im Bett liegenden Apallikerin Anzeichen von Wohlbefinden wahrnehmen will. Reines Wunschdenken, argwöhnt die nüchterne Sandra: „Jeder Patient bringt Geld.“

Regisseurin Christiane Balthasar findet für den Prozess zunehmender Gewissensnot einen dramatischen Schluss: Die Schwestern wollen ihre Mutter gegen den Willen der Heimleitung von der künstlichen Ernährung und damit von einer Verlängerung ihres Leidens befreien. Eine Szene, die drastisch vor Augen führt, wie eine unheilbare Krankheit Familienangehörige in tiefe Gewissenskonflikte stürzen kann.

Die Gesetzeslage zum Thema Sterbehilfe wurde 2020 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes geändert, durch welches das Selbstbestimmungsrecht über das Leben und den eigenen Tod bekräftigt wird. Aber was ist mit Komapatienten, die ihren Willen nicht mehr äußern können? Wenn der Film eine Botschaft vermittelt, dann die: unbedingt eine Patientenverfügung hinterlegen.

Hintergrund: Immer wieder musste der Bundesgerichtshof entscheiden, ob bei fehlender Patientenverfügung der Abbruch von lebensverlängernden Maßnahmen als zulässig oder strafbar einzuschätzen ist. Das Drehbuch wurde von wahren Fällen inspiriert. Im Anschluss folgt eine Dokumentation. *Anne Martin*



Kein Verbrechen, sondern Unfall mit Kopfverletzung: Ulrike (Silke Bodenbender) findet ihre ohnmächtige Mutter Martina (Hedi Kriegeskotte) *Foto: ZDF/Hannes Hubach*

● MELDUNGEN

Hummel auf der Museumsinsel

Berlin – Unter dem Titel „Magische Spiegelungen“ will die Alte Nationalgalerie auf der Museumsinsel vom 22. Oktober bis 20. Februar 2022 für eine Wiederentdeckung des Malers Johann Erdmann Hummel (1769–1852) sorgen. Die Ausstellung umfasst insgesamt etwa 45 Gemälde und 50 Zeichnungen, welche auf die Neue Sachlichkeit vorausweisen. *tws*

Schillers Enkel im Fokus

Weimar – Ein Enkel Friedrich Schillers steht im Fokus der Ausstellung „Landschaften im Licht. Der Impressionist Ludwig von Gleichen-Rußwurm“, die vom 23. Oktober bis 16. Januar 2022 im Schiller-Museum Weimar läuft. Als Künstler, Adliger und Enkel Schillers war Gleichen-Rußwurm ein Grenzgänger zwischen den Zeiten und Kulturen, dessen letzte bereits expressionistisch angehauchten Werke an van Gogh erinnern. www.klassik-stiftung.de *tws*

LINKSTERROR

Der erste Mord der Rote Armee Fraktion

Vor 50 Jahren wurde in Hamburg der Polizist Norbert Schmid erschossen

VON ERIK LOMMATZSCH

Und „natürlich kann geschossen werden“. Als Ulrike Meinhof im Juni 1970 diese Worte äußerte, waren bereits Taten vorausgegangen. Die Journalistin Meinhof, führendes Mitglied der Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion“ (RAF), war an der „Befreiung“ von Andreas Baader beteiligt gewesen. Baader hatte zwei Jahre zuvor Brände in Frankfurter Kaufhäusern gelegt, dies sollte ein Protest gegen den Vietnamkrieg sein. Meinhof, deren Verbindung zum Terror noch unbekannt war, arrangierte am 14. Mai 1970 im Berliner Zentralinstitut für soziale Fragen ein Treffen mit dem Häftling Baader unter dem Vorwand mit diesem ein Buch verfassen zu wollen. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm mit Waffengewalt die Flucht ermöglicht, der Institutsangestellte Georg Linke erlitt eine schwere Schussverletzung. Der Tag gilt als Gründungsdatum der RAF, auch wenn sie sich selbst erst seit April 1971 so bezeichnete.

Die RAF verübte eine Vielzahl von Gewalttaten. Sie ging aus der Studentenbewegung der 1960er Jahre hervor, agierte im Untergrund und war in ihrem Selbstverständnis „antiimperialistisch“, „antikapitalistisch“ und „antifaschistisch“. Letztlich bekämpfte sie aber, trotz einer Reihe ideologischer Ausarbeitungen, nur blind das „System“ der Bundesrepublik. Erstes Mordopfer der RAF war der 33-jährige Polizist Norbert Schmid, der vor 50 Jahren, am 22. Oktober 1971, in Hamburg-Poppenbüttel erschossen wurde.

Gründung der RAF 1970

Die Geschichte der RAF und damit auch den Mord an Schmid hat der Anwalt und Journalist Butz Peters minutiös in seinem Buch „Tödlicher Irrtum“ nachgezeichnet. In einem Hamburger Hochhaus trafen am 21. Oktober 1971 zehn RAF-Mitglieder zusammen. Neben Ulrike Meinhof war auch Margrit Schiller dabei, die während ihrer Zeit als Psychologiestudentin zum Linksradikalismus gefunden hatte. Sie war seit drei Monaten „voll in der Fahndung drin“, wie es die Terroristin Irmgard Möller aus-



Nach ihrer Festnahme auf dem Weg ins Hamburger Polizeipräsidium: Margrit Schiller

Foto: pa

drückte. Schiller sollte damals mit einem weiteren RAF-Mitglied eine falsche Fährte legen, um vom Hamburger Aufenthaltsort abzulenken. Bei einer Polizeikontrolle hatte ihr „Genosse“ das Feuer auf die Polizisten eröffnet. Zwar konnten die Terroristen fliehen, aber durch Schillers zurückgelassene Handtasche war den Behörden nun ihre Identität bekannt.

Schiller war ein Gegenstand der Besprechung im Hamburger Hochhaus, „weil wir auch bereden wollen, wie es mit dir weitergeht“, so Meinhof. Kurz vor 1 Uhr, es war inzwischen der 22. Oktober, wurden Gerhard Müller und Schiller von Meinhof aufgefordert, sie zu einer Telefonzelle zu begleiten. Die Hochhauswohnung verfügte zwar auch über ein Telefon, aber Meinhof befürchtete, dieses könne abgehört werden. Unterwegs wurden zwei Zivilfahnder in einem Auto auf die Gruppe aufmerksam. Meinhof bemerkte

richtig: „Scheiße, das sind Bullen.“ Schmid packte Meinhof am Arm, sie griff zu ihrer Waffe und riss sich los.

Müller feuerte, der Polizeimeister wurde von sechs Kugeln getroffen und brach zusammen. Seine eigene Pistole hatte er nicht aus dem Halfter gezogen. Sein Kollege war hinter einer Hecke in Deckung gegangen. Nach einer weiteren, leicht abweichenden Überlieferung wollten die Fahnder zunächst nur Schiller überprüfen, die beiden anderen hatten sich unentdeckt im Hintergrund gehalten.

Mindestens 33 Todesopfer

Meinhof und Müller flohen, Schiller setzte sich in den offenstehenden Polizeiwagen und fuhr ihn weg, um zu vermeiden, dass die Verfolgung aufgenommen werden konnte. Als sie von einer Telefonzelle die in der Hochhauswohnung verbliebenen Terroristen warnen wollte, wurde sie

von einer Streife gestellt und verhaftet, ihre Reaktion: „Ich dachte schon, ihr wolltet mich ficken.“ Schiller wurde verurteilt, kam 1973 wieder frei und ging erneut in den Untergrund.

Im Krankenhaus wurde der Tod von Schmid festgestellt, er hinterließ eine Frau und zwei Kinder im Alter von fünf und sechs Jahren. Müller, der erst im Folgejahr gestellt wurde, war später Kronzeuge der Bundesanwaltschaft. Die Mordanklage gegen ihn wurde fallengelassen, da sich während der Untersuchung plötzlich Unsicherheiten über den genauen Tathergang ergaben. In Hamburg-Hummelsbüttel wurde ein Platz nach Schmid benannt.

Die Hochhauswohnung wurde wenige Tage nach den Schüssen auf Schmid entdeckt, die RAF hatte sie zwar verlassen, allerdings waren Munition, Sprengstoff, Material für Rohrbomben und Polizeiuniformen zurückgeblieben. Gemie-

tet worden war die Wohnung von dem linken Liedermacher Hannes Wader, der sich ab Ende der 1970er Jahre in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) engagierte. Er erklärte, nichts mit der RAF zu tun zu haben, den Schlüssel habe er einer Frau überlassen, die er erst wenige Stunden zuvor kennengelernt habe. Dabei handelte es sich um RAF-Mitglied Gudrun Ensslin, die unter falschem Namen aufgetreten war. Das Bundeskriminalamt hielt Waders Ausflüchte für unglauwbüdig, das Gegenteil war ihm allerdings nicht nachzuweisen.

Selbstauflösung der RAF 1998

Bereits zwei Monate nach den Vorgängen in Hamburg gab es am 22. Dezember 1971 ein weiteres Mordopfer. Mit Herbert Schoner handelte es sich abermals um einen Polizisten. Schoner sprach in Kaiserslautern einen falsch parkenden VW-Bus-Fahrer an. Dieser versuchte zunächst zu fliehen, schoss dann aber auf Schoner. Schoner schleppte sich zum nächsten Gebäude, es handelte sich um eine Bank, die soeben von der RAF überfallen wurde. Der VW-Bus stand offenbar im Zusammenhang mit dem Vorhaben. Einer der Bankräuber schoss in der Annahme, der Polizist sei ihretwegen da, ein weiteres Mal auf ihn, Schoner starb. Von den sieben Tatbeteiligten ist bis heute nur einer bekannt.

Über insgesamt drei sogenannte Generationen setzte die RAF ihr Wirken fort. Eckpunkte der blutigen Geschichte sind etwa die Geiselnahme in der deutschen Botschaft Stockholm 1975 oder die Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer 1977, auch für den tödlichen Anschlag auf den Deutsche-Bank-Sprecher Alfred Herrhausen 1989 liegt ein Bekenner schreiben vor. Mindestens 33 Menschenleben fielen der RAF, die 1998 ihre Selbstauflösung erklärte, zum Opfer. Bis heute bemüht sich eine nicht unerhebliche Zahl von Historikern und Publizisten immer wieder darum, die RAF zwar nicht unkritisch zu betrachten, jedoch in einer den Taten völlig unangemessenen Weise um Verständnis zu werben.

JOHN BOYD DUNLOP

Seine Luftreifen ermöglichten einen Weltkonzern

Eigentlich hatte der vor 100 Jahren in Dublin gestorbene Tierarzt nur seine Nerven schonen und seinem Sohn helfen wollen

Dunlop ist eine der bekanntesten Reifenmarken der Welt. Maßgeblichen Anteil hieran hat ihr Namensgeber, John Boyd Dunlop. Der am 5. Februar 1840 im schottischen Dreghorn geborene Spross einer Bauernfamilie wurde Tierarzt. Dunlop war aufgeweckt, aber von schwächerer Natur, und die Eltern konnten ihm als Alternative zu einer Tätigkeit in der Landwirtschaft eine Ausbildung am Royal Dick Veterinary College ermöglichen. Zwei Jahre nach der Beendigung der Ausbildung eröffnete er mit 21 Jahren eine Tierarztpraxis in Irland, die er sehr lange betrieb. Sie sollte die am längsten praktizierende ganz Irlands werden.

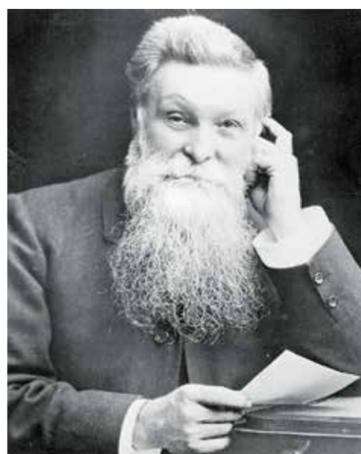
Eigentlich galt Dunlops Interesse eher Tieren als Fahrrädern, aber sein Sohn hatte eines. Und damit beginnt die legendäre, vielfach ausgemalte Geschichte der Erfindung des luftgefüllten Reifens durch John Boyd Dunlop.

Er selbst hatte die Mitte Vierzig bereits überschritten und sein um die zehn Jahre alter Sohn John ein Dreirad. An die-

sem Dreirad hatte Dunlop senior etwas auszusetzen. Mal heißt es, dass ihm das Gefährt zu laut gewesen sei, mal, dass ihn dessen Spuren im sorgsam gepflegten Rasen gestört hätten. Es ist aber auch davon die Rede, dass er die Chancen seines Filii bei Rennen mit dessen Freunden habe verbessern wollen. Jedenfalls ging er daran, das Dreirad zu optimieren.

1889 Gründung von Dunlop

Dazu widmete er sich den Rädern beziehungsweise der Bereifung. Dunlop hatte schon als Kind eine Begabung für technische Zusammenhänge bewiesen und als Tierarzt für seine Tätigkeit Apparaturen konstruiert. Dabei hatte er Erfahrungen mit der Verarbeitung von Gummi gesammelt. Er nahm also schmale Gummistreifen, für die er seine Gummischürze zerschnitten haben soll, und klebte die Streifen zu einem Schlauch zusammen. Aus einem Schnuller beziehungsweise dem Oberteil einer Babyflasche sowie einer Stricknadel konstruierte er das Ventil.



Vor 100 Jahren gestorben: Dunlop

Den Schlauch umwickelte er dann mit Stoffstreifen, die aus dem Kleid seiner Ehefrau gestammt haben sollen, und pumpte ihn dann mithilfe einer Fußpumpe auf.

Am 28. Januar 1888 führte das Kind die erste Probefahrt durch, und die Erfindung des Vaters wusste zu überzeugen. Am 7. Dezember 1888 ließ Dunlop sich den pneumatischen Reifen patentieren. Bei einem lokalen Fahrradbauer ließ er 50 Räder mit Luftreifen anfertigen.

1895 Ausstieg aus Dunlop

Die Überlegenheit der neuen Technik erwies sich bei diversen Radrennen der sportbegeisterten Briten als überzeugend. Am 18. Mai 1889 wurde am Queen's College Sports in Belfast der noch ein konventionelles Rad fahrende nationale Radrennmeister Arthur Du Cros von einem Gegner mit luftgefüllten Reifen geschlagen. Der Vater des geschlagenen Meisters, William Harvey Du Cros, kam mit Dunlop ins Gespräch. Noch im selben Jahr gründeten die beiden gemeinsam mit weiteren Teilhabern Dunlop Ltd. 1890 wurde die Reifenproduktion in Dublin aufgenommen. Dunlop expandierte. In Deutschland, im hessischen

Hanau, wurde 1895 die erste Auslandsniederlassung unter dem Namen „The Dunlop Pneumatic and Tyre Co. GmbH“ gegründet. Weitere Innovationen wie die Einführung von Metallnieten als Vorläufer der Spikes (1908), des Cordgewebes in den Reifendecken (1922), des Lamellenprofils (1959) und des Stahlgürtelreifens (1972) begleitete den Aufstieg des Unternehmens zu einem Konzern mit einem in seinen besten Jahren jährlichen Umsatz im zehnstelligen Dollarbereich.

Da war der Namensgeber des Unternehmens aber schon längst raus. Bereits sechs Jahre nach dessen Gründung zog sich Dunlop aus dem gemeinsamen Unternehmen mit Du Cros zurück. Angeblich waren dem Tiermediziner die Geschäftsmethoden seines Geschäftspartners zu ruppig. Er hatte ja noch seine Tierarztpraxis. Vor 100 Jahren, am 23. Oktober des Jahres 1921, starb der als höflich, guterzogen, zurückhaltenden und sanftmütig beschriebene Gentleman in Dublin. *Manuel Ruoff*

VON HEIDRUN BUDE

Inoffizielle Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit bespitzelten die Bürger, das ist bekannt. Doch darin erschöpfte sich die heimliche Zuträgerschaft im SED-Staat nicht, wie uns heute die noch vorhandenen Restakten aufzeigen.

Am 16. Februar 1988 kam Reinhard L. zur Abteilung Pass- und Meldewesen (PM) der Deutschen Volkspolizei (DVP), ohne dass er darum gebeten wurde. Dieser Mann war über eine genehmigte Westreise seiner Nichte E. zur Großmutter verärgert. Er bezweifelte das ärztliche Attest über eine lebensbedrohliche Krankheit. In einer Niederschrift ist zu lesen: „Herr L. teilte mit, daß er aus einem kürzlich erhaltenen Brief erfuhr, daß es seiner Mutter gesundheitlich recht gut geht. Auch kenne er die Ärzte, die seine Mutter behandeln und diese wiederum seine Anschrift, um im Ernstfall zu informieren. Nach seinen Angaben hat die Mutter auch dieses Attest nicht besorgt und geschickt ... Er vermutet weiter, daß die E. auch nicht zur Mutter/Großmutter gereist ist, sondern zu anderen, ihm nicht bekannten Personen. Vor ca. zwei Jahren nahm die E. an einer Jugendtouristikreise nach Zypern teil, von der zwei weibliche Bürger nicht wieder in die DDR zurückgekehrt sind. Sie habe dieses ungesetzliche Verlassen damals gutgeheißen, und Herr L. vermutet, daß die E. mit diesen in Verbindung steht ... Herr L. möchte, daß in ehrlicher Absicht gereist wird und distanziert sich von solchen Machenschaften. Er bittet diese Hinweise im Rahmen der Arbeit der DVP zu beachten.“

Der Denunziant L. ging nicht zur Staatssicherheit, sondern zur Polizei, weil dort die Reiseanträge gestellt und bearbeitet wurden. Die Mitarbeiter der Abteilung Pass- und Meldewesen hatten diverse politisch brisante Überprüfungsaufträge, die nicht öffentlich bekannt waren. Sie mussten kontrollieren, ob die DDR-Bewohner, die in den Westen reisen wollten, „absolut politisch zuverlässig“ waren, und sie überprüften auch Einreisegenehmigungen für Bundesbürger. Daneben führten sie „Personenkontrollakten“ für Ausländer, die sich befristet oder unbefristet in der DDR aufhielten, unabhängig davon, ob diese Personen strafrechtlich in Erscheinung getreten waren.

Statt zur Stasi zur Polizei

Die Polizei verfügte zur Absicherung der angeordneten heimlichen Überprüfungen über ein eigenes Spitzelnetz, das ganz ähnlich wie beim Geheimdienst funktionierte und das juristisch nicht legitimiert war. Der Innenminister regelte in der Dienstvorschrift (DV) Nr. 31/80 vom 3. April 1980 („Vertrauliche Verschlusssache I 080015“) Vorgaben für die sogenannte operative Personenkontrolle, die allein aus politischen Gründen, beispielsweise bei unterstellten Absichten



Die Abschnittsbevollmächtigten waren in die Bespitzelung eingebunden: Ein ABV (r.) mit einer Freiwilligen Helferin der Volkspolizei (M.) auf Streife durch seinen Kontrollabschnitt in Berlin
Foto: pa

auf eine „Republikflucht“, bei wiederholt gestellten Ausreiseanträgen, bei Kontakten zu westlichen Organisationen oder bei engen Beziehungen zu Westbürgern angeordnet wurde.

Die Polizei arbeitete Hand in Hand mit der Staatssicherheit: „Der Leiter der Kriminalpolizei ordnet nach Abstimmung mit der zuständigen Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit mit einer Verfügung KP 31 die Kontrolle ... an. ... Als Kontrollbeauftragte sind Kriminalisten und ABV einzusetzen.“ Der ABV (Abschnittsbevollmächtigter) war der zuständige Polizist für ein Wohngebiet, der sich ein gut funktionierendes „Spinnennetz“ an Zuträgern aufbaute. Das waren Nachbarn, Arbeitskollegen, Kneipenwirte und Hausbuchbeauftragte. In der DV Nr. 31/80 ist zu lesen: „Zur Durchführung der Kontrolle sind insbesondere folgende Kontrollmaßnahmen anzuwenden: ... Mithilfe freiwilliger Helfer der Deutschen Volkspolizei und Einbeziehung anderer Personen, insbesondere die Gewinnung von Auskunftspersonen.

Als der SED-Staat zusammenbrach, konzentrierte sich alles auf die Spitzel der Staatssicherheit. Die „operative Personenkontrolle“ der Polizei wurde gar nicht thematisiert, und so konnten belastende Dokumente in Ruhe vernichtet werden

HERBERT GRUHL

Strikte Ökopolitik von rechts

Vor 100 Jahren wurde der Politiker, Umweltschützer und Schriftsteller geboren

Herbert Gruhl forderte als einer der ersten deutschen Politiker einen umfassenden Umweltschutz. Dieser bedeutete „Schutz des Lebens überhaupt ... vor dem Menschen selbst, vor seinem eigenen Tun und dessen Folgen“. Gruhl wandte sich gegen die Idee eines stetigen wirtschaftlichen Wachstums und die Kernenergie, als diese noch als Zukunftsmodell gehandelt wurde. Sein 1975 veröffentlichtes Buch „Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik“ verkaufte sich über 400.000 Mal. Heutige Ökoaktivisten würden sich jedoch scheuen, ihn als einen der ihren zu bezeichnen.

Gruhls Überzeugungen lassen sich kaum im geläufigen politischen Spektrum verorten.

„Ein Planet wird geplündert“

Geboren wurde er am 22. Oktober 1921 in der sächsischen Oberlausitz. Der promovierte Germanist lebte bei Hannover und erhielt 1969 ein Bundestagsmandat für die CDU. Die Umwelt wurde sein Thema. Er überwarf sich schließlich mit der Union, die er hier auf einem falschen Weg sah, und gründete 1978 die Grüne Aktion Zukunft (GAZ), die erste deutsche Umwelpartei. Sie wurde 1980 Bestandteil der



Herbert Gruhl
Foto: imago/Rust

sonen. An die Auswahl und Einbeziehung der freiwilligen Helfer der DVP u. a. Auskunftspersonen in die operative Kontrolle sind besondere Anforderungen hinsichtlich der Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit zu stellen, um die Geheimhaltung dieser Kontrollart zu sichern.“

Wie absurd diese heimlichen Bespitzelungen der Bürger durch die Polizei waren, zeigt die „Personenkontrollakte“ von Berta K. auf, die 1892 geboren wurde. 1916 erwarb sie durch Heirat die Schweizer Staatsbürgerschaft. Der Ehemann starb 1946. Aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft konnte Frau K. jederzeit Besuchsreisen in den Westen unternehmen, was tiefes Misstrauen hervorrief. Ab 1955 wurden kontinuierlich Ermittlungsberichte erstellt, obwohl sie ein völlig unauffälliges Leben führte. Was die Volkspolizisten „ermittelten“, ist beispielsweise in einem Bericht vom 27. November 1967 so zu lesen: „Genannte lebte bis 1962 mit einem Karl ... zusammen, der sich in diesem Jahr das Leben nahm. Frau

K. verkehrt und unterhält mit einem gewissen Alfred ... wohnhaft T. ... enge Bindungen ... G. besitzt einen PKW Trabant, mit dem er an Sonntagen gemeinsam mit Frau K. Ausflüge nach Rostock ... und anderen Städten unternimmt ... M. hat vor ca. einem halben Jahr die Wohnung der K. renoviert. Als Leistung für seine Arbeiten erhält er Sachen von Frau K., die sie von ihren Auslandsreisen (Reisen nach der Schweiz über WD) mitgebracht hat.“

ABV schneller als die Stasi

Wer einem Mitbürger schaden wollte, musste dem ABV nur seine Boshaftigkeiten ins Ohr flüstern, und er konnte sicher sein, nicht erkannt zu werden. Die Folgen waren für die Betroffenen mitunter drastisch. So ergibt sich aus einer Akte über den Ausreiseantrag eines Ehepaares mit zwei Kindern, dass der ABV mit seinen Bespitzelungen in der Nachbarschaft schneller war als die Staatssicherheit: „Beim Aufsuchen der Auskunftsperson wurde festgestellt, daß der Ermittler nach dem ... ABV des Wohngebiets ... der Dritte war, der in wenigen Tagen zum erwähnten Objekt eine Ermittlung durchführte. ... Aus konspirativen Gründen wurde die Wohngebietsermittlung abgebrochen.“

Obwohl sich dieses Ehepaar vollkommen gesetzeskonform verhielt, wurde es verhaftet und zu Freiheitsstrafen von über einem Jahr verurteilt. Das war die Voraussetzung für den „Freikauf“ gegen Westgeld, der nach monatelanger Haft durchgeführt wurde. Die Suche nach der Personenkontrollakte der Polizei, die es für dieses Ehepaar gegeben haben muss, war erfolglos. Der Präsident des Polizeipräsidiums Potsdam teilte mit, dass im Laufe der 90er Jahre „Vorgänge ohne historische Relevanz vernichtet wurden“.

Als der SED-Staat zusammenbrach, konzentrierte sich alles auf die Spitzel der Staatssicherheit. Die „operative Personenkontrolle“ der Polizei wurde gar nicht thematisiert, und so konnten belastende Dokumente in Ruhe vernichtet werden. Das ganze Ausmaß der heimlichen Observierungen bleibt im Verborgenen.

Ein Schuldbewusstsein ist bei den ehemaligen Volkspolizisten nicht anzutreffen, denn das Denunziantentum erlebt heute, 32 Jahre nach dem Untergang der DDR, eine perfektionierte Wiederauferstehung. Es genügt ein Klick im Internet, und jeder kann seine Boshaftigkeiten anonym loswerden, alles gesponsert vom Steuerzahler und scheinheilig gerechtfertigt.

Bei diktaturerfahrenen ehemaligen DDR-Bewohnern löst diese Vorgehensweise bedrückende Erinnerungen aus. Sie erkennen die Parallelen und fragen sich, welche Entwicklung dieses vereinigte Deutschland nimmt. Ein Staat, der seine Macht nur mit Hilfe von Denunzianten erhalten kann, delegitimiert sich selbst.

Grünen. Gruhl, dem deren Linkskurs widerstrebt, trat mit einem großen Teil seiner Anhänger wieder aus. 1982 entstand die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), deren Vorsitz er bis Anfang 1989 übernahm. Auch hier sah er seine Ziele, zu denen die deutsche Wiedervereinigung gehörte, mit der Zeit zu wenig repräsentiert. Am Ende engagierte er sich bei den Unabhängigen Ökologen Deutschlands (UÖD).

Gruhl vertrat nicht nur strikte Umweltpositionen und mahnte zu Maß und Verzicht statt Konsum, er sah auch die Überbevölkerung der Erde als Problem.

Er kritisierte die europäische Einwanderungspolitik als „sagenhafte Dummheit“ und hielt nichts davon, dass „viele Kulturen in einem Raum zusammengemischt werden“, denn „mit zunehmender Durchmischung“ sinke „der Wert des Gemischtes“. Im Vertrag von Maastricht von 1992 erkannte er eine Gefahr für das Grundgesetz und meinte bezüglich der damaligen Europäischen Gemeinschaft, man könne glauben, das Politbüro der untergegangenen Sowjetunion „sei von Moskau nach Brüssel gezogen“. Am 26. Juni 1993 ist Herbert Gruhl in Regensburg gestorben.
Erik Lommatzsch

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Seit 2016 forscht eine internationale Gruppe von Wissenschaftlern am Zentrum für Erdwissenschaften der Universität Göteborg in Schweden und in weiteren europäischen Forschungsinstituten im Rahmen des „European Union's Horizon 2020 Research and Innovation Programme“ über mögliche Ursachen für die seit Jahrzehnten abnehmenden Windgeschwindigkeiten über den Landflächen der mittleren Breiten der nördlichen Erdhalbkugel. Das in der Öffentlichkeit noch wenig bekannte Phänomen mit der Bezeichnung „Terrestrial Stilling“ (TS, „terrestrische Windberuhigung“) scheint sich global auszudehnen und betrifft auch Deutschland.

Windschwächere und windstärkere Perioden, zwischen denen jeweils 20- oder 30-jährige Ab- beziehungsweise Zunahmen erkennbar sind, werden laut dem Deutschen Wetterdienst (DWD) seit den 80er Jahren nicht mehr registriert. Weltweit ist der oberflächennahe Wind von 1968 bis 2014 um 0,5 Kilometer pro Stunde langsamer geworden, melden die „Stilling“-Forscher in ihrer jüngsten Veröffentlichung vom 10. März 2021. Das klingt wenig, doch TS könne in Zukunft zu enormen ökonomischen und ökologischen Problemen führen, warnen die Wissenschaftler.

Investoren sind beunruhigt

Auch der Höhenwind in der für die Windkraft kritischen Höhe von 100 bis 200 Metern wird offenbar schwächer. Windparkinvestoren sind schon länger beunruhigt. Der Ertrag pro Windkraftanlage ist Windgeschwindigkeit hoch drei, es macht also einen Unterschied, ob in Deutschland bei einer Abnahme des Windes von etwa 0,1 Meter pro Sekunde in zehn Jahren nach 20 Jahren mit 4,5 oder 4,8 hoch drei zu rechnen ist. So wurde beispielsweise für Osnabrück eine Abnahme der mittleren Windgeschwindigkeit von über 13 Prozent seit den 60er Jahren gemessen.

Desgleichen bestätigt eine Forschergruppe vom „Institute of Atmospheric Physics, Chinese Academy of Sciences“, Peking, in einer am 5. Oktober 2018 veröffentlichten Studie rückläufige Windgeschwindigkeiten in den mittleren Breiten der nördlichen Hemisphäre. In China, dem Land mit der weltweit höchsten Windstrom-Kapazität, ebenso wie etwa in Texas/USA, verzeichneten die Regionen mit riesigen Windparks und großen „Windenergie-Reserven“ die stärkste Abnahme des oberflächennahen Windes.

Hiobsbotschaft aus der Forschung

In Europa haben demnach 50 Prozent der beobachteten Stationen seit 1979 mehr als 30 Prozent des Windkraftpotentials verloren. Die „Stilling“-Forscher um Cesar Azorin-Molina relativieren die Ergebnisse neuerer Studien, die meldeten, dass seit 2010 wieder eine Zunahme der Windgeschwindigkeiten verzeichnet werde. Dabei handele sich nicht um eine Trendwende, sondern eher um eine Variation, welche auf die atlantische und pazifische Schwankung zurückzuführen sei, die sich über Jahrzehnte erstreckt. In Deutschland wirke sich diese scheinbare Trendwende im Übrigen sowieso nicht aus.

Die „Stilling“-Forscher haben die gängigen Theorien zu möglichen Ursachen von TS nicht bestätigen können, betonen aber die Rolle der globalen Erwärmung bei der Abnahme des oberflächennahen Windes. Für das Phänomen TS haben die Wissenschaftler ein neues, auf einer Fülle von Datenreihen basierendes Rechenmodell entwickelt, das 1850 ansetzt, TS seit 1968 abbildet, auch die Veränderungen des Höhenwindes einbezieht sowie die weitere Entwicklung bis 2099 berechnet. Die Hiobsbotschaft lautet, dass TS in den mittleren nördlichen Breiten während des gesamten 21. Jahrhunderts andauern werde.



Bremswirkung reicht Dutzende von Kilometern weit: Windkraftpark in der Nähe von Emden

Foto: Mauritius

STROMVERSORGUNG

Wenn Windräder einander den Wind wegnehmen

Forscher sprechen von „Terrestrial Stilling“: Neueste Studien erhellen eine bislang verdrängte Nebenwirkung des massiven Ausbaus der „Erneuerbaren Energien“

Die Wissenschaftler warnen vor Auswirkungen infolge geringerer Verdunstung für die Agrarwirtschaft und vor lang andauerndem Smog in Großstädten. Dies könne schwere gesundheitliche Schäden bei zahllosen Menschen zur Folge haben. Hinsichtlich der Windenergie raten sie zu einer „langfristigen Strategie“.

Offen bleibt eine besonders brisante Frage im Zusammenhang mit der „Energiewende“. Nämlich, inwieweit der stetige Ausbau der Windenergie durch immer mehr Windräder ins Gewicht fällt. Von 2018 bis 2020 stieg die weltweit installierte Windkraftleistung von 591 Gigawatt (Milliarden Watt, kurz GW) auf 743 GW. Rechnet man zwei Megawatt (Millionen Watt, kurz MW) pro Anlage, ergibt sich die Zahl von 371.000 Windkraftanlagen, von denen sich bis zu 80 Prozent in den mittleren Breiten der nördlichen Hemisphäre drehen, also dort, wo TS in Erscheinung tritt und vermutlich einen dynamischen Aufschwung nimmt. Darauf lässt die Prognose einer Fortdauer des „Stilling“ während des 21. Jahrhunderts schließen.

Ausbau reduziert Energiepotentiale

Demgegenüber hat die Auswertung von Satellitendaten eine Erhöhung der Windgeschwindigkeit über den meisten Ozeanen um mindestens 0,25 Prozent pro Jahr während der vergangenen 20 Jahre ergeben. Auffällig ist die im Vergleich mit den Weltmeeren gegenläufige Entwicklung des Windes über der Nordsee, und zwar nicht nur im Bereich der Hochsee-Windkraft-Parks mit teilweise mehreren hundert Windrädern, sondern weit darüber hinaus, wie jetzt festgestellt wurde.

Allein in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) des Randmeeres entziehen 1500 Hochsee-Windrä-

der permanent Strömungsenergie aus mehr als 200 Metern Höhe. Das Helmholtz-Zentrum Hereon für Küstenforschung in Geesthacht bei Hamburg veröffentlichte am 4. Juni einen Presstext zu einer neuen Studie mit der Überschrift: „Beschleunigter Ausbau der Offshore-Windenergie verändert das Windklima und reduziert zukünftige Energiepotenziale“.

Wind ist eine limitierte Ressource

Danach wirkt sich die atmosphärische Bremswirkung der Windkraftanlagen erstaunlich großräumig aus, im Durchschnitt 35 bis 40 Kilometer weit, bei bestimmten Wetterlagen sogar bis zu 100 Kilometer. Die Leistung eines benachbarten Windparks könne sich damit um 20 bis 25 Prozent verringern, was zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führe. Wind über der Nordsee könne als „limitierte Ressource“ betrachtet werden, heißt es.

Diese Erkenntnis ist also in der Wissenschaft angekommen, während eine breite Öffentlichkeit uninformiert bleibt. Die Aussage beinhaltet eine Warnung an die Verfechter eines weiteren exponentiellen Windkraft-Ausbaus in der Politik, den politikhnen Stiftungen und der Windindustrie. Nicht nur in Anbetracht des „Stilling“ wäre die Forderung nach einem Windkraft-Moratorium von Seiten der Wissenschaftler konsequent und fällig gewesen, denn „alle erneuerbaren Technologien wirken sich auf das Klima aus, da sie bei der Stromerzeugung Wärme, Strömung und Feuchtigkeit umverteilen“ (Lee Miller, „The Warmth of Windpower“, 2020).

Um den kurzfristigen Einfluss der Nordseewindparks auf das Wetter zu untersuchen, plant der DWD zurzeit ein mehrjähriges Forschungsvorhaben. Be-

reits 2017 hatten die Wetterforscher bekannt gegeben, dass die Westwindwetterlage in Norddeutschland nicht mehr vorherrschend sei. Wesentlich häufiger wehe der Wind aus Süden und Südwesten. Überregionale und langfristige Klimaefekte durch die exponentiell gestiegene Windkraft an Land und auf See sind desgleichen zu erwarten. Dabei sollte auch ein möglicher Zusammenhang mit der seit Längerem beobachteten Veränderung der Bewölkung (Wolkenverdünnung) geklärt werden.

„In der Atmosphäre hat Alles mit Allem zu tun“, liest man auf der Internetseite des Max-Planck-Instituts für Chemie, Mainz. Die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft ignorieren jedoch die zahlreichen neuen Studien, die genau das bestätigen. Chinesische Wissenschaftler haben bereits gemahnt, dass die physikalischen Prozesse in der Atmosphäre im Zusammenhang mit dem exponentiellen Windenergie-Entzug vollständig verstanden werden müssten.

Auf Anfrage erklärte dazu das Deutsche Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR): „Die externen Kosten von erneuerbaren Energien sind noch weitgehend unerforscht.“ Das DLR selbst forscht auf diesem Gebiet nicht, empfahl aber den Kontakt zur Deutschen Energieagentur DENA. Die DENA reagiert indessen nicht auf diesbezügliche Anfragen.

Folge einseitiger Betrachtung

Trotz des weiterhin ungeklärten Phänomens TS entsteht unterdessen durch das Beharren auf einer Klimapolitik mit der Windkraft als tragender Säule ein immer größeres Risiko für unsere existenziellen Lebensgrundlagen. Geschuldet ist diese Haltung dem einseitig CO₂-fokussierten

klimapolitischen Konzept und milliarden-schweren Investitionen in die Windkraft.

Meteorologen stellen sich hinter das Konzept, indem sie behaupten, dass die entzogene Windenergie laufend wieder ausreichend erzeugt werde, da die Atmosphäre unserer Erde einer großen Wärmekraftmaschine gleiche: Windenergie entstehe durch transformierte Sonnenenergie, nämlich durch die unterschiedliche Sonneneinstrahlung in den Tropen und am Pol. Und wir bekämen genug Sonnenenergie.

Gigantischen TS-Motor erschaffen

Die Erklärung mag auf den ersten Blick schlüssig klingen – sie hat aber einen Haken. Denn diese Aussage ist für die einzig mögliche Methode, Bewegungsenergie abzuschöpfen, gar nicht anwendbar: Standortgebunden abgeschöpfter Wind fehlt dauerhaft in den Windströmungen, solange sich jeweils die Rotoren drehen, da Wind permanent zeitgleich anströmt und zu etwa 40 Prozent abgeschöpft wird. Die Bezeichnung „erneuerbar“ für abgeschöpfte Windenergie ist daher falsch und irreführend.

Auch wurde bisher noch gar nicht berechnet, ob die Sonneneinstrahlung in den mittleren und hohen nördlichen Breiten generell ausreicht, um die aus der unteren Atmosphäre abgeschöpfte Energie für 600 GW Windstromleistung ständig zu kompensieren. Leider fehlt für solche Berechnungen bisher der politische Wille. Sollte die Rechnung nicht aufgehen, steht fest, dass wir uns mit der exponentiellen Windenergie-Abschöpfung einen gigantischen TS-Motor erschaffen haben, in dem sich immer mehr Windräder gegenseitig immer mehr Wind wegnehmen.



ALLENSTEIN

Wie nach einer Apokalypse

Drei Großbaustellen im Stadtzentrum verursachen endlose Staus – der Ausbau geht zügig voran

VON DAWID KAZANSKI

Mit dem Ausbau des Straßenbahnnetzes hat sich Allenstein in eine gewaltige Baustelle verwandelt. Die neue Straßenbahnstrecke, mit der das bestehende zweigleisige Schienennetz um weitere sechs Kilometer verlängert wird, sorgt erst für eine Verschlechterung der Verkehrssituation, bevor sie besser wird. Bis ins Jahr 2023 müssen die Einwohner noch Geduld aufbringen und darauf hoffen, dass die Arbeiten planmäßig fertiggestellt werden.

Obwohl die Bauarbeiter ein hohes Arbeitstempo vorlegen, werden die Schwierigkeiten auf den städtischen Hauptstraßen von Woche zu Woche größer. Dadurch leiden vor allem Autofahrer, die in Staus stecken bleiben und wegen der gesperrten Straßen gezwungen sind, große Umwege zwischen Wohn- und Arbeitsorten in Kauf zu nehmen. Aus diesem Grund steigen immer mehr Menschen auf die öffentlichen Verkehrsmittel um. Doch auch das führt nicht zur Zufriedenheit, denn die Gehwege an den Baustellen wurden entweder abgebaut oder außer Betrieb gesetzt. Das Konsortium der Firmen Polimex Mostotral und Trakcja SA, das für die Erweiterung des Straßenbahnnetzes in Allenstein zuständig ist, ändert ständig die Verkehrsführung.

Hohes Arbeitstempo

Der Autoverkehr wird auf vielen Hauptstraßen auf einen Fahrstreifen verengt. Der alte Straßenbelag wird entfernt, damit gleichzeitig neue Rohre für das Abwassersystem sowie Fernwärme- und Gasleitungen verlegt werden können.

Im Grunde gibt es in der Stadt drei Großbaustellen: Die erste erstreckt sich von der Busendstation in der Wohnsiedlung Pieczewo über den Bereich der Wilczyński-Straße bis zur Kreuzung mit der Krasicki-Straße. Der zweite Ort, an dem die Arbeiten fortschreiten, ist die Wyszyński-Straße bis zur Żołnierska-



Großbaustelle in Allenstein: Neben neuen Straßenbahnlinien wird auch die sonstige Infrastruktur erneuert

Foto: D.K.

Straße. Massive Bautätigkeiten gibt es auch auf der Kleebergerstraße bis zur Kreuzung Kościuszko-Straße, wo die neue Linie mit dem bestehenden Gleisbett verbunden werden soll.

In all den genannten Bereichen sind zahlreiche Bagger, Kipper und sonstige schwere Baumaschinen anzutreffen, sodass die Stadt so aussieht wie nach einer Apokalypse. Der Ausbau des Straßenbahnsystems geht mit dem Abriss der Sporthalle Urania einher. Von dem Gebäude sind nur noch die äußeren Pfeiler erhalten geblieben. Nach dem Plan sollen alle Abrissarbeiten bis November abgeschlossen sein, aber bei dem derzeitigen Arbeitstempo könnte das auch früher der Fall sein.

Die Anlage wird in einem Zeitraum von etwa zwei Jahren modernisiert. Nach der gründlichen Sanierung wird das Sportzentrum ein multifunktionales Spielfeld und ein Auditorium für über

4000 Personen enthalten. Darüber hinaus plant der Investor, eine Reihe von Trainingsräumen und eine Tiefgarage zu errichten. Die neue Urania-Halle wird energieeffizient sein – ihr Dach wird mit Solarzellen gedeckt sein. Wenige hundert Meter von der abgerissenen Sportanlage entfernt erhebt sich Centaurus, ein 55 Meter hoher, moderner und multifunktionaler Gebäudekomplex im futuristischen Stil, in dem im Juli das Hotel Hampton by Hilton eröffnet wurde.

Erwähnenswert ist, dass das gerade umgesetzte Straßenbahnprojekt nicht nur die neuen zwei Linien vorsieht, sondern auch die Errichtung mehrerer Infrastruktur-Objekte. Dazu gehören 13 neue Haltestellen, eine viergleisige Endhaltestelle im Wohnviertel Pieczewo mit einer Überdachung für Fahrräder und einem Parkplatz für 50 Autos, eine 270 Meter lange Hochstraße über der Kreuzung Krasicki und Synów-Pułku-Straße sowie ein

Umsteigepunkt auf dem Platz vor dem Hohen Tor. Dazu kommen noch Kreisverkehre anstelle der bisherigen Kreuzungen.

Gedenken an Bestattete

Umgestaltungsarbeiten werden auch in der Nähe der Bahnhofstraße fortgeführt, wo sich früher der evangelische Friedhof befand. Einige Garagen und Wirtschaftsgebäude wurden bereits abgerissen. Da damit zu rechnen ist, dass man bei den Bauarbeiten auf menschliche Überreste stößt, werden die Arbeiten unter archäologischer Aufsicht durchgeführt. An dieser Stelle soll eine Parkanlage eingerichtet werden, in der sich ein „Pavillon der Erinnerung“, ein Lapidarium sowie Tafeln zum Gedenken an die dort Bestatteten befinden werden.

An der großen Stadtverwandlung ist unter anderem die Universität Ermland-Masuren beteiligt.

MELDUNGEN

Wisentbestand steigt leicht

Goldap – Im März dieses Jahres haben Förster acht Wisente aus der Borker Forst und der Knyszyn Heide (Bezirk Białystok) in die Rominter Heide umgesiedelt. Nach einigen Wochen in einer speziellen Einzäunung wurden die Tiere dann in die Freiheit entlassen, in der Hoffnung, dass sie den Wisent-Bestand dort neu beleben. Vor Kurzem konnte die Oberförsterei Goldap nun die erste Geburt eines Wisents dort verzeichnen. Wie sich herausgestellt hatte, war eine Wisentkuh zur Zeit der Übersiedlung trächtig gewesen. In ihrer neuen Heimat brachte sie ihr Junges zur Welt. Welches Geschlecht das Jungtier hat, wurde nicht bekannt gegeben. PAZ

Pläne für den Wrangelurm

Königsberg – Der Wrangelurm soll in ein Museum mit Büroräumen verwandelt werden. Das im Jahr 1859 erbaute und nach dem preußischen Generalfeldmarschall Friedrich von Wrangel benannte Gebäude wird nach den Bauarbeiten im Erdgeschoss Ausstellungsräume, eine Lobby und Lagerräume beherbergen. Im ersten Stock werden Büros mit komfortablen Arbeitsplätzen, Ausstellungs- und Konferenzräume sowie ein eingeschlossenes Geschäft eingerichtet. Und das Dachgeschoss soll ebenfalls für Büros und Ausstellungen genutzt werden. Neben dem Wrangelurm, dessen Fassade bereits 2019 restauriert wurde, soll auch ein kleiner Turm am Eingang des Komplexes sowie die Backsteinmauer entlang des Wassergrabens hergerichtet werden. Die Arbeiten an dem historischen Gebäude werden vom Denkmalschutzdienst überwacht. Sollten während der Arbeiten archäologische Funde oder menschliche Überreste gefunden werden, müssen die Arbeiten bis zu deren vollständiger Untersuchung ruhen. MRK

13. DEUTSCH-POLNISCHER KOMMUNALPOLITISCHER KONGRESS

Die Deutsche Minderheit in Südostpreußen und in Schlesien

In Allenstein trafen sich Vertreter der polnischen kommunalen Ebene und der bundesdeutschen Heimatkreisgemeinschaften

Die Landsmannschaft Ostpreußen hatte für das vergangene Wochenende zu ihrem 13. Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongress ins Hotel Wamiński in Allenstein eingeladen. Dieser Einladung waren rund 60 Personen aus dem südlichen Ostpreußen, aus Schlesien und der Bundesrepublik gefolgt.

In seiner Eröffnungsansprache brachte LO-Sprecher Stephan Grigat seine Freude darüber zum Ausdruck, dass nach der durch die Corona-Pandemie verursachten schwierigen Lage wieder viele Freunde in Ostpreußen zusammengekommen waren. Der Sprecher begrüßte mit Andrzej Abako, dem Landrat des Kreises Allenstein, der Parlamentspräsidentin der Woiwodschaft Ermland und Masuren, Bernadeta Hordejuk, Wiktor Marek Leyk, dem Minderheitenbeauftragten der Woiwodschaft Ermland und Masuren sowie Jaroslaw Słoma, dem Vorsitzenden der Kommission für



Vertreter der kommunalen Ebene: Jacek Piorunek, Landrat der Woiwodschaft Podlisien, Bernard Gaida vom VdG Opoln, LO-Sprecher Stephan Grigat, Jaroslaw Słoma, Kommissionsvorsitzender und Heinrich Hoch vom VdGEM (v.l.) Foto: MRK

ethnische und nationale Minderheiten im Woiwodschaftsparlament, Vertreter der kommunalen und der Woiwodschaftsebene.

Die Teilnehmer hatten während der zweitägigen Veranstaltung Gelegenheit, den Vorträgen hochrangiger Referenten zu folgen, die sich mit Themen wie die deutsch-polnischen Beziehungen in Gegenwart und Zukunft, der Bildungspolitik in der Republik Polen in Bezug auf die Deutsche Minderheit sowie den vielfältigen Projekten der deutschen Volksgruppen im südlichen Ostpreußen und in Schlesien beschäftigten. Wie ein roter Faden zog sich die Rückbesinnung auf das 30. Jubiläum des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags vom 17. Juni 1991 durch die Vorträge. Dieses Abkommen hat die Möglichkeiten der Deutschen Minderheit maßgeblich geprägt. Ein ebenso zentraler Punkt war in den Vorträgen die positive Einstellung zur EU. Grigat

brachte es auf den Punkt: „Europa stehen angesichts Pandemie, Energiemangel und anhaltenden Problemen der Migration schwierige Zeiten bevor. Umso wichtiger ist es, dass wir uns treffen.“ Europa müsse zusammenstehen, nicht nur formal, sondern auch emotional.

Als beispielhaft für die gelungene Umsetzung der rechtlichen Möglichkeiten von nationalen Minderheiten in der Republik Polen wurde das Forschungszentrum der Deutschen Minderheit in Opoln vorgestellt. Die von der dortigen deutschen Volksgruppe genutzten Chancen könnten Vorbild auch für andere Regionen sein. Während der Veranstaltung wurden mit Grigat, Gaida und Słoma drei Personen geehrt für ihren Einsatz um den Aufbau der deutsch-polnischen Beziehungen auf kommunaler Ebene. Manuela Rosenthal-Kappi

ausführlicher Bericht in PAZ. Nr. 43

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Naruhn, Frau, geb. **Salomon**, aus Wehlau, am 26. Oktober
Wiedenhöft, **Frieda**, geb. **Strauß**, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober

ZUM 101. GEBURTSTAG

Kock, **Elsbeth**, geb. **Kinski**, aus Lyck, am 24. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Masezik, **Heinz**, aus Lyck, Morgenstraße 32, am 28. Oktober
Nothhorn, **Christel**, geb. **Mischkewitz**, aus Lyck, Memeler Weg 1, am 28. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Gürges, **Helene**, geb. **Adamus/Jopp**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Stanko, **Edith**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Hartel, **Irmgard**, geb. **Schmidt**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Oktober
Kalkowski, **Heinz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Klein, **Gisela**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Packhäuser, **Hertha**, geb. **Kuberk**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Soth, **Irmgard**, geb. **Kukowski**, aus Lyck, Bismarckstraße 57, am 23. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Pankuweit, **Heinrich**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 23. Oktober
Peter, **Herta**, aus Lyck, am 26. Oktober
Seifert, **Elfriede**, geb. **Kledtke**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober

Szwillus, **Martin**, aus Pachollen, Kreis Mohrunen, am 25. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bohnert, **Fritz**, aus Groß Ladtkheim, Kreis Fischhausen, am 22. Oktober
Bondzio, **Dr. Wilhelm**, aus Lyck, am 22. Oktober
Brandt, **Waldemar**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 26. Oktober
Frommberg, **Gerhard**, aus Niedenau, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober
Heinemann, **Annemarie**, geb. **Moselewski**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Kotowski, **Dr. Hartmut**, aus Lyck, am 25. Oktober
Maak, **Luci**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 26. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bergmann, **Ursula**, geb. **Monsehr**, aus Treuburg, am 23. Oktober
Grunert, **Hildegard**, geb. **Jerosch**, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober
Kollo, **Irmgard**, geb. **Pokar**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 28. Oktober
Koyro, **Friedhelm**, aus Liskan, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Luft, **Volker**, aus Lötzen, am 22. Oktober
Szeimies, **Arno**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Albin, **Kurt**, aus Treuburg, am 26. Oktober
Albrecht, **Arno**, aus Wehlau, am 22. Oktober
Putzler, **Irmgard**, geb. **Hahn**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Rodenhorst, **Gisela**, geb. **Janzen**, aus Popitten, Kreis Mohrunen, am 26. Oktober
Rothkamm, **Hans**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. Oktober
Scherwinski, **Otto**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 26. Oktober
Sedat, **Horst**, aus Argental, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bodenstein, **Hugo**, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 27. Oktober
Grigsdat, **Manfred**, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Hinze, **Lydia**, geb. **Preuß**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Oktober
Werlich, **Irmgard**, geb. **Bolk**, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Zastrau, **Meta**, geb. **Petrautzki**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brzoska, **Lotte**, geb. **Taday**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 23. Oktober
Cittrich, **Georg**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Grambow, **Lisa**, geb. **Kerschowski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 24. Oktober
Himmel, **Liesbeth**, geb. **Klingschat**, aus Germingen, Kreis Ebenrode, am 26. Oktober
Hofmann, **Helene**, geb. **Scherello**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Plöhn, **Margarete**, geb. **Krebs-ties**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Rogowski, **Brigitte**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Schäfer, **Elfriede**, geb. **Poel**, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Schiller, **Ruth**, geb. **Hafke**, aus Königsberg und Heiligenbeil, am 28. Oktober
Trzaska, **Max**, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 26. Oktober
Windhofer, **Ursula**, geb. **Fox**, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 22. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Czychi, **Herbert**, aus Groß Gablick, Kreis Lötzen, am 28. Oktober
Dude, **Hildegard**, geb. **Wenk**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Flegel, **Anneliese**, geb. **Piwek**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 24. Oktober
Gusek, **Horst**, aus Treuburg, am 23. Oktober
Hansen, **Eva**, LMO Kreisgruppe Düsseldorf, am 23. Oktober

Jorgowski, **Hildegard**, geb. **Czierlinski**, aus Walzburg, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Kalina, **Waldemar**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Kuczewski, **Reinhard**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Kummetz, **Siegfried**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Lischewski, **Reinhold**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Marks, **Hans-Siegfried**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. Oktober
Meiritz, **Friedrich**, aus Simnau, Kreis Mohrunen, am 28. Oktober
Pohl, **Margot**, geb. **Kruczynna**, aus Lyck, am 27. Oktober
Preuß, **Herta**, aus Reichensee, Kreis Lötzen, am 23. Oktober
Ritter, **Hans-Joachim**, aus Mülzen, Kreis Fischhausen, am 28. Oktober
Sawietzki, **Christel**, geb. **Mozarski**, aus Wildheide, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Schlünzen, **Edith**, geb. **Ottenberg**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 27. Oktober
Stegat, **Heinz**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 24. Oktober
Zuch, **Käthe**, geb. **Trussat**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bezczak, **Waltraud**, geb. **Möh-ring**, aus Ortelsburg, am 27. Oktober
Emmerlich, **Ingeborg**, geb. **Sdorra**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Grünke, **Anne-Dörte**, geb. **Buggenhagen**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 28. Oktober
Haupt, **Alfred**, aus Kussenberg, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Holz, **Herbert**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 26. Oktober
Kapischke, **Erika**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 23. Oktober
Lemme, **Wolfgang**, aus Neidenburg, am 26. Oktober
Lippeck, **Willi**, aus Neidenburg, am 25. Oktober

Ostpreußisches Landesmuseum



Lesung mit Arno Surminski „Irgendwo ist Prostken“ – Roman eines masurischen Lokführers, Mittwoch, 27. Oktober, 18.30 Uhr, Eintritt: 6,00 Euro.

Wilhelm Bubatz, 1888 im masurischen Prostken geboren, träumt seit frühester Jugend davon, Lokomotivführer zu werden. Als junger Eisenbahner steht er im Dienst des Kaisers und fährt von Tannenberg bis Verdun. Später ist er für Hitlers Armee unterwegs. Ob Kohle oder Menschen, die Fracht ist egal – er erfüllt seine Pflicht. Bei Sonderfahrten in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Auschwitz begegnet ihm auch der Tod. Wilhelm leidet und schweigt. Als die Offensive der Roten Armee Ostpreußen trifft, gelingt es Wilhelm, mit seiner Lok westwärts zu entkommen. 1945, nach Ende des Krieges,

flüchtet er aus der Ostzone in den Westen zu seiner Frau Lina und wartet nur noch darauf, dass die Heimkehrerzüge seinen Sohn Werner aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückbringen. Doch ein Wiedersehen ist ihm nicht mehr vergönnt.

Eindringlich schildert der vielfach ausgezeichnete Schriftsteller Arno Surminski in seinem Roman „Irgendwo ist Prostken“ die Schrecken des Krieges, der Flucht und Vertreibung und erzählt lebendige Geschichte aus der Perspektive der einfachen Leute.

Bitte beachten Sie, dass für diese Veranstaltung die 2-G-Regeln gelten.

Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-mail: info@ol-ig.de

Lösche, **Gerda**, geb. **Waldzus**, aus Ibenhorst, Kreis Elchniederung, am 25. Oktober
Malessa, **Horst**, aus Klein Schläfen, Kreis Neidenburg, am 26. Oktober
Moritz, **Christel**, geb. **Wenskus**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Oswald, **Robert**, aus Wehlau, am 27. Oktober
Putzer, **Alfred**, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, am 28. Oktober
Ruchotzki, **Gerhard**, aus Bolbiten, Kreis Heiligenbeil, am 28. Oktober
Schwarz, **Anneliese**, geb. **Drews**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 28. Oktober
Ständeke, **Helga**, geb. **Leipholz**, aus Lyck, am 27. Oktober
Stuttke, **Armin**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Tabbert, **Elfriede**, geb. **Demant**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Widwald, **Helmuth**, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 28. Oktober

Klitzsch, **Adelheid**, geb. **Soboll**, aus Thomken, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Knoop, **Wolfgang**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Kulesa, **Elisabeth**, geb. **Andreas**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 24. Oktober
Marotz, **Heidrun**, geb. **Meyer**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 28. Oktober
Marwitz, **Heinz**, geb. **Mlinartowitz/Glanert**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 27. Oktober
Preuschhoff, **Georg**, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 27. Oktober
Schapals, **Dieter**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Strathmeyer, **Ursula**, geb. **Kempka**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 26. Oktober
Wittke, **Hannelore**, geb. **Blomgren**, aus Sielacken, Kreis Wehlau, am 25. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Kathmann, **Ingrid**, geb. **Plew**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. Oktober
Sperber, **Rüdiger**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Wissemborski, **Uwe**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 26. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Brozio, **Gerd**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Hein, **Hartmut**, aus Frankenu, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen bei Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 44/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 44/2021 (Erstverkaufstag 5. November) bis spätestens **Dienstag, den 26. Oktober**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Termine 2021 der Landsmannschaft Ostpreußen

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Kontakt für die Glückwünsche

Frau Angela Selke, Telefon (040) 4140080, E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Erntedank

Nürnberg – Dienstag, 26. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat in Langwasser, gegenüber dem Ende der U1 (bitte den noch vorhandenen Bauzaun umgehen): Wir feiern das Erntedankfest. Dazu besucht uns die Bezirksvorsitzende der Ost- und Westpreußen in Mittelfranken, Heide Bauer, aus Ansbach.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Dänische Flüchtlingslager – Lesung und Diskussion

Kassel - Donnerstag, 4. November, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: „In dänischen Flüchtlingslagern“. Eine damals zehnjährige erinnert sich. Lesung und Diskussion.

„Pillau ‘45 – Hundert Tage im Fluchthafen der Weltgeschichte“

Wetzlar – Montag, 8. November, 12 Uhr, Landgasthof Hedderich, Kreisstraße 94, 35583 Wetzlar-Garbenheim, Telefon (06441) 42374: Treffen. Pillau ‘45 – Hundert Tage im Fluchthafen der Weltgeschichte, Lichtbildervortrag von Christopher Spatz, Bremen. Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531)2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901)2968

Monatsversammlung

Braunschweig – Mittwoch, 27. Oktober, 14 Uhr, Gaststätte Mahlzeit, Kälberwiese 13 a, Braunschweig: Monatsversammlung mit traditionellem Herbstnachmittag. Der Verein lädt zu Kaffee und Kuchen ein. Als „Gegenleistung“ sind der Jahreszeit entsprechende Vorträge erwünscht.

Lebensbilder

Oldenburg, Mittwoch, 10. November, 15 Uhr, Stadthotel: Lebensbilder: Ostpreußen als Vertriebene in Oldenburg: Eva Simmat – Zeichnerin, Malerin und Grafikerin aus Tilsit; Jürgen Dieckert – Sportwissenschaftler aus Gumbinnen; Adolf Dobrat KG – Textilhaus aus Darkehmen/Angerapp – Darstellungen von Gisela Borchers.

Eine telefonische Anmeldung unter (0441) 2047676 ist erforderlich. *Gisela Borchers*



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Termin und Erntedankbericht

Düren – Mittwoch, 3. November, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Treffen mit einer Lesung über ostpreußische Großmütter geschrieben von Judith Hages.

Die Vereinigte Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Düren feierte am 6. Oktober Erntedank, verbunden mit dem Gedenken an das Gründungsjahr 1951. Die Jubiläumsfeier im April wurde wegen der Corona Pandemie verschoben.

Die große Flut in der Region hat uns die Stimmung zum Feiern verdorben, und wir beschlossen nicht zu feiern, sondern das Geld an die Flutopfer zu spenden. Die Spende ging in die Region Eschweiler und Stolberg.

Die Vorsitzende begrüßte die Mitglieder und Gäste, danach sprach der Bürgermeister der Stadt Düren, Frank-Peter Ullrich, Grußworte und lobte unser Engagement. Das Erntedankfest war eine gelungene Feier, wir haben an die vor 70 Jahren gegründete Gemeinschaft gedacht, die sich bis heute erhalten hat. Wir dankten den treuen Mitgliedern mit Treueurkunden für 50, 30, 25, 20, zehn Jahre Treue zur Heimat. Die Frauen wurden mit einem Blumenstrauß und die Männer mit einer Flasche Rotwein gratuliert. Es wurden lustige Gedichte vorgebracht und Volkslieder aus der Heimat gesungen. Der Erntedank Tisch war reichlich bunt gedeckt mit

Obst, Gemüse und Nüssen. Am Ende der Feier, wurde der Tisch von allen geplündert, und es gingen sehr zufriedene Gesichter nach Hause. *Gerda Wornowski*

Erntedankfest

Wesel – Sonntag, 24. Oktober, 16 Uhr, Gemeindesaal der Gnadenkirche, Wackenbrucherstraße 80, 46485 Wesel: Erntedankfest nach alter Tradition, Kaffeegedeck gratis. Das Erntedankfest wird nach den 3G-Regeln durchgeführt. Besagt: 2 x geimpft (Impfpass vorzeigen), genesen oder Corona Schnelltest-48 Stunden gültig (Beleg vorzeigen). *Paul Sobotta*



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Nicolaus Copernicus

Bad Oldesloe und Tremsbüttel – Die Ost- und Westpreußen trafen sich im Oktober bei Elfriede Storzjohann in Bad Oldesloe.

Thema des Nachmittags war das Kapitel „Nicolaus Copernicus“ aus dem Buch „Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel“ von Oberstudiendirektor a.D. Hans-Jürgen Kämpfert.

Copernicus stellte mit seinen Beobachtungen und Berechnungen in der Astronomie seinen Zeitgenossen ein völlig neues Weltbild dar, das heute noch seine Gültigkeit hat.

Die Astronomie, die Wissenschaft von den Sternen, ist eine der ältesten Wissenschaften überhaupt. Schon bei den Babyloniern, den Indern, bei den Ägyptern und den Mayas – vor allen Dingen bei den Griechen stand sie in hohem Ansehen.

Nicolaus Koppernigk wurde am 19. Februar 1473 in Thorn an der Weichsel geboren. Sein Vater Niclas Koppernigk muss schon 1459 das Bürgerrecht in Thorn besitzen haben. Die Familie ist aus Schlesien eingewandert, wie auch die Familie seiner Mutter, eine Familie Watzenrode. Beides müssen angesehene Kaufmannsfamilien in Thorn gewesen sein. Verschiedene Mitglieder waren Schöffen und Ratsherren.

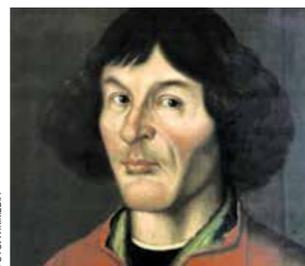
Koppernigk wird in Thorn und Kulm die Schule besucht haben. 1483 ist wahrscheinlich sein Vater verstorben. Dadurch erhielt sein Onkel, der Gelehrte Lucas Watzenrode der Jüngere, Einfluss auf Nicolaus und seine Ausbildung. Er spielte auch in seinem späteren Leben eine bedeutende Rolle.

1491 begann Koppernigk gemeinsam mit seinem Bruder Andreas ein Studium an der Universität in der polnischen Krönungs- und Hauptstadt Krakau. Schon in den ersten Studienjahren beschäftigte sich Nicolaus mit Mathematik und Astronomie.

Nach etwa drei Jahren muss er nach Thorn oder nach Frauenburg gereist sein, denn sein Onkel Watzenrode war inzwischen Bischof in Frauenburg geworden und wollte seine beiden Neffen zu Domherren berufen.

Im Herbst 1496 reist Nicolaus nach Italien und studiert in Bologna weltliches und kirchliches Recht, aber sicherlich auch die griechische Sprache, Mathematik und Astronomie; ein Medizinstudium in Padua schloss sich an. Aus einer Urkunde von der Universität in Ferrara geht hervor, dass er dort zum Doktor des Kirchenrechts promovierte. Nach einem etwa zehnjährigen Studium dieser Bereiche war er wohl einer der gelehrtesten Männer seiner Zeit.

1503 wurde er vom Frauenburger Domkapitel erneut beurlaubt, um als Leibarzt seines Onkels zu wirken, der als Bischof in Heilsberg war.



Nicolaus Copernicus

Um 1510 kehrte er nach Frauenburg zurück. Er zog in den nordwestlichen Turm der Domfestigung, von dem günstige Möglichkeiten für seine astronomischen Beobachtungen bestanden.

Hier erfüllte er auch die vielfältigen Aufgaben als Mitglied des ermländischen Domkapitels.

1523 wird er Generaladministrator, der an Stelle des Bischofs die Verwaltung des gesamten Bistums leitete.

Er selbst wurde niemals zum Bischof gewählt. Wollte er viel Zeit für seine astronomischen Forschungen behalten? Außerdem beschäftigte er sich mit Kartographie und der Landesbeschreibung Preußens.

Copernicus' Hauptwerk „Die sechs Bücher über die Umwälzungen der Himmelskreise“ erschien 1543. Es wurde in Nürnberg gedruckt, und es soll an seinem Todestag, den 24. Mai 1543, das erste Exemplar in Frauenburg eingetroffen sein.

Das Werk, das ein 2000-jähriges Weltbild stürzte, wurde nur langsam in der Öffentlichkeit bekannt und von ihr anerkannt. Erst Galilei und Kepler sorgten für seine Verbreitung. Ihre Werke wurden von der katholischen Kirche verboten. Copernicus' Hauptwerk stand von 1616 bis 1835 auf der Liste der verbotenen Bücher. Luther und seine Anhänger hatten die Lehre von Anfang an verspottet. Trotzdem setzte sich das neue Weltbild nach und nach durch.

Gisela Brauer

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-02-B

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie40 Euro
Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** J. Schulz, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101



Geehrt: Heinz-Wolfgang Malessa

Auszeichnung für Rosin und Malessa

Rotenburg (Wümme) – Im Rahmen der letzten Vorstandssitzung der Kreisgemeinschaft Angerburg wurde Frauke Rosin und Heinz-Wolfgang Malessa eine ganz besondere Ehre zuteil. Beide wurden für ihren langjährigen Einsatz für Angerburg und Ostpreußen mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Kreisvertreter Wolfgang Schiemann, der die Ehrungen im Namen des Sprechers der Landsmannschaft vornahm, brachte den Dank der Kreisgemeinschaft für das langjährige Engagement der Geehrten zum Ausdruck und wies daraufhin, wie wichtig Personen wie Rosin und Malessa für die Gesellschaft seien.

Rosin ist seit 20 Jahren im Vorstand aktiv und führt zurzeit die Versandkartei für den Heimatbrief. Malessa wurde vor zehn Jahren in den Kreisausschuss der Kreisgemeinschaft gewählt und nimmt die Funktion eines Schriftführers wahr. Beide waren von der Ehrung sehr überrascht und sicherten zu, auch weiterhin für die Belange der Kreisgemeinschaft Angerburg eintreten zu wollen. *Michael Meyer*

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665



Geehrt: Frauke Rosin

Bremer Lycker-Treffen fällt aus

Bremen – Auch das diesjährige Lycker-Treffen in Bremen im Hotel „Zur Post“ am Bahnhofsplatz fällt leider aus.

Da ungewiss ist, wie sich die Corona-Pandemie weiterentwickelt, und sich die meisten von uns im fortgeschrittenen Alter befinden und als besonders gefährdet gelten, habe ich mich wie auch im vergangenen Jahr schweren Herzens zu diesem Schritt entschlossen.

Meine Frau und ich wünschen Euch allen gute Gesundheit, und dass wir uns im nächsten Jahr beim 12. Lycker Treffen in Bremen wiedersehen. *Wilhelm Norra*

Eine Reise nach Lyck

Lyck – Nach den entbehrungsreichen Monaten der Pandemie war es ein besonderer Grund zur Freude, endlich wieder eine Reise nach Lyck zu planen, schließlich galt es vor Ort die Bruderhilfe auszusuchen. Die Flugverbindung von Dortmund nach Groß Schiemanen ist sehr angenehm, da man nach knapp zwei Stunden am Zielort landet und nach weiteren zwei Stunden Lyck mit dem Auto erreicht.

Mit der Vorsitzenden der Deutschen Minderheit war ein Termin für die Auszahlung der Bruderhilfe im Wasserturm, dem Vereinssitz, vereinbart.

Nach der Auszahlung feierte der Verein der Deutschen Minderheit sein 30-jähriges Bestehen. Herr Szubzda hielt einen informativen Vortrag über die Gründung des Vereins im Jahr 1991 und über die Bedeutung des Wasserturms, der mit seiner Ausstellung in den Sommermonaten für Besucher geöffnet ist.

Die Kreisvertreterin (KV) zeichnete Helena Walicka mit der Verdiensturkunde der Lands-

mannschaft Ostpreußen aus; sie ist seit vielen Jahren als Kassiererin im Verein tätig. Irena Szubzda, Vorsitzende des Vereins, wurde mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen für ihren unermüdlichen Einsatz zum Wohlergehen der Vereinsmitglieder ausgezeichnet. Dieter Czudnochowski, stellvertretender Kreisvertreter, hatte zu Ehren des 30-jährigen Bestehens ein Bild gestaltet, das nun seinen Platz im Aufenthaltsraum gefunden hat. Weitere Gratulanten waren neben

anderen der stellvertretende Präsident der Stadt Lyck, der Landrat des Kreises und eine Abgeordnete vom Parlament in Warschau.

Anschließend fuhr ein Bus die Gesellschaft nach Ostrokollen/Scharfenrade, um dort die alte Holzkirche zu besichtigen. Es ging weiter in das Restaurant Zorza in Prostken, wo die Feierlichkeiten mit einem Mittagessen ihren Abschluss fanden.

Es war ein gelungenes Fest, man wird es lange im Gedächtnis behalten.

In der Besuchswoche führte die KV ausführliche Gespräche mit dem Stadtpräsidenten der Stadt Lyck. Ein weiterer Besuch galt dem Direktor des historischen Museums in Lyck, das im Kleinbahnhof beheimatet ist.

Die KV konnte sich einen Herzenswunsch erfüllen, einen Besuch in Mostolten, dem Heimatort ihrer Familie, um die Gräber ihrer Ahnen aufzusuchen, die sie in einem guten Zustand vorfand. Erfreuliches gibt es von der ehemaligen evangelischen Kirche in Lyck zu berichten, das Dach hat wieder sein rotes Aussehen bekommen, so, wie es früher aussah. Der Bürgermeister von Raygrad hatte zu einer Fahrt durch den Nationalpark eingeladen. Diesen Park zu besichtigen, kann man nur empfehlen: unberührte Natur pur.

Des Weiteren wurde der ehemalige evangelische Friedhof von Neuendorf besucht, dieser ist durch Rodungsarbeiten total zerstört worden. Alle 269 alten Bäume waren, ohne Genehmigung, gefällt und wahrscheinlich zu einem guten Preis verkauft worden. Das Areal ist mit einem polizeilichen Band abgesteckt, denn die Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungen aufgenommen. Die Presse teilte Mitte September mit, dass der Gemeindevorstand von Lyck Land, der Kirchengemeinde in Neuendorf [Nowa Wies], eine Geldstrafe von zwei Millionen Zloty für das illegale Abholzen verhängt hat. Das weitere Vorgehen wird die Kreisgemeinschaft Lyck beobachten und im nächsten Heimatbrief und in der PAZ einen Bericht erstatten.

Bärbel Wiesensee



Ist Vereinssitz der Deutschen Minderheit in Lyck: Der 33 Meter hohe Wasserturm mit den Gästen zum Gründungsjubiläum

Rätsel

nicht ganz ernst gemeint	Wirtschaftswissenschaftler (engl.)	Transportanhänger	vom Mittelpunkt entfernt	Dreschplatz in der Scheune	doppelt	Grundmodell	Zitterpappel	Kameraeinstellung	Niederung in der Lausitz	Nadelloch	Futterpflanze	Fluss in den Finnmeerbussen	sich an etwas zu schaffen machen
französischer Maler (Gustave)			Nadelbaum	öde, unbebaut		Gemüse-pflanze, Lauch-art		dröhnend lärmern			Stadt im westl. Ruhr-gebiet	preis-sendes Gesangs-stück	
Grundgedanke	völlige Gleichheit							einst, früher		ruhig, lautlos	Rundbau		
stillere Zorn	Falschmeldung		Staat im Himalaja	Monatsname		künstliches Wangenrot	deutsche Schauspieler(in) (Barbara)	Spaß, Vergnügen (ugs.)		Süd-slawe			
Teil des Telefons				gefeierter Künstler		griechischer Buchstabe				Unhold der nordischen Sage			
höckerloses Kamel	Inselstaat im Mittelmeer		Wurf mit gleicher Augenzahl			ständige Musik-berieselung	trocken; mager	Sängerin			kalt-ses Erfrischungs-ge-tränk		Bezah-lung
Stadtteil von Berlin			von Bäumen gesäumte Straße	bewusst falsche Aussage		nieder-säch-sischer Hafen	zum Abschluss bringen	eine Zahl	untere Rückenpartie				
							alle zwei		Biber-ratte			linker Neben-fluss der Mosel	
	Schlaf-erlebnis	aufsehen-erregendes Ereignis	früherer österr. Adels-titel			Gebirgs-tier (süddt. Name)	Kerbtier						
	schles-wig-holst. Heilbad					Fuge, längliche Vertiefung						Menschen	
			feierliches Gedicht		statt, als Ersatz für			student. Organi-sation (Abk.)	echt; ehrlich				
	mit dem Besen reinigen	wertvolles Möbelholz	Muse der Sternkunde	poetisch: Atem				ein Wurf-spiel	arktisch	deut-sches Mittel-gebirge	bibli-scher Prophet		der Rote Planet
	mehr-jährige krautige Pflanze					Fach, Zweig, Rubrik							
	im Verlauf von	Bestand, tatsächlicher Vorrat	germanischer Wurf-spiel	Kraftfahrzeug, Wagen				somit, mithin			Abkür-zung für im Auftrag		
	Normanne	Mittags-ruhe (spañisch)		Name d. Störches in der Tierfabel						See in Schott-land (Loch ...)			
	Jurist zur Beurkundung		in höherem Maße										

Magisch: 1. Triller, 2. plätzen, 3. bereuen

Mittelwörterrätsel: 1. Spender, 2. Lichten, 3. Langlauf, 4. Leisten, 5. Lichten, 6. Strassen, 7. Brillen

Schüttelrätsel: HAORHLAAGNE, RIGOLETTE, IGOORNEIN

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

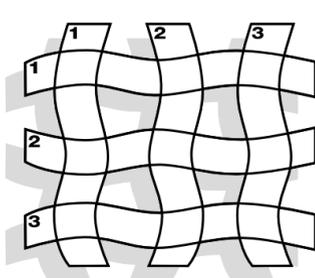
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AIMOR	GIRU	CHLOR	EEGGN	ERTU	AIN	ENNO
			AGNR			
ACHHU		AEGL NU				
EGILO ORT						
GIOR			EINN			

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für „in Ziffern dargestellt“.

1	BLUT					HERZ
2	AUS					NETZ
3	SKI					LOIPE
4	HOLZ					BRUCH
5	TEE					MEER
6	FERN					BAU
7	LESE					ETUI



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 musikalische Verzierung
- 2 zerbersten, zerspringen
- 3 etwas bedauern

MEMEL

Simon-Dach-Haus feiert sein 25-jähriges Bestehen

Vom Haus der Memelländer zur deutsch-litauischen Begegnungsstätte

Am 8. Oktober 1996 fand in Memel die feierliche Übergabe des sanierten Hauses an den Deutschen Verein in Memel statt. Das vorher renovierungsbedürftige Haus in der Juros-Straße 7 wurde mit finanziellen Mitteln des Bundesministeriums des Innern (BMI) saniert. Damit hatten die Memelländer mit ihrem Verein der Deutschen endlich eine eigene Heimstätte gefunden. Umso erstaunlicher war die erfolgreiche Entwicklung dieses Hauses in den letzten 25 Jahren zur bedeutendsten deutsch-litauischen Begegnungsstätte in der Republik Litauen.



Feier zum 25-jährigen Bestehen: Rasa Müller mit Schülerinnen des Hermann-Sudetmann-Gymnasiums, der Deutschen Schule in Memel, vor dem Gesangsauftritt
Foto: Rasa Müller

Das nach dem berühmten Barockdichter Simon Dach – Schöpfer des Gedichts „Ännchen von Tharau“ – benannte Haus beherbergt einen schönen Veranstaltungssaal, eine Bibliothek mit dem Schwerpunkt Landeskunde Ostpreußen und Baltikum sowie einen Unterrichtsraum für Deutschkurse sowie für Seminare. Dazu gehört auch ein Büro für die Mitarbeiter des Hauses. Seit 2010 ist die finanzielle Unterstützung für dieses Kulturzentrum ganz weggefallen. So entstanden mehrere Gästezimmer, deren Vermietung neben der Saalvermietung für Veranstaltungen eine solide finanzielle Wirtschaftsgrundlage schuf. Diese Tätigkeit ist die Aufgabe von Arnold

Piklaps, dem langjährigen Direktor des Hauses. Seit 2009 ist Rasa Müller als Kulturmanagerin die zentrale Persönlichkeit, deren Kompetenz und Kreativität entscheidend dazu beigetragen hat, dass das Simon-Dach-Haus (SDH) sich zu der anerkannten und beliebten deutschen Kulturinstitution in der Region entwickelt hat.

Viele Ehrengäste

Bei der Festveranstaltung begrüßte Klaus-Peter Paul Grudzinkas als Vorsitzender des Deutschen Vereins in Memel alle Gäste ganz

herzlich, insbesondere den Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland Arunas Baublys, aus Wilna die Direktorin des Departements für Volksminderheiten Vida Montvydaite und Jelena Butkeviciene, die Direktorin des Zentrums für Volksminderheiten der Stadt Memel, sowie aus der Bundesrepublik Deutschland Hans-Jörg Froese, stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und Präsident der Prussia, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens e.V., sowie Hans-Jürgen Mül-

ler, Sprecher der Berliner Memellandgruppe.

Piklaps schilderte anhand einer interessanten Powerpoint-Präsentation die bewegende Geschichte des SDH's. Durch das abwechslungsreiche Festprogramm führte souverän Müller. In ihren herzlichen Grußworten lobten Montvydaite und Butkeviciene das große kulturelle Engagement der Kulturmanagerin, aber auch den besonderen Umgang der Volksminderheiten der Stadt miteinander. Zur Freude und Überraschung der Anwesenden wurden vier Vereinsmit-

glieder Doris Katzenstein, Asta Almine, Marta Norkiene und Erika Jukneviene von Montvydaite mit einer Urkunde ausgezeichnet. Auch der Honorarkonsul würdigte in seinem Grußwort die vielfältigen kulturellen Aktivitäten des Deutschen Vereins im SDH und wünschte weiterhin ein erfolgreiches Wirken. Der Leiter des Goethe-Instituts in Wilna, Michael Müller-Verweyen, hob in einer Videobotschaft die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem SDH hervor und lobte vor allem die alljährlich stattfindenden Deutschen Kulturtage in Memel. Den aktiven Umgang der Deutschen Minderheit mit den anderen Volksgruppen bezeichnete er als beispielhaft. Auch die Schulleitung des Hermann-Sudermann-Gymnasiums gratulierte in einer Videobotschaft dem SDH zum Jubiläum und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung und ließ dem Verein eine Dankesurkunde überreichen. Die Feier wurde durch Auftritte einer Gesangsgruppe des Hermann-Sudermann-Gymnasiums unter Leitung der bekannten Chorleiterin Almine noch lebendiger. Auch das Jazz-Studio des Königin-Luise-Jugendzentrums bereicherte die Festveranstaltung mit einer kurzen Aufführung. Im Namen der LO überbrachte Froese als deren stellvertretender

Sprecher die herzlichsten Glückwünsche und die besten Wünsche für die Fortführung der bisherigen erfolgreichen Arbeit. Seit 2009 verfügt die Landsmannschaft im SDH über ein angemietetes Verbindungsbüro. In seiner persönlich gehaltenen Festrede betonte Froese die besondere Bedeutung des SDH's bei der Vermittlung ostpreußischer Geschichte für die jungen Menschen in der Region und erinnerte neben anderem daran, dass das Memel die älteste ostpreußische Stadt ist. Er forderte eine gemeinsame Auseinandersetzung mit der memelländischen Vergangenheit und zeigte sich dabei sehr zuversichtlich, „dass man sich auch in Zukunft in diesem Haus für das Wachhalten der Erinnerung sowie für die gemeinsame Gegenwart und Zukunft einsetzen wird“. Abschließend darf nicht unerwähnt bleiben, dass es dem Deutschen Verein gelang, eine Ausstellung mit sieben großen Tafeln zu präsentieren, welche die vielfältigen Aktivitäten des Vereins widerspiegeln: Kinder- und Jugendarbeit, Vereinsleben, Geschichte und Gäste des SDH's. Allen Gästen wurde zur Erinnerung an dieses Jubiläum eine Broschüre über das SDH überreicht. PAZ

TILSIT

Der Wunsch nach Rückkehr

Ein Briefwechsel aus dem Jahr 1946 macht die große Sehnsucht und die Ernüchterung deutlich

Manfred Schukat ist ein Kümmerer, und nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern. Die Jahrestreffen der Landesgruppe in Mecklenburg-Vorpommern werden gerne besucht, nicht zuletzt wegen seiner Herzlichkeit. Das nächste Treffen wird am 24. September 2022 in Schwerin stattfinden. Auf einem dieser Treffen wurden Schukat zwei Briefe in einem Kuvert überreicht, die zeigen, wie groß der Wunsch der „Flüchtlinge

und Heimatvertriebenen von 1945 gewesen ist, selbst zu Fuß, nach Hause zurückzukehren, wenn halbwegs annehmbare Verhältnisse geherrscht hätten“, so schreibt der Landesvorsitzende Schukat, und weiter: „Umgekehrt waren diejenigen froh, die endlich aus der Königsberger Hölle herauskamen.“ Inhalt des Briefwechsels ist ein Antrag eines Tilsiters im Brandenburgischen Bad Freienwalde vom 15. Mai 1946, in die Heimat zurück-

kehren zu dürfen. Der Landsmann Ernst Wieck wendet sich direkt an den sowjetischen Oberbürgermeister von Tilsit. „Es ist sehr berührend“, kommentiert Schukat dieses nun 75 Jahre alte Dokument.

Hochinteressant ist die Antwort und der Umstand, dass das selbe Kuvert für die Rücksendung benutzt wurde. Auf der Vorder- und Rückseite findet man die Stempel vom 27. Juli 1946 aus Tilsit, Kenigsbergskoj, CCCP. Musste gesperrt werden oder gab es einen anderen Grund, aus dem derselbe Umschlag für die Antwort hergenommen wurde?

Um den Lesern der PAZ das Studieren der Briefe einfacher zu machen, hat Schukat sich die Mühe gemacht und die Texte vom Sütterlin in Antiqua transkribiert. Er schreibt dazu: „Im ‚Tafelwerk‘ der DDR-Schule gab es ein Sütterlin-Alphabet. Das hat uns bei der Entzifferung so mancher alten Aufzeichnung sehr geholfen.“

Hier nun der Text des Antrags von Ernst Wieck:

„Bad Freienwalde a./O., den 15.05.1946
An den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Tilsit

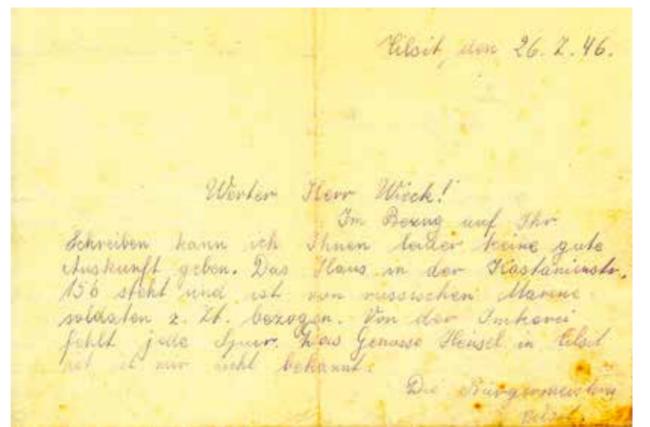
Hiermit möchte ich mir die Anfrage erlauben, ob eine Möglichkeit besteht, nach Tilsit zurückzukehren. Ich wohne seit 1922 in der Stadt Tilsit. Durch meinen Fleiß und Sparsamkeit habe ich mir ein Eigenheim in der Kastanienstraße 15 b erbaut, einen Obstgarten habe ich angelegt, eine Imkerei von 27 Völker habe ich mir angeschafft.

Beschäftigt war ich seit 1922 als Zeichner bei dem Wasserbauamt. Parteipolitisch war ich in der S.P.D., freigewerkschaftlich deutscher Verkehrsband Abteilung Wasserbau und Flößerei, woselbst ich auch Zahlstellenleiter war, darüber könnte auch Parteigenosse und Kollege Dobinsky Auskunft geben. Ich hätte noch gerne gewusst, ob mein Häuschen in der Verlängerten Kastanienstr. 15 b noch vorhanden ist. Auch Genosse Kriwat könnte über mich Auskunft geben.

Für einen baldigen Bescheid wäre ich sehr dankbar. Vielleicht sehen wir uns an unserem lieben Memelstrom bald wieder. Eine Freimarke liegt bei.
Hochachtungsvoll
Meine Anschrift: Ernst Wieck
Bad Freienwalde a./O.
Hagenstr. 1“

Wieck sorgt sich um sein Haus und seinen Garten samt Imkerei, und 27 Völker sind wirklich viel. Laut einem Überblick des Deutschen Imkerbundes e.V. hielt jeder Imker im Jahr 2020 im Schnitt 6,6 Bienenvölker; 96 Prozent der Imker hatten bis zu 25 Völker, drei Prozent hatten 26 bis 50 Völker und nur ein Prozent der Imker in Deutschland hatten im Jahr 2020 über 50 Völker.

Der Tilsiter Zeichner hat auch offenbar Kontakte in der Stadt, verweist er doch auf den Kollegen Dobinsky und den Genossen Kriwat. Am „lieben Memelstrom“ hofft Wieck auf ein baldiges Wiedersehen und bittet den Oberbürgermeister um eine rasche Ant-



Lässt viele Fragen offen: Antwortschreiben Foto: Schukat

wort, ob er nach Tilsit zurückkehren kann.

In jedem Wort steckt die Liebe zur Heimat und der Wunsch, das in Sicherheit zu wissen, was man aufgebaut hat, um es selbst wieder mit Leben füllen zu können.

Aus Tilsit erhält Wieck mehr als zwei Monate später eine Antwort zugeschickt. Sie dürfte den Empfänger nicht sonderlich erfreut haben.

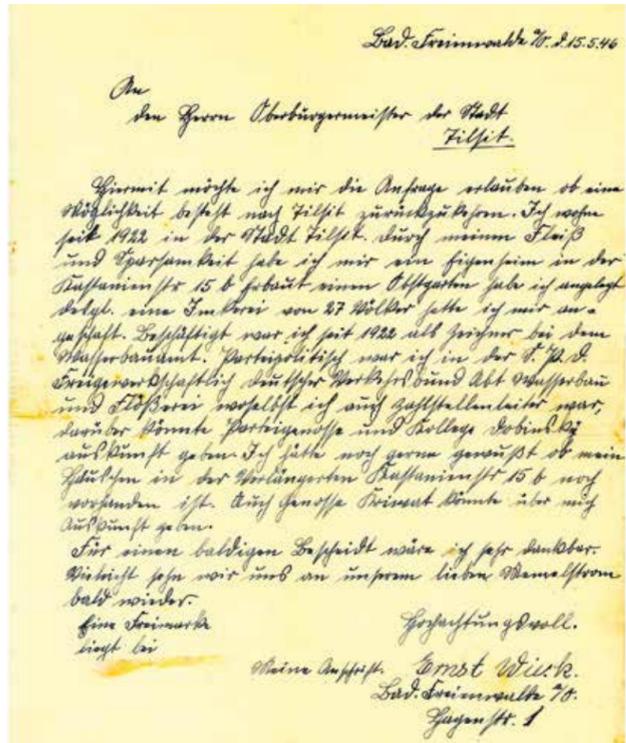
Brief der Bürgermeisterei

„Tilsit, den 26.7.46
Werter Herr Wieck!
Im Bezug auf Ihr Schreiben kann ich Ihnen leider keine gute Auskunft geben. Das Haus in der Kastanienstr. 15 b steht und ist von russischen Marine-Soldaten z.Zt. bezogen. Von der Imkerei fehlt jede Spur. Das Genosse Hensel in Tilsit ist, ist mir nicht bekannt. Die Bürgermeisterei Tilsit“

Allein die Nachricht, dass sein Haus noch steht, könnte ein Weiterhoffen ermöglicht haben. Das Haus wird von russischen Marine-Soldaten bewohnt, das Imkerzubehör und die Völker sind jedoch nicht mehr vorhanden, und es wird ein Genosse Hensel erwähnt, der in Wiecks Brief gar nicht vorkommt.

Der Leser muss den Eindruck bekommen, dass die Bürgermeisterei keine Zeit für derlei Anfragen hat und möglicherweise Anfragen vermengt. Eine wirkliche Antwort gibt der Brief auch nicht. Wieck erhält „keine gute Auskunft“ und nur zwischen den Zeilen kann man lesen: Das Haus ist besetzt und alles andere ist weg, eine Rückkehr ist daher nicht möglich.

Was dieser Brief bei Wieck ausgelöst hat, wissen wir nicht. Es bleibt der Wunsch nach Heimat, wie sie gewesen ist. CRS



Zurück nach Hause: Antrag auf Rückkehr nach Tilsit Foto: Schukat

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Der bislang unscheinbare Modernismus

Oberschlesische Plastiken müssen erst wieder neu entdeckt werden

VON CHRIS W. WAGNER

Wer Oppeln besucht und sich in die stets lange Schlange vor der Crêpe-Bude neben der Pfennigbrücke am Mühlgraben einreihet, um den beliebten Blick auf den Mühlgraben zu ergattern, der muss sie einfach erblicken: die fünf Kinderskulpturen von Thomas Myrtek. Die Figuren aus der Zwischenkriegszeit wurden beim Bau der Terrasse dieses Imbisses im Schutt gefunden und erhielten wieder den ihnen gebührenden Platz. Dass es Skulpturen aus dem Myrtek-Atelier und von kunsthistorischem Wert sind, hatte die einstige Beauftragte für Minderheitenangelegenheiten in Oppeln, Danuta Berlinska, herausgefunden. Die 2016 verstorbene Historikerin bemühte sich darum, den vergessenen Bildhauer wieder in Erinnerung zu rufen. Immer wieder lenkte sie die Aufmerksamkeit der Besucher auf die Oppelner „Myrtkis“, an denen man sonst gedankenlos vorbeieilt.

Kunst aus Breslau

Der Beuthner Thomas Myrtek studierte an der Königlichen Kunst- und Gewerbeschule in Breslau. Seine Lehrer waren Albert Werner-Schwarzburg und Theodor von Gosen. Myrtek war Vorsitzender des Künstlerbundes Schlesien. Für Oppeln schuf er 1926 zum Beispiel die Schülerinnenplastiken, die an der Fassade der einstigen privaten Liebfrauenschule, der Oberschule für Mädchen in der heutigen ulica Reymonta, angebracht wurden. Am Haus in der nahegelegenen ulica Damrota 10 überdauerte ein Myrtekrelief am Hauseingang. Nur noch wenige seiner



Schmückt eine Tür im Oberschlesischen Neustadt [Prudnik]: Gitter von Jaroslav Vonka (1875–1952) aus dem Jahr 1930. Der Herr mit Hut und Regenschirm wird als ein Selbstbild des Schmiedekünstlers angesehen
Foto: Chris W. Wagner

Plastiken findet man auch in Gleiwitz und Beuthen.

Das Los des in Vergessenheit geratenen Bildhauers fristet eine ganze Reihe Künstler, die in Schlesien gewirkt haben. Das Gleiwitzer Museum „Villa Caro“ widmet sich in einer Sonderausstellung Künstlern wie Thomas Myrtek, Hannes, Kurt Bimler, Robert Bednorz, Paul Ondrusch, Walter Tuckermann, Peter Lipp oder Jaroslav Vonka. Letzterer stammte aus dem böhmischen Goritz [Hořice v Podkrkonoší] und dozierte an der Städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu Breslau.

Ausstellung in Gleiwitz

„Wir zeigen Plastiken, die zum ersten Mal einem breiten (polnischen A.d.R.) Publikum gezeigt werden. Sie sind Bestandteil des Gleiwitzer Museums und Leihgaben der Nationalmuseen in Breslau und Warschau, des Museums in Ruda [Ruda Śląska] und des Schlesischen Museums zu Görlitz“, sagt der Gleiwitzer Museumsleiter Grzegorz Krawczyk, der sich mit seiner Schau „Germania“ oder der Ausstellung „Preußens Gloria. Mit Gott für König und Vaterland“ in der Republik Polen nicht nur Freunde gemacht hat. Krawczyk möchte mit der neuen Ausstellung zu einer Spurensuche einladen. „In unseren ober-schlesischen Städten findet man noch einige guterhaltene modernistische Skulpturen vom Anfang des 20. Jahrhunderts. Es sind wichtige Arbeiten der Künstler, die wir in unserer Ausstellung präsentieren“, sagt er. Dafür hat das Museum eine Route durch Gleiwitz, Ruda, Beuthen und Hindenburg [Zabrze] erarbeitet.

Für Kuratorin Barbara Andruszkiewicz ist die erste Hälfte des 20. Jahrhun-

derts eine spannende Periode, da sich in dieser Zeit gleich mehrere Kunstströmungen überschneiden. „Wir haben hier immer noch den Akademismus und Realismus des 19. Jahrhunderts. Zur Jahrhundertwende dominierte der Jugendstil, dem sich der Stil des Art Decos wieder setzte. Wir haben es mit einer Faszination der Antike zu tun, die aber auf eine moderne Weise interpretiert wurde, und wir haben den Modernismus“, zählt sie auf. Für Andruszkiewicz ist das Oberschlesien des einsetzenden 20. Jahrhunderts ein Ort, an dem sich die Künstler besonders entfalten konnten. Hier fanden sie unter dem schlesischen Adel und den Industriemagnaten leichter Kunstmäzene. Besonders die sogenannten neu-reichen Industriellen wollten ihren Gesellschaftsstatus durch Kunstsammlungen dokumentieren. In Oberschlesien gab es auch zahlreiche kirchliche Stiftungen, die sakrale Kunst für neu entstehende Kirchen bestellten. Doch Andruszkiewicz sieht auch einen gravierenden Nachteil für junge Künstler in der Region: „Hier fehlte es an einer Kunstakademie. Man musste zum Kunststudium eben nach Breslau, Berlin oder München gehen.“ So machten sich der Hindenburger Robert Bednorz (1882–1973), der Beuthner Thomas Myrtek (1888–1935) und auch der in Alt Schalkowitz [Stare Siolkowice] geborene Kurt Bimler (1883–1951) in die Schlesische Metropole auf, um dort an ihrem Talent zu feilen. Auch Kuratorin Andruszkiewicz musste sich zunächst auf eine Erkundung in Oberschlesien begeben. Die Breslauerin sagt: „Für mich war das Erforschen der ober-schlesischen Künstler und überhaupt Oberschlesiens ein faszinierendes Abenteuer.“

OSTPREUSSEN

Ein Hochverräter mit zünftigem Rückhalt

Hieronymus Roth stand an der Spitze des Königsberger Aufstands im 17. Jahrhundert

Der ab 1640 regierende Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg war in Personalunion auch Herzog in Preußen. Allerdings galt Preußen als unsicherer Besitz, da es vom polnischen König als Lehen vergeben wurde, und der steckte im Dauerkonflikt mit Schweden. Das barg die Gefahr schwedischer Interventionen in Preußen. Und so kam es dann auch, als 1655 der Zweite Nordische Krieg ausbrach.

Der Große Kurfürst reagierte, indem er sich am 17. Januar 1656 im Vertrag von Königsberg zum Vasallen des Schwedenkönigs Karl X. Gustav erklärte. Dem folgten bis zum 3. Mai 1660 fünf weitere Verträge mit Karl X., Karl XI. und dem polnischen König Johann II. Kasimir sowie Kaiser Leopold I., in denen Friedrich Wilhelm zunächst Schweden und dann auch Polen die volle Souveränität über sein Herzogtum abtrotzte.

Dabei blieb der Herrscher weiterhin in die Kämpfe um die Vorherrschaft im Baltikum verwickelt, was enorme Kosten verursachte – zum Beispiel die Bezahlung von Söldnern. Deshalb mussten die verschiedenen Stände in seinem Reich, also Adel, Prälaten und Städte, wesentlich mehr Geld aufbringen als die ursprünglich vereinbarten 530.000 Taler in fünf Jahresraten. Insgesamt beliefen sich die Zwangsabgaben zwischen 1655 und 1661 auf 12,5 Millionen Taler, von denen sieben Millionen auf das Herzogtum Preußen entfielen.

Das löste in Preußen insgesamt, aber besonders in Königsberg Unzufriedenheit aus. Diese resultierte zusätzlich daraus, dass der nunmehrige Souverän zugleich noch die Privilegien der Stände beschnitt. Dazu kam die prekäre Lage in der preußischen Hauptstadt infolge der Pest-Epidemie von 1653 und des Flüchtlingszustroms wegen des Tataren-Einfalls von 1656.

In dieser Situation setzte sich der Schöffmeister von Königsberg-Kneiphof, Hieronymus Roth, an die Spitze der ständischen Opposition gegen Friedrich Wilhelm. Seinen Widerstand gegen die landesherrlichen Zumutungen demonstrierte er zunächst im preußischen Landtag, dem er als Vertreter Königsbergs angehörte.

Daraufhin verlangte die kurfürstlich-herzogliche Regierung von der städtischen Obrigkeit, Roth wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung den Prozess zu machen. Diese beschränkte sich aber darauf, den Unruhestifter im November 1661 aus dem Landtag abzurufen. Grund hierfür war nicht zuletzt der starke Rückhalt, den der wortgewaltige Roth bei den Zünften genoss.

Preußen in angespannter Lage

Im Februar 1662 ging der Schöffmeister dann noch einen Schritt weiter: Er begab sich heimlich an den Hof des polnischen Königs Johann II. Kasimir, des früheren Lehnsherren des Herzogs in Preußen, und intrigierte dort nach Kräften gegen Fried-

rich Wilhelm. Seine Forderungen nach einem Eingreifen Johann II. Kasimirs in Preußen erfüllten nun aber tatsächlich den Tatbestand des Hochverrats.

Gleichzeitig leugnete Roth gegenüber dem kurfürstlichen Abgesandten in Warschau, dass die Polen-Reise ein politisches Ziel verfolge, und gab vor, seinem Sohn ein Amt bei Hofe verschaffen zu wollen, weil die Geschäfte in Königsberg schlecht liefen. Dorthin zurückgekehrt verkündete er, der polnische König habe die Preußen niemals von ihrem Gehorsam gegenüber der Krone entbinden wollen.

Da weiterhin kein Gericht gegen Roth einschritt, konnte er bei diversen öffentlichen Versammlungen auftreten und schließlich erreichen, dass die Königsberger beschlossen, die neuerlich wieder von Friedrich Wilhelm geforderten Steuern zu verweigern und sich mit einer Klageschrift an Johann II. Kasimir zu wenden.

Der antwortete auf diese mit der schriftlichen Versicherung, den Königsbergern vollumfänglichen Schutz gegen den Herzog zu gewähren, löste sein Versprechen aber mangels Geldes und Truppen niemals ein. Dahingegen begab sich der Große Kurfürst im Oktober 1662 mit

einer Eskorte von 2000 Leibgardisten über Pillau nach Königsberg und erteilte parallel dazu den Befehl, die Kanonen der Festung Groß Friedrichsburg auf die drei Stadtteile zu richten. Roth seinerseits hatte zuvor das Gerücht gestreut, der Herzog werde aufgrund des Ausbleibens der Steuern gar nicht nach Preußen marschieren können.

Die preußischen Stände gaben nach

Als der Landesherr dann aber doch unversehens in Königsberg eintraf, blieben dem Schöffmeister nur noch wenige Tage in Freiheit: Am 30. Oktober 1662 wurde er unter Nutzung eines Ablenkungsmanövers auf der Straße vor seinem Haus von den Soldaten Friedrich Wilhelms ergriffen und ins Königsberger Schloss gebracht.

Anschließend verurteilte ihn eine eigens hierzu eingesetzte Gerichtskommission zu „enger Haft“ von unbestimmter Dauer. Diese saß Roth in der Festung Peitz bei Cottbus ab. Hier genoss er zunächst etliche Privilegien, bis 1668 herauskam, dass er immer noch brieflich konspirierte. Der Gefangene blieb bis zu seinem Tode im Jahre 1678 im Kerker – ein Gnadengesuch an den Großen Kurfürsten war 1676 ohne Erfolg geblieben.

Mit Roths Ausschaltung brach der Königsberger Aufstand schnell zusammen, und die preußischen Stände zeigten sich nun bereit, Friedrich Wilhelm im Oktober 1663 als Landesherrn zu huldigen.

Wolfgang Kaufmann



Machtmittel Friedrich Wilhelms: Die Festung Groß Friedrichsburg in Königsberg

HINTERPOMMERN

Die Kirchenruine in Hoff an der Ostseeküste

Die Petrus-Figur befindet sich in Greifswald, der prächtige Altar schmückt die jetzige Kirche

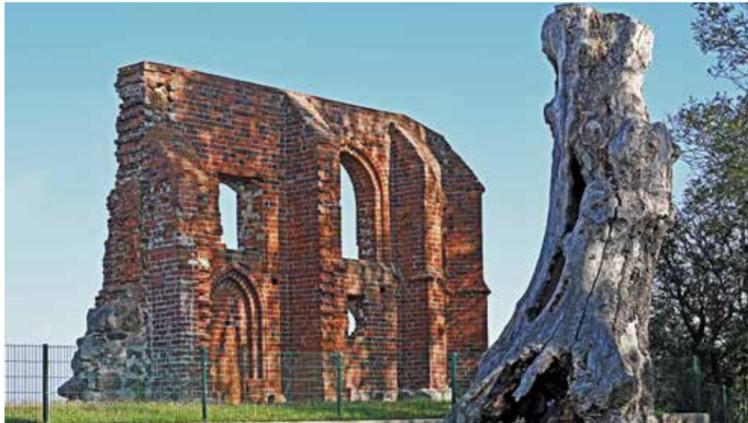
VON ERWIN ROSENTHAL

Die Kirchenruine in Hoff [Trzęsacz] ist eine viel besuchte Attraktion an Hinterpommerns Ostseeküste

Im Pommerschen Landesmuseum Greifswald befindet sich eine Petrusfigur aus dem früheren Altar der Kirche in Hoff. Pfarrer Mielke, der letzte Pfarrer der Kirche, hatte sie als Geschenk erhalten und auf Umwegen gelangte sie an ihren heutigen Platz. Es ist gewiss ungewöhnlich, dass ein Pfarrer ein solches Geschenk bekommt, in dem kleinen, 1,5 Kilometer westlich von Rewahl gelegenen hinterpommerschen Kirchdorf Hoff, das vor Jahrhunderten neben einem Rittergut entstanden war, tickten jedoch die Uhren anders. Am 2. August 1874 war in der dortigen Kirche der letzte Gottesdienst gefeiert worden. Ein Jahrzehnt später trug

man den Dachstuhl ab und versteigert das Mauerwerk. Einen Teil der Kirchenausstattung, darunter ein prachtvolles spätmittelalterliches Triptychon, übernahm das Camminer Dommuseum. Die besagte Petrus-Figur gelangte schließlich im Jahr 2012 – auch mit Hilfe der Pommerschen Landsmannschaft – ins Pommersche Landesmuseum.

Die in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts etwa zwei Kilometer von der Küste entfernt, mitten im Dorf erbaute, spätgotische Nikolaikirche, deren hölzernen Turm im Jahre 1760 ein Blitzschlag zerstört hatte, war über Jahrhunderte das festgefügte Gotteshaus des Dorfes. Lange Zeit hatte es niemand beunruhigt, dass sich die See dem Ort jährlich etwa zwei Meter näherte. 1730 standen seewärts nur noch zwei Bauernhöfe. Im Jahre 1771 war die Kirche schließlich nur noch zehn Schritte vom 20 Meter hohen Uferab-



Direkt an der Steilküste der Ostsee stehen die viel besuchten Reste der Nikolai-Kirche Hoff, alle Versuche das Gebäude zu erhalten scheiterten



Die Heiligenfigur des Petrus aus Hoff befindet sich im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald

bruch entfernt. Das Domkapitel und der Landrat ordneten daher an, weitere Bestattungen nicht mehr auf dem alten Kirchhof vorzunehmen. Auch die Sorge um die Stabilität des Gotteshauses nahm zu. Man wandte sich daher an den preussischen König Friedrich II. und verwies darauf, dass man möglicherweise die Kirche

in Kürze abbrechen und an einem anderen Orte wieder aufbauen müsste, obwohl sie eins der ältesten und besten Gebäude in Pommern sei. Friedrich der Große lehnte jedoch das Ersuchen nach einer landesweiten Kollekte ab.

Ein Jahrhundert später ereilte die Kirche ihr Schicksal. Schwere Stürme in den Jahren um 1850 ließen den Abstand zwischen dem Abgrund und der Kirche auf wenige Fuß schrumpfen. Die Summe von 22.000 Talern für einen steinernen Schutzwall vermochte jedoch niemand aufzubringen. Im Jahre 1900 stürzte die Nordwestecke ab, 1901 die gesamte Nordwand. Nach und nach verschwanden immer größere Teile des Bauwerkes in der Tiefe. Heute existiert nur noch ein Teil der Südwand mit drei Bögen.

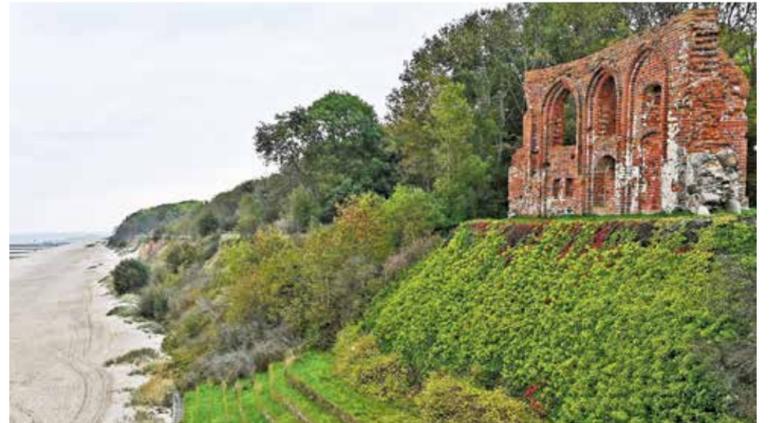
Nachdem man die alte Kirche aufgegeben hatte, entstand um 1880 in 200 Metern Entfernung eine neue Dorfkirche, die

den prächtigen Altar der verfallenen Kirche erhielt. Sie war im Krieg beschädigt worden, wurde jedoch mittlerweile restauriert.

Seit 2004 verhindern massive Schutzbauten das weitere Abrutschen der weiterhin bekannten Kirchenruine, die heute die Touristen-Attraktion des Ortes bildet. 2009 wurde neben der Ruine eine zehn Meter hohe Stahlbrücke errichtet, die als Aussichtsplattform und Strandzugang dient.

Lyonel Feininger inspirierte die Ruine von Hoff, die für Pommern ein wichtiges Denkmal ist, zu etwa 30 Zeichnungen, Aquarellen und Gemälden.

● **Info** Das MoMA (The Museum of Modern Art) in New York hat die Motive der Feininger Hoff-Ausstellung von 1967 online gestellt. www.moma.org/#Feininger, The Ruin by the Sea



Küstenschutz zur Sicherung der Ruine, im Jahr 2004 gebaut. Daneben gibt es eine zehn Meter hohe Aussichtsplattform mit Treppe zum Strand

HEIMATTREFFEN

Heimatkreis Belgard-Schivelbeiner trafen sich in Celle

Welcher Kitt ist es, der die Menschen verbindet?

Unser Heimattreffen 2021 fand vom 17. bis 19. September in Celle statt. Daran nahmen 60 Personen teil, Alte, aber auch zahlreich Jüngere der schon in Mittel- und Westdeutschland Geborenen.

Der Außenstehende mag sich fragen, welcher Kitt es ist, der da verbindet? Menschen, die nur alle zwei Jahre die Möglichkeit haben, sich zu treffen, und obgleich viele sich nicht kennen, dennoch zueinander finden und Heimatliebe zu teilen vermögen. Die Antwort gibt vielleicht die Erklärung einer jüngeren Teilnehmerin, die erstmals das Treffen besuchte: Ihre Eltern hätten alle Treffen besucht und seien so erfreut, bewegt und erfüllt gewesen; sie, die Teilnehmerin, habe sich damals nichts daraus gemacht, heute indessen spüre sie die Tiefe der Empfindung ihrer Eltern, es werde ihr bewusst, was ihren Eltern diese Treffen bedeutet hätten. Und jetzt wolle auch sie dabei sein. Und nicht nur das, sie erklärte ihre Mitarbeit im Historischen Verein. Das ist ein gütiges hoffnungsvolles Zeichen des Fortbestands unserer Vereinigungen, auch wenn wir wünschten, dass es sehr viel mehr der jüngeren Generation sein möge, die diesen Schritt gehen.

Zu Freitag, den 17. September, hatte unser Historischer Verein eingeladen. Die üblichen Formalitäten, Feststellungen und Beschlüsse waren zu fassen. Was die Jahreshauptversammlung heraus hob, war die Neuwahl des Vereinsvorstands. Manfred Pleger gab das Ehrenamt des Vorsit-

zenden auf, dafür übernahm Tino Runge den Vorsitz. Und ihm, der künftig die Arbeitslast und die Verantwortung tragen wird, war es freigestellt, die weiteren Vorstandsmitglieder zu benennen. Mit Ausnahme des verdienten Kassenverwalters Kurt Espe, der übergangsweise für zwei weitere Jahre das Amt ausüben wird, wurden alle Vorstandsmitglieder neu berufen; wie alle Beschlüsse, so erfolgte auch die Wahl einstimmig.

Geklärt werden konnte die Frage, wo die Gegenstände des musealen Teils unserer Heimattube bleiben sollten. Dabei überlag bei allen Überlegungen das Vermächtnis unserer Großeltern und Eltern, die die Gegenstände gerettet haben und im Heimatarchiv in der Erinnerung an Pommern verwahrt wissen wollten. Da sich bisher keinerlei befriedigende Lösung bot, mussten wir uns für eine Interimslösung entscheiden: Zwei Heimatfreunde übernahmen die Gegenstände auf der Grundlage eines Verwahrungsvertrages: Manfred Venzke und Elfi Ebinger übernahmen in ihr Privatmuseum den größten Teil, Sigrun Gohrbandt einen weiteren Teil, insbesondere die Skulpturen von Joachim Utech aus Belgard und die Web-, Häkel- und Stricksachen.

Am Sonnabend, den 18. September, feierten wir mit der Festveranstaltung im Neuen Kreistagssaal den Höhepunkt unseres Treffens. Begrüßt werden konnten auch Vertreter zweier befreundeter pom-



Kranzniederlegung an der Erinnerungsstätte in den Trifftanlagen: Manfred Pleger; der neue Vorsitzende Tino Runge; der zuständige Dezernent und Landrat Klaus Wiswe (v.l.)

merscher Heimatkreise. Ernst Schröder, Oberst a. D. der Bundeswehr, Sprecher der Stadtgemeinschaft der Hansestadt Kolberg, und Erwin Krüger, Sprecher der Virchow- und Kreis Dramburger.

Ansprachen der Anteilnahme, Nachdenklichkeit und zugleich der Fröhlichkeit ließen keine Wünsche offen. Ein besonders herzlicher Dank galt dem Patenkreis, der maßgeblich zum Gelingen der Feier und zum gesamten Treffen beigetragen hat.

Pastor Mehnert stellte das Herz für das Verhalten und die Liebe des Men-

schens in den Mittelpunkt seiner Gedanken und Wünsche. Er gestaltete auch das Gedenken an der Erinnerungsstätte in den Trifftanlagen. Patenkreis und Heimatkreis legten ihre Kränze nieder; unser Kranz war geschmückt mit blau-weißen Blumen und einer Schleife ebenfalls in den Pommernfarben und der Aufschrift auf dem Zweiteil „treuer Liebe Klang“. Der Patenkreis hatte auf seiner Schleife die Zeilen des Pommernliedes „Wenn in stiller Stunde“ gewählt. Die Feierstunde wurde gesanglich umrahmt vom „Volkschor Thalia e.V.“.

Der Nachmittag verlief in einmütiger Harmonie, anregend und bewegend. Bedacht war auch das menschliche Wohl und der Genuss gemäß dem Motto „Äte u Drinken heelt Lief u Seel toop“.

Und es fehlte nicht der Spaß, wir haben viel gelacht über die Döntjes, die das pommersche Original, unser Heimatfreund Erwin Krüger aus Virchow, zum Besten gab. Eine Flasche „Schieß lot em“ tat dabei das ihre. Erwin war zwar ohne seine Drehorgel gekommen, gleichwohl bot sein Auftritt helle Heiterkeit.

Eine Teilnehmerin konnte sich bei dem Treffen selbst noch später des Lachens nicht enthalten und erzählte, zum Besten gab. Eine Flasche „Schieß lot em“ tat dabei das ihre. Erwin war zwar ohne seine Drehorgel gekommen, gleichwohl bot sein Auftritt helle Heiterkeit.

Am Sonntag machten wir mit 24 Teilnehmern einen Ausflug nach Lüneburg ins Ostpreußische Landesmuseum und ließen uns einführen in „Ostpreußen und seine dramatische Geschichte“. Nun, dies konnte – selbst, da geführt – nur ein Einblick sein, und so bemerkte ein Teilnehmer zutreffend, man müsse sich dafür einen ganzen Tag nehmen.

Ein schönes Wochenende bei strahlendem Spätsommerwetter im Patenkreis Landkreis Celle ging zu Ende, an das die Teilnehmer gerne zurückdenken werden.

Manfred Pleger

„Habt doch einmal ein Herz für Armin Laschet!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Herzlichen Dank für diese äußerst informative Nachricht“

Pjotr Wesselyivanowitsch, Pucking/Österreich
zum Thema: EZB befürwortet noch höhere Preisanstiege (Nr. 40)



Ausgabe Nr. 40

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

AUFBLÜHENDES SCHNEIDEMÜHL ZU: SOMMERREISE DURCH HINTERPOMMERN – STATION SCHNEIDEMÜHL (NR. 38)

Seit meiner Wahl als Kulturreferent des Heimatkreises Schneidemühl e.V. von 2005 bis 2019, HK-Vorsitzender von 2011 bis 2015, Chefredakteur des Schneidemühler Heimatbriefes von 2013 bis 2017 und Schatzmeister von 2014 bis 2016, habe ich im Heimatbrief, aber auch in „Die Pommersche Zeitung“, viele Berichte publiziert. Nachdem Letztere nach 67 Jahrgängen ihren Vertrieb einstellen musste, bin ich den ostpreußischen Heimatfreunden sehr dankbar, dass unsere *Preußische Allgemeine* mit einer Pommernseite die gemeinsame Erinnerung an die Ostgebiete Deutschlands aufrechterhält.

Sehr kritisch habe ich die Bemühungen der polnischen Stadtregierungen zur Erhaltung von Resten Schneidemühls, zum Beispiel eines Viertels der ehemals großartigen Post am Wilhelmsplatz, aber auch zum Neuaufbau der jetzt polnischen Stadt Pila beobachtet.

Zur Inauguration des Stadtpräsidenten von Pila, Dr. Piotr Glowski, am 6. Dezember 2010 im Theater am Danziger Platz (Plaza Staszica) waren der damalige langjährige Vorsitzende des Heimatkreises Schneidemühl, Johannes Schreiber, und ich eingeladen. Nach überzeugenden Wiederwahlen blieb Piotr Glowski weiter in der Verantwortung für die Stadt und überzeugte durch eine beispielhafte wirtschaftliche, kulturelle, sportliche, aber ebenso imposante bauliche Entwicklung der Stadtmetropole im Westen Polens. Dies hatte die Autorin Kleszczewski mit ihrem aktuellen Bericht anschaulich dargestellt.

Der Stadtpräsident und ich als Vertreter des deutschen Schneidemühls wurden Freunde. So wurde mir die Ehre zuteil, auf der Jubiläumsfeier am 4. März 2013 zum 500. Gründungstag vor der Festversammlung in dem bei der Eroberung nicht zerstörten großartigen Theatersaal zu sprechen. Die Geschichte der Stadt habe ich von den Anfängen mit Snyderemole bis zum

Wiederaufbau durch die Polen in 13 illustrierten Zeittafeln im Kontext zur Europäischen Geschichte im Schneidemühler Heimatbrief (8. Jg., 5. Ausgabe, September/Oktober 2013) beschrieben.

Neben dem berühmten Sohn Schneidemühls, Dr. Carl Friedrich Goerdeler, sollte unbedingt ein weiterer, General Wolfgang Altenburg, gewürdigt werden.

In der kritischen Situation in der Zeit um den Mauerfall am 9. November 1989 war es der amtierende deutsche NATO-General der Europäischen Union, Wolfgang Altenburg, der selber mit seinem Flugzeug mehrfach zu Geheimverhandlungen mit Michael Gorbatschow nach Moskau flog. Ein drohender Weltkrieg wurde verhindert!

Mit einem „Handversprechen“ besiegelten beide: „Wir lassen unsere Soldaten und Panzer in den Kasernen!“ Sollen es die DDR-Bürger selbst zu Ende bringen, war die Meinung des sowjetischen Generalsekretärs. Dies berichtete mir der General bei meinem Besuch des NATO-See-Flugplatzes Nordholz im Cockpit seiner Maschine. Es war nicht vertraulich und sollte für die Heimatvertriebenen aus dem Osten publiziert werden.

Über die Ereignisse Schneidemühls im 20. Jahrhundert, ab 1938 die Hauptstadt des Regierungsbezirks Grenzmark-Posen Westpreußen, gäbe es noch viel zu berichten. Prof. Paul E. Nowacki, Wetztenberg

EIN DAUERHAFTES MÄRCHEN

ZU: WEG DAMIT! (NR. 40)

Mit der Kolumne erscheint in der PAZ erneut das Märchen von der Ermordung Ernst Thälmanns durch die Nazis. Nach den PAZ-Artikeln „Roter Klotz zerfällt“ vom 26. November 2018 und „Stalinhörig – Vor 75 Jahren ermordete das NS-Regime den KPD-Politiker Ernst Thälmann“ vom 16. August 2019 wurde mit Leserbriefen von mir vom 18. Januar und 30. August sowie dem Leserbrief von Henrik Schulze aus Jüterbog vom 27. September 2019 diesem NS-Mordmärchen widersprochen, weil die Ehefrau des ehemaligen SPD-

Führers und Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid die Ermordung Ernst Thälmanns durch anglo-amerikanische Bomberpiloten während der Bombenangriffe auf die Gustloff-Werke II in Buchenwald hautnah miterlebte und bezeugte.

Den einstigen Forderungen der Jungliberalen sowie den Wünschen des Kommunisten Sören Benn und der örtlichen SPD sowie der Volkstümlichkeit des Kolumnisten in der DDR kann dahingehend abgeholfen werden, dass das Thälmann-Denkmal in Berlin-Mitte saniert wird und zusätzlich zwei weitere klärende Tafeln installiert werden, von denen die eine beinhaltet, dass Ernst Thälmann durch einen anglo-amerikanischen Bombenangriff auf Buchenwald ums Leben kam. Und die zweite sollte das Zitat von Ernst Thälmann zieren: „Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehere, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation.“ Ingo Schewiola, Hamm

AN DER NASE HERUMGEFÜHRT

ZU: DIE STUNDE NULL DER DEUTSCHEN CHRISTDEMOKRATEN (NR. 39)

Mensch Meier, rauft euch doch endlich zusammen, ihr habt doch die Bundestagswahl für euch entschieden, ihr seid Meister (SPD) und Vize (Union). Wählt endlich Olaf Scholz zum Bundeskanzler und schickt den Armin Laschet zurück nach Düsseldorf.

Auch so könnte ein „reziproker Neustart“ aussehen, und der Wählerwille könnte wenigstens ansatzweise erfüllt werden. Lasst euch nicht länger von solchen „Möchtegern-Mitregierungs-Youngstern“, wie von der FDP und den Grünen, an der Nase herumführen.

Diese „Anti-Helden“ haben sich lange genug ausgetobt. Zurück mit ihnen auf die Oppositionsbank, denn nur dort gehören sie wahrlich hin. Habt doch auch einmal ein Herz für Armin Laschet!

Riggi Schwarz, Büchenbach

UNSER STAATSKAPITALISMUS

ZU: SCHWARZER PETER GESUCHT (NR. 40)

Es wundert einen eigentlich, dass in Deutschland überhaupt noch etwas funktioniert. Wo man hinsieht, delegiert der Staat hinein. Das gilt insbesondere für den Energiemarkt, der nur noch aus einem Wirrwarr aus Verordnungen, Steuern und Abgaben zu bestehen scheint. Gerade hier muss jede Art von Lernfähigkeit abhandengekommen sein, sonst hätte man ja aus dem Irrsinn der Atomsubventionen der letzten 60 Jahre und ihren astronomischen Dimensionen die Schlüsse ziehen müssen. Daran wird auch das absehbare Herumdoktern an der EEG-Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz nicht wirklich etwas ändern.

Fazit: Dieses Land ist längst in den Staatskapitalismus nach chinesischem Vorbild abgeglitten, was ja nicht zuletzt am EZB-geschädigten Kapitalmarkt – Stichwörter „Minuszinsen“ und „Anleihekäufe“ – und den daraus resultierenden Marktmanipulationen erkennbar ist.

Wikipedia definiert den Staatskapitalismus übrigens wie folgt: Der Begriff des Staatskapitalismus beschreibt ein ökonomisches System, in dem Grundzüge des Kapitalismus, wie Lohnarbeit und Gewinnmaximierung, mit staatlicher Wirtschaftssteuerung und Staatseigentum an Unternehmen kombiniert werden. Und genauso sieht die Bundesrepublik nach 16 Jahren Merkel & Co. aus. Dem ist nichts hinzuzufügen. Claus Reis, Schwabach

WILHELM I. KAM ERST SPÄTER

ZU: DIE RESIDENZ DES „WILDEN MARKGRAFEN“ (NR. 36)

Im Beitrag heißt es, dass 1729 eine 14-jährige Tochter von König Wilhelm I. mit dem „Wilden Markgrafen“ Carl Wilhelm Friedrich verheiratet wird. Wilhelm I. kann es aber nicht gewesen sein. Der war erst 100 Jahre später. Sie war die Tochter von Friedrich Wilhelm I.

Dr. Rolf-Dieter Strittmatter, Hirschberg

ANZEIGE

Ihr Praxisratgeber zum Thema Auswandern:

• Richtig planen • Systematisch vorgehen • Fehler und Enttäuschungen vermeiden • Steuern sparen • Ortsunabhängige Einkommensquellen sichern

Exklusiv:
Die besten Länder für Ihr Leben in Freiheit!



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

■ Hohe Steuern, sinnlose Vorschriften, Orwell'sche Überwachung und bürokratische Behörden: Immer mehr Menschen flüchten aus Deutschland.

Holen Sie sich jetzt die Kontrolle über Ihr Leben zurück

Gefällt auch Ihnen der Gedanke, sich nicht länger von Politikern, die Sie mit Ihren Steuergeldern finanzieren, herumkommandieren und ausnehmen zu lassen? Dann sollten Sie unbedingt dieses Buch lesen! Norbert Bartl, einer der tiefsten Auswanderungsexperten, gibt wertvolle Ratschläge, wie Sie sich ein neues Leben im Ausland Schritt für Schritt und leicht nachvollziehbar aufbauen können.

Die besten Tipps für ein freies und besseres Leben im Ausland!

Erfahren Sie, wie Sie Ihre Abreise in 12 Schritten richtig vorbereiten • warum Sie nur so wenig wie möglich mit ins Ausland nehmen sollten • wie Sie sich vom deutschen Finanzamt für immer verabschieden

• wie Sie in keinem Land der Welt jemals wieder steuerpflichtig werden • weshalb Sie sich im Ausland nie einen Job suchen sollten • wie Sie im Ausland zu guten und preiswerten Immobilien kommen • was Sie beim Auswandern mit Kindern unbedingt beachten sollten • wie der optimale Firmensitz im Ausland aussieht • wie Sie im Ausland problemlos Geld verdienen können • wie Sie preiswert zu einem Zweitpass kommen • was Sie unbedingt tun sollten, wenn Sie im neuen Leben angekommen sind • wie Sie Ihre finanzielle Freiheit im Ausland erlangen.

Norbert Bartl erklärt anschaulich und spannend, wie Sie das Auswandern vorbereiten, durchführen und was Sie im neuen Land alles beachten müssen. Er gibt unschätzbare Ratschläge, wie Sie Ihr Einkommen im Ausland verdoppeln, ohne dass Sie dafür mehr arbeiten müssen. Viele hilfreiche Checklisten machen das Buch noch wertvoller!

Norbert Bartl: Richtig Auswandern und besser leben • gebunden • 352 Seiten • Best.-Nr. 984 600 • 22,99 €



INGENIEURSKUNST

Wunder der Lüfte

Technologie Made in Germany – Die weltweit ersten serienmäßig gebauten Hubschrauber kamen aus der Gegend von Bremen

VON NILS ASCHENBECK

In der kleinen Ortschaft Hoykenkamp bei Delmenhorst, an der Bahnlinie zwischen Bremen und Oldenburg gelegen, wurde Geschichte geschrieben. In einer ehemaligen Margarinefabrik wurden ab 1941 die ersten Hubschrauber der Welt in Serie gefertigt.

Der Bremer Flugpionier und Flugzeugbauer Henrich Focke (1890–1979) sowie der Kunstflieger und Testpilot Gerd Achgelis (1908–1991) übernahmen im Frühjahr 1937 die Gebäude der ehemaligen Delmenhorster Margarinefabrik, um hier ihren Traum vom Fliegen zu verwirklichen. Focke hatte bereits von 1932 bis 1936 in Bremen den ersten funktionstüchtigen Hubschrauber, die Focke-Wulf 61, konstruiert. Mit der Fw61 begann ein neuer Abschnitt der Luftfahrtgeschichte. Die Fw61-Probeflüge brachen alle Rekorde, die mit kaum flugtauglichen Drehflüglern damals schon aufgestellt waren.

Im Jahr 1936 wurde die Fw61 in der Deutschlandhalle der Weltöffentlichkeit präsentiert. Die Testpilotin Hanna Reitsch flog die Maschine insgesamt 18 Mal vor vollbesetzten Rängen. Schnell wurde überlegt, die Fw61 – eine reine Versuchsmaschine – zu einem kriegstauglichen Lastenhubschrauber weiterzuentwickeln. Um diesen Plan zu verwirklichen, gründete Focke zusammen mit Achgelis, der 1934 und 1936 den Titel des Kunstflugweltmeisters in den USA errungen hatte, die Firma „Focke, Achgelis & Co.“. In den alten Hallen der Margarinefabrik, die verkehrsgünstig an der Bahnlinie lagen, wurden die Arbeiten aufgenommen.

Zum ersten Schwebeflug über Hoykenkamp Wiesenland startete der Focke-Achgelis-Hubschrauber FA 223 am 8. März 1940. Schon wenige Wochen später folgte ein längerer Erprobungsflug. 1941 erhielt Focke & Achgelis vom Reichsluftfahrtministerium den Auftrag, die



Revolutionäre Technik: Modell einer FA 223 mit für die heutige Drohnen-Technologie wegweisenden seitlichen Rotoren Foto: pa

FA 223 in Serie zu fertigen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Luftfahrt hatte ein Hubschrauber das Versuchsstadium hinter sich gelassen, wobei zu erwähnen ist, dass vom Ingenieur Anton Flettner im südhessischen Eddersheim mit dem „Kolibri“ eine parallele Entwicklung eines kleineren Hubschraubers erfolgte.

Rettingsflüge aus besetztem Gebiet

Die FA 223 sollte noch im Krieg in großer Zahl zum Einsatz kommen. Um den staatlichen Auftrag bewältigen zu können, ließen Focke & Achgelis auf dem Fabrikareal zwei freitragende 50 mal 100 Meter große Hallen errichten. Eine angrenzende Wie-

se wurde als Flugplatz hergerichtet. Die eigentlichen Erprobungsflüge fanden jedoch auf dem neu gebauten Militärflughafen in Delmenhorst-Adelheide statt.

Auch ein Verwaltungsgebäude wurde damals in Hoykenkamp errichtet. Der viergeschossige neoklassizistische Ziegelaufbau, noch 1941 fertiggestellt, ist teilweise im Original erhalten geblieben. Schmiedeeiserne Gitter und zeittypische Kandelaber schmücken die Fassade. Eine von Rundbögen abgeschlossene Pfeilerreihe markiert den Eingang. Über eine breite Freitreppen gelangt man in das Treppenhäuser. Ziegelpfeiler kontrastieren hier mit den Putzflächen der Wände.

Dort, wo das Gebäude an die Fläche grenzt, die einst als Flugplatz genutzt wurde, ermöglicht ein turmartiger Aufbau die Beobachtung des Flugesgeschehens. Hier oben saßen Achgelis und Focke, wenn sich Testpilot Bode mit einem Hubschrauber in die Luft erhob.

1942 und 1943 wurde das Werk von britischen Bombern angegriffen und schwer beschädigt. Das vierte Stockwerk des Verwaltungsgebäudes brannte aus, das Stockwerk musste anschließend abgetragen werden. Auch einige Werkshallen wurden beschädigt. Die ersten zehn FA-223-Hubschrauber o-Serie, die fertig montiert in der Halle standen, verbrannten.

Sofort nach den ersten Angriffen wurde die Produktion in das württembergische Laupheim nahe Ulm verlegt. Dort wurde dann bis Kriegsende weiter produziert. Nur wenige Focke-Achgelis-Hubschrauber, die 213 Kilometer pro Stunde schnell und 7100 Meter hoch fliegen konnten, wurden allerdings tatsächlich in Betrieb genommen, insgesamt sollen es kaum 20 gewesen sein.

Über abenteuerliche Rettungseinsätze des Leutnants Gerstenhauer mit der Fa 223, die er 1945 in von Russen besetztes deutsches Gebiet flog, sind manche Berichte zu finden. Selbst mehrere hundert Kilometer am Stück ließen sich mit der Maschine zurücklegen.

Die Delmenhorst-Hoykenkamper Bauten der Hubschrauberfabrik wurden noch im Krieg von der „Weserflug“, einer Tochter der „Deutschen Schiff- und Maschinenbau AG“ (DESCHIMAG), übernommen. Die Weserflug unterhielt damals bereits in Lemwerder an der Weser und in einer vormaligen Delmenhorster Linoleumfabrik Produktionsstätten. Nach dem Krieg wurden die beiden freitragenden Hoykenkamper Flugzeughallen mitsamt der technischen Ausstattung von den Alliierten demontiert.

Als in den 1950er Jahren die Alliierten den deutschen Flugzeugbau freigaben, übernahm die Weserflug, die noch immer bestand, die ehemaligen Liegenschaften. Hubschrauber allerdings wurden in Hoykenkamp nicht mehr gebaut. Nachfolgesellschaft der Weserflug wurde die „MBB Hub- und Fördertechnik“, deren Hallen an der Fockestraße 2007 von der österreichischen Palfinger GmbH übernommen wurde.

Zwei aus Ersatzteilen zusammengesetzte FA 223 wurden nach dem Krieg in der damaligen Tschechoslowakei in Dienst gestellt. In Frankreich bildete eine FA 223 die Basis einer eigenen Hubschrauberentwicklung.

MOTORRAD-DESIGN

Aus dem Sudetenland kamen die Längsten

Über drei Meter lang sind die Böhmerland-Motorräder – aber dafür nicht sehr kurvenschnittig

Es gilt als das bis heute längste Serienmotorrad der Welt: die von dem Automechaniker und Fabrikanten Albin Hugo Liebisch (1868–1965) entwickelte und im böhmischen Schönlinde von 1925 bis 1939 gebaute Böhmerland, die an tschechische Kunden als „Čechie“ ausgeliefert wurde. Von den damals gebauten Maschinen existieren noch zirka 75, davon ein guter Teil in Museen beziehungsweise bei Sammlern in Tschechien. In Schönlinde [Krásná Lípa] findet – zu normalen Zeiten – jährlich im August ein großes Böhmerland-Treffen statt.

Der Böhmerland-Schöpfer Liebisch hatte das Fahrradmechaniker-Handwerk im nordböhmischen Warnsdorf erlernt. Im Ersten Weltkrieg wurde er in Russland verwundet und arbeitete von 1916 bis 1919 als Werkmeister für Kraftfahrzeugbau in Nesselsdorf (Kreis Neutitschein) bei den späteren Tatra-Werken.

Um 1920 fand der Motorradkonstrukteur Beschäftigung und Förderung in Schönlinde (Kreis Rumburg) durch Alfred Hielle, den Verwaltungsleiter der Firma Hielle & Dittrich. Hier konstruierte Liebisch 1922 den ersten Liebisch-Motor und den typischen überlangen Motorradrahmen. Drei Jahre später gründete er in Schönlinde sein Böhmerland-Motoren-

werk, 1931 übersiedelte er mit der Firma ins nahe Kunnersdorf.

Der Motor (Einzyylinder-Viertakt) mit einem Hubraum von 600 Kubikzentimeter leistete 16 und später 25 PS. 1937 kam ein „Volkmodell“ mit 350 Kubikzentimetern, Zweitakt und zwölf PS auf den Markt. Der lange Rahmen bildete die Basis für ein fast alle Dimensionen sprengendes Motorrad: Bis zu 3,17 Meter misst

die Böhmerland. Der lange Radstand (2,23 Meter) bringt Platz für einen zweiseitigen Sattel, hinter dem ein dritter Sitz angebracht werden kann. Mit Beiwagen kann die Böhmerland/Čechie locker fünf Personen transportieren.

Böhmerland jetzt auch mit E-Motor

Das ungewöhnliche Motorrad wartet noch mit weiteren Besonderheiten auf:

Bei den ersten Modellen vermisst man den Tank, die Kraftstoffbehälter sind rechts und links neben dem Hinterrad angebracht. Man hatte dadurch freien Blick auf die Ventil-Kipphebel des Motors, die sich zwischen den Knien des Fahrers befanden. Bei späteren Varianten wurde ein Pseudo-Tank angebaut. Zu erwähnen sind die gegossenen Aluminium-Scheibenräder. Einen Blickfang bildet ferner die nicht alltägliche Vorderradgabel mit guten Federqualitäten – ebenso den schlechten Straßen geschuldet.

Die fünf zwischen 1925 und 1939 gebauten Modelle variieren geringfügig in der Länge, es gab auch ein Kurzmodell für nur zwei und eine Langversion für vier Personen, letztere für militärische Zwecke. Außerdem wurde eine Rennversion angefertigt, die 160 Kilometer die Stunde schnell sein sollte. Die „Normal-Version“ schaffte etwa 95 Stundenkilometer.

Im Jahr 1939 musste wegen der Umstellung der Wirtschaft auf Kriegszwecke die Motorradproduktion eingestellt werden. 80 Jahre später gibt es neue Motorräder dieses Namens. Unter dem Namen „Böhmerland 21“ fertigt Peter Knobloch im Nordosten Tschechiens in kleiner Serie Custombikes mit Elektro- als auch Verbrennungsmotoren. Markus Bauer



Langer Lulatsch: Eine Böhmerland im Sudetendeutschen Museum von München

HUMBOLDT-FORUM

Im Baret über Berlin blicken

Seit dem 16. Oktober können Besucher des Humboldt-Forums ein weiteres Glanzlicht entdecken: die neue Dachterrasse mit einmaligen Ausblicken auf die Stadt in alle vier Himmelsrichtungen. Seit diesem Tag ist auch das Dachrestaurant Baret geöffnet, das Mittagstisch, Kaffee und Kuchen sowie Abendessen anbietet.

In rund 30 Metern Höhe kann man von der Dachterrasse auf die Wahrzeichen Berlins mit Museumsinsel, Brandenburger Tor, Alexanderplatz, Berliner Dom und Marienkirche blicken. Die rund 1800 Quadratmeter große Terrasse ist kostenfrei betretbar und über einen Aufzug vom Erdgeschoss erreichbar. Ab Dezember soll außerdem die Klanginstallation eines nigerianischen Video- und Klangkünstlers auf der Terrasse zu erleben sein.

Das Restaurant Baret ist benannt nach der französischen Naturforscherin und Botanikerin Jeanne Baret (1740–1807). Die Zeitgenossin von Alexander und Wilhelm von Humboldt verkleidete sich als Mann, um als erste Frau um die Welt zu segeln. tws

• Infos zum Restaurant im Internet www.baret.berlin

● FÜR SIE GELESEN

Machtlos
gegen Clans

Abou-Chaker, Miri, Remmo, Al Zein, Saado, Ali Khan, Omeirat, Fahkro, Khodr und so weiter und so fort – die Liste der kriminellen arabischstämmigen Großfamilien, die in der Bundesrepublik residieren und die Menschen hierzulande terrorisieren, wird permanent länger. Gleichzeitig zeigte sich der Staat bisher weitgehend machtlos, weswegen die Clans über seine Gesetze lachen. Für sie gilt nur das archaische Recht des Stärkeren, das die Immigranten aus ihrer Heimat mit nach Deutschland gebracht haben. Über das Treiben der importierten Schwerverbrecher informieren bereits einige Bücher, zu denen nun zusätzlich „Die Macht der Clans“ aus der Feder der beiden „Spiegel TV“-Reporter Thomas Heise und Claas Meyer-Heuer kommt.

Darin schildert das Autorenduo nicht nur, wie die kriminellen Imperien der arabischstämmigen Banden im Einzelnen agieren, sondern geht parallel dazu auch den folgenden brisanten Fragen nach: Wieso konnte der bundesdeutsche Staat derart die Kontrolle verlieren und die Clans überhaupt so mächtig werden lassen? Und mit welchen Mitteln soll er die Situation nun wieder in den Griff bekommen?

Dabei fiel Heiser und Meyer-Heuer die Beantwortung der ersten Frage relativ leicht, weil die Gründe für das Erstarken der Clans geradezu ins Auge springen: Die Politiker haben die Entwicklung zunächst komplett verschlafen und parallel dazu alle Kritiker, die sich gegen die blauäugige Aufnahme von arabischen Kriminellen wandten, als „ausländerfeindlich“ verleumdet und so weitgehend mundtot gemacht.

Die Polizei wiederum wurde von oben ausgebremst und kaputtgespart, wodurch sie den Clans inzwischen schon rein zahlenmäßig unterlegen ist. Gleichzeitig agierte die Justiz höchst zurückhaltend, da die Sicherheitsbehörden nicht genügend Beweise liefern und Zeugen schützen konnten. Und die Sozialindustrie sorgte parallel noch dafür, dass sich ein parasitäres Leben auf Kosten der deutschen Steuerzahler lohnt, während die Migrationslobby immer neue Ströme von „Flüchtlingen“ ins Land lotste, unter die sich nicht nur Terroristen, sondern auch zahlreiche Kriminelle mischten.

Rezepte zur Brechung der Macht der Clans haben Heiser und Meyer-Heuer kaum zu bieten – dafür reichen ihnen zwei Seiten am Ende des Buches. Der Staat brauche auf jeden Fall „Geld. Viel Geld.“ Außerdem solle er die Kriminellen konsequent enteignen und abschieben sowie die Prävention intensivieren. Dem folgt dann das Fazit: „Die Bekämpfung der Clan-Kriminalität muss ein fester Bestandteil der Politik bleiben, trotz Klimawandel und Corona-Krise.“

Tatsächlich wäre es überaus hilfreich, wenn die Polizei in der Zukunft mehr gegen zugewanderte Schwerverbrecher vorgehen würde als gegen Menschen, die angeblich gegen eine der vielen unsinnigen oder unwirksamen Corona-Regeln verstoßen haben.

Wolfgang Kaufmann

Thomas Heise/Claas Meyer-Heuer:



„Die Macht der Clans. Arabische Großfamilien und ihre kriminellen Imperien“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2020, gebunden, 343 Seiten, 20 Euro

UMWELTBEWUSSTSEIN



Nützliches aus der Natur

Silke Rothenburger-Zerrer zeigt, wie sich aus wenig Zutaten Kosmetik, Putzmittel und Gartendünger, aber auch kleine Geschenke aus Resten herstellen lassen

FOTO: SHUTTERSTOCK

Klimaneutral soll die Zukunft sein, und so ist es nicht verwunderlich, dass Silke Rothenburger-Zerrer sich in ihrem Ratgeber „Natürlich & nachhaltig“ der Gendersprache bedient, was nicht eben zur guten Lesbarkeit

beiträgt. Dennoch hält sie viele nützliche Tipps bereit, wie sich mit wenig Aufwand aus Wegwerfartikeln des Haushalts noch etwas Brauchbares und Ressourcenschützendes herstellen lässt.

MRK

Silke Rothenburger-Zerrer: „Natürlich & nachhaltig. Einfache Projekte für mehr Nachhaltigkeit im Haus und Garten“, Thorbecke Verlag, Ostfildern 2021, gebunden, 121 Seiten, 24 Euro

AUTOBIOGRAPHIE

Ein Mann, der seine
Ideale nie aufgab

Erst vor Kurzem entdeckte der Sohn des jüdischen Verlegers Josef Melzer das Manuskript der bewegenden Lebensgeschichte seines Vaters

VON DIRK KLOSE

Wieder einer dieser Lebensläufe, die sich im chaotischen 20. Jahrhundert millionenfach ereigneten und faszinierend wie beklemmend sind. Der in einem jüdischen Shtetl in Galizien geborene Verleger Josef Melzer (1907–1984) hat in seinem bewegten Leben Höhen und Tiefen in extremem Maße erfahren. Seine Erinnerungen hat er, schon todkrank, in fiebriger Eile geschrieben. Sein Sohn Abraham fand erst kürzlich das Manuskript und hat es nach mühsamer Transkription unter dem Titel „Ich habe neuen Leben gelebt“ veröffentlicht.

Es ist das typische Auf und Ab eines letztlich wohl heimatlos gebliebenen Menschen: Eine unbeschwerte Kindheit, die der Erste Weltkrieg jäh beendet. Arm und ohne richtige Schulbildung erfolgt die Fahrt nach Berlin, wo sich der junge Mann mit Geschick und vielleicht schon damals durch seine Liebe zu Büchern gerettet über Wasser hält. 1933 erfolgt die fluchtartige Abreise nach Palästina. Mit dem vorherrschenden Zionismus kann er sich so gar nicht anfreunden, weshalb er nach Paris ausweicht („die glücklichste Zeit meines Lebens“), wo er ein florierendes Buchgeschäft betreibt. Zufällig in Polen, überrascht ihn der Zweite Weltkrieg („ich saß in der Falle“). Er flieht in die Sowjetunion, die ihn als deutschen Spion verhaftet und in den Gulag nach Sibirien schickt. Später wird die Verurteilung durch eine Haft im usbekischen Samarkand abgelöst. Mehr-

fach den Tod vor Augen, kann er 1948 in den jungen Staat Israel emigrieren, wo er aber wieder nicht heimisch wird, weshalb er 1958 in die Bundesrepublik kommt.

Erst in Köln, dann in Darmstadt, gründet er den nach ihm benannten Verlag, der sich auf Judaica und später dezent erotische Literatur spezialisiert. Trotz teilweise großer literarischer Erfolge reüssiert das Unternehmen letztlich nicht. 1971 muss Melzer Konkurs anmelden (eine Neugründung endet endgültig im Jahr 2012).

Es ist der Lebensweg eines tapferen, seine Ideale nie aufgebenden Mannes, der gegenüber Israel sogar kritischer als gegenüber Deutschland war. Den Zionismus – „eine Abkehr vom wahren Judentum“ – geißelt er als aggressiv und autoritär, ja als „faschistischen Irrweg“. Der Leser zittert mit, ob er die Hölle des sibirischen Gulag aushält, und er empfindet mit ihm Genugtuung, als es gelingt, so prominente Autoren wie Leo Baeck, Charles Bukowski und vor allem Martin Buber zu verlegen.

Am Ende scheidet Melzer aus der Welt mit großer Skepsis: „Vermutlich wird die Spezies Mensch noch einen langen Weg bis zur wahren Menschwerdung zurückzulegen haben.“



Josef Melzer: „Ich habe neues Leben gelebt. Ein jüdisches Leben im 20. Jahrhundert“, Westend Verlag, Frankfurt/M. 2021, gebunden, 336 Seiten, 24 Euro

KRIMI

Obduktion führt auf
die Spur des Täters

René Anours Roman zeichnet den steinigen Weg einer Ärztin zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach, die einen feinen Spürsinn für Verbrechen hat

VON ANGELA SELKE

Im Wien des Jahres 1908 ist es für Frauen äußerst schwierig, berufstätig zu sein. Zu studieren und im heiratfähigen Alter einer anspruchsvollen Tätigkeit nachzugehen, wird als unangebracht angesehen. Frauen sollten schnell einen Ehemann finden und Kinder bekommen – das war auch die allgemeine Auffassung der Wiener Bevölkerung.

Von dieser Meinung lässt sich die Ärztin Fanny Goldmann in dem Krimi „Die Toten-Ärztin. Wiener Blut“ nicht abhalten, bei der Wiener Gerichtsmedizin zu arbeiten. Sie hat nur mit Mühe einen Aushilfsjob bekommen, denn der Leiter des Instituts hält Frauen generell für hübsches Beiwerk. Besser als nichts, denkt sich Fanny und hilft wissensdurstig bei den Obduktionen. So erhält sie neue wissenschaftliche Informationen und technische Details beim Untersuchen der Leichen. Alle ekelregenden Aspekte wie die stinkenden Körperflüssigkeiten nimmt sie nur als sachliche Tatsachen hin und versucht die Gerichtsmediziner mit ihren Entdeckungen zu unterstützen. Von den Kollegen wird sie wenig ernstgenommen.

Fanny bemerkt bei einem neuen Fall eines scheinbar Obdachlosen, dass es kein natürlicher Todesfall zu sein scheint. Doch die Ärzte und die Polizei wollen der Todesursache nicht weiter auf den Grund gehen. Fanny will wissen, warum der scheinbare Obdachlose unter seinem verschmutzten Mantel ein gepflegtes Äußeres aufweist. Nachts obduziert sie trotz

strengsten Verbots die Leiche. Sie findet heraus, dass das Opfer mit Morphinum getötet worden und nicht an einem Herzinfarkt gestorben ist. Sie hofft, dass ihre Obduktion nicht ans Tageslicht kommt und behält das Ergebnis für sich. Bei dem Toten hatte sie einen Zettel zu einem geheimnisvollen Treffen gefunden. In Fanny erwacht die Abenteuerlust, und sie macht sich auf den Weg zum Treffen. Dort stößt sie auf einen Polizisten mit dem Decknamen „Blaumeise“.

Ein paar Tage später erscheint eine neue Tote mit den gleichen Symptomen, wie Fanny wieder anhand einer heimlichen Untersuchung feststellen kann. Sie wendet sich an den sympathischen Polizisten, denn er scheint mit in die Ermittlungen verwickelt zu sein, und sie machen sich gemeinsam auf, die mysteriösen Mordfälle zu klären. Sie begeben sich dabei in große Gefahr, selbst Opfer des skrupellosen Mörders zu werden.

René Anour schreibt in einem sehr blumigen Stil. Vielleicht soll dies den Zeitgeist und die Art des Denkens der damaligen „Weibsbilder“ zum Ausdruck bringen. Dennoch ist der Roman erfrischend und spannend.



René Anour: „Die Toten-Ärztin. Wiener Blut“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2021, Taschenbuch, 410 Seiten, 12 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
 Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 5035
 Telefax 09 31 / 45 26 5036

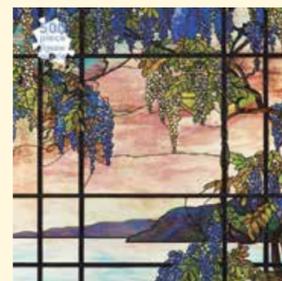
Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb



Stein von Rosetta
 800 Teile Puzzle
 Geschenkkarton
 PA1729 Pappe 24,95 €

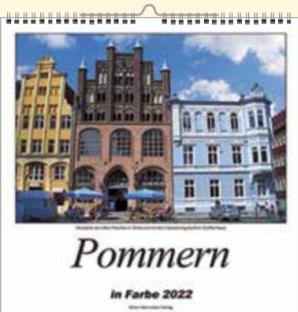
Der Stein von Rosetta, gefunden am Ufer des Mittelmeers, enthält ein Priesterdekret in drei verschiedenen Sprachen. Mit ihm ist es gelungen, die ägyptischen Hieroglyphen zu entziffern. Heute ist er im Britischen Museum zu bewundern. Das Puzzle ist das ideale Weihnachtsgeschenk für geschichtlich interessierte „Puzzler“, die ihn in Ruhe betrachten möchten. Lange Winterabende laden zu der Geduldsarbeit ein, und vielleicht nimmt der Eine oder Andere die Herausforderung an und entziffert gleichzeitig diese altägyptischen Schriften!



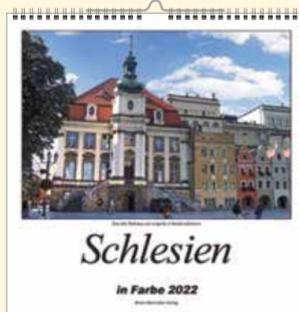
Tiffany-Studio
 500 Teile Puzzle
 Geschenkkarton
 Die bekannten farbenfrohen Glaskarbeiten von Tiffany diesmal als Puzzle für lange Winterabende oder als Weihnachtsgeschenk für „Puzzelleihhaber“.
 PA1730 Pappe 19,95 €



Kalender Ostpreußen in Farbe 2022 (Format 20 x 21 cm)
 Mit 12 farbigen Motiven aus Ostpreußen. Die Rückseiten der Kalenderblätter enthalten Erzählungen, Biografien, Rezepte und Informationen zu Brauchtum in der Provinz. Spiralbindung. Wandkalender.
 Nr. P A1726 Kalender 12,80 €



Kalender Pommern in Farbe 2022 (Format 20 x 21 cm)
 Mit 12 farbigen Motiven aus Pommern. Die Rückseiten der Kalenderblätter enthalten Erzählungen, Biografien, Rezepte und Informationen zu Brauchtum in der Provinz. Spiralbindung. Wandkalender.
 Nr. P A1727 Kalender 12,80 €



Kalender Schlesien in Farbe 2022 (Format 20 x 21 cm)
 Mit 12 farbigen Motiven aus Schlesien. Die Rückseiten der Kalenderblätter enthalten Erzählungen, Biografien, Rezepte und Informationen zu Brauchtum in der Provinz. Spiralbindung. Wandkalender.
 Nr. P A1728 Kalender 12,80 €



Juwelierslupe
 Hochwertige Lupe mit 30-facher Vergrößerung, Metallrahmen. Klein genug, sie in der Hosens- oder Handtasche zu transportieren und schnell und unkompliziert zu benutzen. Einklapbar in eine metallene Schutzhülle. In repräsentativer und gleichzeitig stabiler Geschenkbox verpackt.
 Nr. P A1670 4,99 €



Haff und Schilf
 Das Buch von den Menschen und der Landschaft der Memelmündung
 Mit zahlreichen S/W-Fotos von Dr. Erich Krause.
 (Reprintausgabe) 76 Seiten
 Nr. P A1180 Kartoniert 4,95 €



Deutscher Schulatlas
 Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
 Nr. P 9965 Gebunden 9,99 €

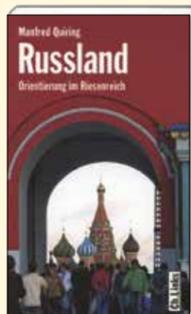
Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlases. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheinens des Atlases im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm. 48 Seiten



Doennigs Kochbuch
 Das ostpreußische Familien-Kochbuch
 Im Jahr 1891 begründeten die Geschwister Doennig in Königsberg eine Kochschule. Sie arbeiteten drei Jahre lang mit solchem Erfolg, dass sie gezwungen waren, wesentlich größere Räume anzumieten, um die stetig wachsende Schülerinnenzahl aufnehmen zu können. Um das zeitraubende Diktieren von Rezepten zu vermeiden, entstand dieses Kochbuch, das als Standardwerk der Kochkunst in alle ostpreußischen Haushalte einzug hielt. Das inzwischen in 43. Auflage erschienene Werk enthält über 1.500 Rezepte. 632 Seiten
 Nr. P 1061 Gebunden 12,99 €



M. Haslinger/Ruth Maria Wagner
 Rezepte aus der guten ostpreußischen Küche
 Von Beetenbarsch bis Schmandschinken
 Mit vielen herzhaften Rezepten aus der ostpreußischen Küche, leckeren Vor- und Hauptspeisen, Backwerk, Marzipan uvm. 162 Seiten
 Nr. P 1009 Gebunden 14,95 €



Manfred Quiring
 Russland
 Orientierung im Riesenreich
 208 Seiten/Kartoniert
 Nr. P A1612 7,95 €

Manfred Quiring, seit über 30 Jahren journalistisch in Moskau tätig, schildert faktenreich, wie sich der Alltag des Riesenreiches in den letzten Jahren rasant gewandelt hat. Er beschreibt den Kontrast zwischen neuem Reichtum und verbreiteter Armut, zwischen Traditionalisten und westlich orientierten Reformern sowie zwischen der Metropole Moskau und der Provinz. Zugleich erklärt er aber auch, was man die „russische Seele“ nennt, welche Rolle der Wodka im Zusammenhang mit Gastfreundschaft spielt und warum die russischen Frauen als die schönsten gelten. Anhand der reichen Anekdotenkultur des Landes macht er manches verständlich, was auf den ersten Blick eher Kopfschütteln auslöst. Seine Tipps und Erklärungen helfen all jenen, die das Land bereisen oder einfach besser verstehen wollen.

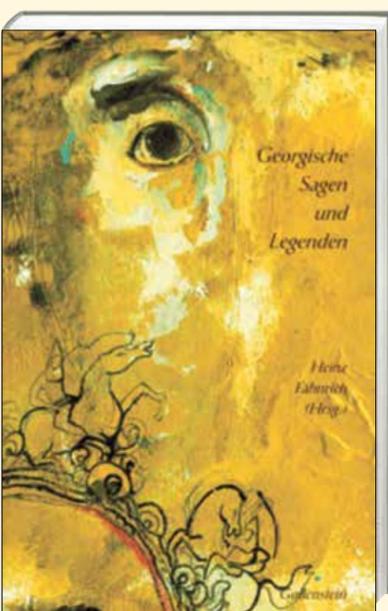


Joachim Scholz
 Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg 1933-1945
 Schicksal einer Generation
 30 farbige Abbildungen.
 256 Seiten/Gebunden
 Nr. P 533142 14,95 €

War es wirklich so? Wie konnte es so weit kommen? Diese Fragen wurden Joachim Scholz nach entsprechenden Fernseh-, Radio- oder Zeitungsberichten von seinen Kindern immer wieder gestellt. Sein Bericht beginnt am 1. September 1939 in Danzig, als er vom Kanonendonner der Schiffsartillerie geweckt wird und endet am 9. Mai 1945, als er nach den schweren Abwehrkämpfen in Ostpreußen, die er als junger Leutnant erlebt, bei der Kapitulation in Sichtweite seiner Heimatstadt Danzig in russische Kriegsgefangenschaft gerät. Seine Erinnerungen führen aber auch zurück in die schicksalhaften Jahre 1933-1939, die er als Schüler und Angehöriger der Hitlerjugend erlebte und die das Lebensgefühl in dieser Zeit widerspiegeln. Es liegt ihm am Herzen, nachzuzeichnen, wie leicht Idealismus, gerade bei jungen Menschen, fehlgeleitet und von Meistern der Demagogie verwandt werden kann.



Einwohnerbuch der Danziger Landkreise
 Danziger Höhe
 Danziger Niederung
 Großes Werder
 INHALT: Kreis Danziger Höhe, Kreis Danziger Niederung, Kreis Großes Werder und vieles mehr. Das Einwohnerbuch Danzig ist ein Reprint von einer Originalarbeit von 1927. Ein paar wenige Seiten sind leider im Verlauf der Geschichte verlorengegangen und konnten nicht rekonstruiert werden. Trotzdem ist dieses ein unverzichtbares Zeitzeugnis für alle historisch interessierten Leser und Familienforscher!
 DIN A4 Format, 428 Seiten
 Nr. P A1680 Kartoniert 39,95 €



Heinz Fähnrich
 Georgische Sagen und Legenden
 Die Sagenwelt der Georgier ist geprägt durch die Landschaften des Kaukasus und Südkaukasens. Die alte und reiche Kultur Georgiens spiegelt sich wider in ihren Legenden zur Erschaffung der Welt, ob Prometheus, Vakhantang I. oder die heute noch verehrte Königin Tamar oder verborgene Kultstätten und Kirchen aus der frühesten Zeit der Christenheit. Dies alles hat bis auf den heutigen Tag eine Faszination bewahrt und ist von dem bekannten, vielfach ausgezeichneten Kaukasiologen Heinz Fähnrich liebevoll zusammengestellt worden. Ein spannendes Leseabenteuer erwartet sageninteressierte Leser jeglichen Alters. 328 Seiten.
 Nr. P A1690 Gebunden 9,90 €



Horst Naujoks
 Vom Efeu der Erinnerung umrankt
 Erinnerungen an die Elchniederungen
 Mit zum Teil farbigen Fotos. 144 Seiten
 Nr. P A1181 Kartoniert 4,95 €



Wolfram Gieseler
 Der Elch und seine urwüchsige Landschaft
 Erinnerungen eines Forstmeisters an die Elchniederung in Ostpreußen 1937-1945
 111 Seiten
 Nr. P A1163 Kartoniert 4,95 €

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
 Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,90*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (* nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Ungeimpfte, die im Rahmen der Corona-Maßnahmenpolitik in Quarantäne müssen, sollen nach dem Willen der Regierung keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung mehr haben. Bereits kurz nach Bekanntwerden dieses Vorhabens hatte Peter Schmidt, Geschäftsführer der „Jenatec Industriemontagen“, die gesamte Belegschaft in einem Schreiben darüber informiert, dass er dies für „falsch und moralisch fragwürdig“ halte. Sein Betrieb werde im Falle einer Quarantäne für ungeimpfte Mitarbeiter freiwillig die Zahlung übernehmen. Die Ankündigung war weit über die „Jenatec“ hinaus positiv aufgenommen worden. Schmidt hat nun eine Internet-Plattform (unternehmer-mit-herz.com) ins Leben gerufen. Dort heißt es, Grund für eine Impfung könne „allein eine freie Willensentscheidung auf der Basis der Abwägung persönlicher Risiken sein“. Mit Sorge betrachte man den „Trend zu Ausgrenzung, Verurteilung und staatlichem Zwang“. Bereits nach wenigen Tagen hatten sich mehr als 600 Unternehmen der Initiative angeschlossen. E.L.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Dumm, aber glücklich

Wie Merkel in der CDU weiterlebt, und wie eindrucksvoll Sarah-Lee Heinrich ihre Sprachfertigkeit belegt

VON HANS HECKEL

Eine „brutal offene Fehleranalyse“ soll die CDU wieder aus dem Tal ziehen, in das sie nach der verlorenen Wahl immer tiefer abrutscht. Nach den bereits schrecklichen 24 Prozent des 26. September hat das Insa-Institut zuletzt noch klägliche 18,5 Prozent Zustimmung für die Union ermittelt. Aber mit der neuen Brutalität wird bestimmt bald alles wieder besser.

Jetzt kommt schließlich die „Erneuerung“, wie wir vom Deutschlandtag der Jungen Union erfahren haben, wo alle Vorsitz-Anwärter der CDU angetreten waren. Um etwas Neues zu schaffen, muss allerdings erst mal geklärt werden, was denn das Alte sein soll, das raus muss. Bei der CDU wäre das Gesuchte leicht zu finden: die Ära Merkel mit allem, was dran hängt. Doch über Merkel sprach leider keiner so richtig.

Macht nichts, JU-Chef Tilmann Kuban will seine Partei auf alle Fälle „jünger und weiblicher“ machen. Aber was heißt „weiblicher“? Weiblicher als Angela Merkel etwa? Rätselhaft. Mit „jünger“ meinte Kuban vermutlich sich selbst. Überhaupt schien es den Rednern von der CDU-Spitze bei dem Nachwuchstreffen in Münster vor allem darum zu gehen, sich persönlich nach vorne zu schieben, um einen der ganz wenigen gut dotierten Pöstchen zu ergattern, die der CDU nach dem Machtverlust noch bleiben. Da gehört das Gepolter von „Erneuerung“ und „Fehleranalyse“ zum Geschäft.

„Jünger und weiblicher“ erinnert an das schon länger anhaltende Streben der CDU, zur „modernen Großstadtpartei“ zu reifen, weg von dem ganzen konservativen Gerümpel. Genau das war schließlich auch die Marschroute der großen Merkel, und die will man auf keinen Fall verlassen. Die Hamburger CDU, ein Vorreiter beim Modernwerden, brachte es mit ihrem Modernisierungsprozess in den Jahren 2004 bis 2020 von anfangs 47 auf schließlich elf Prozent. Laut der Insa-Umfrage ist man auf Bundesebene den Hamburger Freunden dicht auf den Fersen.

Dass man inhaltlich gesehen den erfolgreichen Weg weitergehen will, wurde bei dem JU-Treffen noch auf ganz andere Weise hörbar. Ausgerechnet der „konservative“ Friedrich Merz zollte der Ampelkoalition seinen „Respekt“, und Armin Laschet hat dementsprechend festgezurr, welche Aufgaben sich

die Union im Bundestag zu stellen habe: Nämlich „staatstragend“ handeln, der Versuchung des „Populismus“ widerstehen und „die Extreme bekämpfen“. Er hätte auch einfach sagen können: Wir stehen fest an der Seite von Rot-Grün-Gelb und schützen die Regierungskoalition mit aller uns verbliebenen Macht gegen die übrige Opposition. Die AfD wird das mit großer Genugtuung vernommen haben.

Ganz wichtig ist es für die CDU-Oberen, wieder mehr auf die Wähler zu hören, um zu erfahren, was sie wollen. Berlins CDU-Landeschef Kai Wegner gab bereits eine Kostprobe der neuen Volksnähe. Bei Markus Lanz erklärte er, das glänzende Abschneiden der FDP bei den Erstwählern zeige, dass man den Klimaschutz noch viel mehr in den Mittelpunkt der CDU-Programmatische stellen müsse. Auf die Idee, dass die ganz Jungen gerade deshalb eher FDP als Grüne gewählt haben könnten, weil sie die Freiheits- und Wirtschaftsfeindlichkeit der Klimahysteriker kritisch sehen, kam der Berliner nicht. Schade.

Vermutlich holen sich Wegner und die Seinen ihre Erkenntnisse darüber, was die Jugend will, ja auch lieber bei Sarah-Lee Heinrich ab. Die frisch gewählte Sprecherin der Grünen Jugend muss sich gerade einer „eklig-weißen“ Attacke seitens der bekannten Autorin und Literaturkritikerin Elke Heidenreich erwehren.

Wer viel redet, kann auch gut sprechen

Heidenreich warf Heinrich vor, gar nicht sprechen zu können, weil sie keine Wörter und keine Sprache habe, was daran liege, dass sie einer Generation angehöre, die nicht lese. Sarah-Lee weist das düpiert zurück. Nicht lesen? Von wegen: „Zuletzt habe ich die ‚Tribute von Panem‘ gelesen, den neuen Teil“, hält die 20-Jährige im Interview mit der „Zeit“ dagegen. Der erste Teil der „Tribute“-Trilogie erhielt übrigens 2010 beim Deutschen Jugendliteraturpreis den Preis der Jugendjury in der Gruppe der 14- und 15-Jährigen. Ganz große Literatur demnach, jedenfalls für die 14- und 15-jährigen Leser – sowie für 20-jährige Nachwuchspolitikerinnen.

Heidenreichs Urteil, dass sie keine Wörter, keine Sprache habe, weist Sarah-Lee Heinrich ebenfalls voll Unverständnis zurück: Schließlich „engagiere ich mich seit ein paar Jahren politisch“, wendet sie ein. „Und dafür verwende ich eigentlich ziemlich viele Worte.“ Ein Jugendbuch für Teenager als gro-

—
Logik eines CDU-Landeschefs: Dass die FDP bei den ganz Jungen so gut abgeschnitten hat, zeigt, dass die Union noch viel grüner werden muss

ße Literatur und Politikergewäch in Endlos-Schleife als Beleg dafür, wie virtuos man mit der deutschen Sprache umzugehen weiß – eine wahrlich verblüffende Beweisführung. Elke Heidenreich (und mit ihr so mancher „Zeit“-Leser) wird vor Lachen unter den Tisch gerutscht sein, als sie das gelesen hat.

Als sogenannte Bildungsreformer darangingen, die klassische Bildung Schritt für Schritt aus den Lehrplänen zu tilgen, handelten da immerhin noch Leute, die kannten, was sie zerstörten. Sarah-Lee steht für jene Nachgeborenen, die nicht mal mehr ahnen, was sie alles nicht wissen, und daher von dem festen Glauben erfüllt sind, exzellent im Bilde zu sein. Dumm, aber glücklich – und vor allem beneidenswert selbstbewusst.

Das Lachen über diese strahlend vorge-tragene Selbstentlarvung dürfte uns allerdings im Halse stecken bleiben, sobald wir in die Geschichte blicken. Nicht selten waren es gerade solche, von ihrer eigenen Exzellenz überzeugte Hohlköpfe, welche ganze Länder und Weltregionen ins Fiasko geführt haben. Die anderen Höllenöffner rekrutierten sich aus kalten Zynikern oder echten Fanatikern, ob ideologisch oder religiös.

Dass die Fanatiker in der Geschichte manchmal ganz nach vorne kamen, lag nicht selten daran, dass die „Vernünftigen“ die kommende Gefahr ignoriert oder gar aktiv kleingeredet haben. Wie man das macht, haben wir erst jetzt wieder demonstriert bekommen.

Nein, der Fünffachmörder von Kongsberg, jener bislang weithin unbekanntesten Kleinstaat irgendwo bei Oslo, sei doch kein radikal-islamischer Attentäter, sondern ein verwirrter Einzeltäter. Das sagt die norwegische Polizei, die es nicht nur wissen muss, sondern auch Belege für ihren Ratschluss anbietet. Es habe sich nämlich bei den Vernehmungen gezeigt, dass sich der Mann gar nicht richtig in der Kultur des Islam auskenne.

Ah ja, so ist das also. Wenn demnächst ein (vermeintlicher?) Neonazi-Attentäter eingefangen wird, sollte man erst mal prüfen, ob er das Horst-Wessel-Lied fehlerfrei vorsingen und die wesentlichen Punkte von „Mein Kampf“ auswendig wiedergeben kann. Wenn nicht, kann es sich nur um einen verwirrten Einzeltäter und keinen politisch motivierten Terroristen gehandelt haben, da sich in den Vernehmungen gezeigt hat, dass sich der Verdächtige nicht richtig in „Kultur“ und Ideologie des Nationalsozialismus auskennt.

● STIMMEN ZUR ZEIT

EU-Vizepräsidentin Katarina Barley (SPD) hat den Deutschen empfohlen, als Reaktion auf explodierende Energiekosten einfach ihr Haus zu dämmen oder weniger zu verbrauchen. Heinz Buschkowsky, ebenfalls SPD und ehemaliger Bezirksbürgermeister von Neukölln, nennt diesen Rat im Gespräch mit der „Welt“ (14. Oktober) „Schmarrn“:

„Es ist schon schneidig als jemand aus der monatlichen 20.000-Euro-Klasse breiten Bevölkerungsschichten den ‚Klugscheißer‘ zu geben, dass sie eben ihr Haus umbauen müssen ... Glauben die Herrschaften aus dem Elfenbeinturm wirklich, dass der Durchschnittsmensch im Lande einfach nur mal so Baumaßnahmen zum Klimaschutz finanziert? Da muss man schon ziemlich abgehoben sein. Aber die Ansage ist klar: Wer seinen Energieverbrauch nicht senkt, ist ein Volksschädling.“

Auch der Journalist Gunnar Schupelius fühlt sich von Berlins SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey hinters Licht geführt. In der „B.Z.“ (17. Oktober) schreibt er:

„Insbesondere Geisels eigene Partei, die SPD, kann daran kein Interesse haben, denn sie würde ihr ohnehin miserables Ergebnis von 21,4 Prozent in einer erneuten Wahl noch verschlechtern. Viele Wähler unterstützten die SPD nur deshalb, weil die Spitzenkandidatin Giffey den Eindruck erweckte, sie wolle das Linksbündnis im Senat beenden und eine Koalition der Mitte bilden. Das will sie aber gar nicht, wie sich jetzt herausstellt, und also würde sie in der Neuwahl Stimmen verlieren.“

Sönke Paulsen sieht im Rauswurf von „Bild“-Chef Julian Reichelt einen schweren Schlag für die deutsche Medienlandschaft, wie er auf „reitschuster.de“ (19. Oktober) schreibt:

„Der deutschen Medienlandschaft fehlt damit ein herausragender Journalist, der es sogar in der Ära Merkel geschafft hat, kritischen Journalismus in der auflagenstärksten Zeitung wieder nach vorn zu bringen. Mit den Methoden des Boulevard-Journalismus natürlich, aber scharf und bissig sowie hinreichend konservativ. Merkel wird der Angriff aus den USA freuen. Die gleichgeschaltete deutsche Medienlandschaft ebenfalls.“

In der „Deutschen Sprachwelt“ (Herbstausgabe) macht Thomas Paulwitz auf einen oft übersehenen Aspekt von „Sprachreformen“ (wie Gendersprech) aufmerksam:

„Sprache ist auch ein Herrschaftsinstrument. Totalitäre Regime trachten danach, die öffentliche Sprache – und damit die Sprecher – ihrer Ideologie zu unterwerfen.“

● WORT DER WOCHE

„Der Zusammenhang zwischen Geldflutung und Inflation ist jedem Sparkassenangestellten klar, nur der EZB und der (US-Notenbank) Fed offenbar nicht.“

Gabor Steingart auf „Focus online“ (19. Oktober) zur Verschleierung einer der Hauptursachen der derzeitigen Teuerungsschübe



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de